

autonomes **Blättchen**



Abschiebungen verhindern!
Fight antiziganism!

Sehr geehrte Leser_in,

nach wie vor weckt das Autonome Blättchen, trotz hannoverscher Herkunft, bundesweit reges Interesse. Und das nicht nur, angenommener Weise, bei so mancher Verfolgungsbehörde, sondern gewiss auch bei linken Interessierten und Aktivist_innen. Sehr schön, weiter so!

Auch dieses mal gibt es eine Mischung aus Lokalem, Überregionalem und Internationalem, aus Praktischem und Theoretischem und aus Kurzem und Langem. Also für Jede_n was dabei. Allerdings hinken wir einen Monat hinter unserem üblichen Erscheinungsrhythmus hinterher. Nun, eine alte Zeitung ist halt kein D-Zug, wie man früher sagte. Auch kein ICE. Das Blättchen erscheint jetzt seit 3 Jahren.

Das finden wir angesichts unserer Armut und des desolaten Zustandes der radikalen Linken nicht schlecht.

Wir haben auch für die Nr. 11 ein paar interessante Texte aus dem Internet gefischt und der Ausgabe beigemischt. Das ist nicht schlimm, es wäre uns aber lieber,

wenn zum Beispiel du, Leser_in, auch mal exklusiv für das Blättchen was schriebest. Wir wollen nach wie vor auch eine Plattform für schreibende Aktivist_innen und linksradikale Fragende, Tölpel, Schlaumeier, Wichtigtuer, Besserwisserinnen und Wütende darstellen. Dabei vermissen wir etwas euren Mut, auch mal Halbbares dem gefährlichen Publikum vorzusetzen. Nur zu!

So fehlen uns Äußerungen der Antifa zu den drei Brandanschlägen, die in den letzten Monaten in Hannover stattgefunden haben: auf eine Moschee, sowie einen kurdischen und einen türkischen Kulturverein, der jetzt wahrscheinlich schließen muss. Nein, wir wissen auch nicht, ob es Nazis waren. Darüber zu spekulieren und das Schweigen der Stadtgesellschaft zu analysieren, wäre aber Aufgabe von Leuten, die sich damit ständig beschäftigen. Wagen wir zumindest vorsichtig zu behaupten.

Wir haben einen langen Text zum NATO-Strategie-Papier „Urban Operations in the Year 2020“ eigenmächtig gekürzt und hereingenommen, obwohl er schon drei Jahre alt ist. Allerdings wurde er gerade erst aus dem Italienischen übersetzt. Wir halten die Betrachtungen der italienischen Genoss_innen weiterhin für aktuell und beträchtens-

wert. In der Nr. 12 wird es dann beispielhaft eine Zusammenfassung des aktuellen Lehrplans des Österreichischen Bundesheeres für den Einsatz gegen Demos geben.

Die Übersetzungen der Texte aus Spanien und Italien und der Scherbentheoretext, die wir in dieser Ausgabe veröffentlichen, benutzen durchgehend die männliche Schreibweise. Wir finden das nicht gut und würden uns zudem wünschen, dass bei Übersetzungen aus Sprachen, die nur geschlechtsneutrale Schreibweisen kennen, nicht nur männliche deutsche Formen herauskommen. Wir finden es auch sehr unpraktisch, dass es keine elegante geschlechtsspezifische Sprech- und Schreibweise

im Deutschen gibt. So lange sich diese aber nicht entwickelt hat, bitten wir um einen bewussten Umgang mit dem Problem. Wir, wie unsere regelmäßigen Leser_innen wissen, benutzen zur Zeit den Unterstrich. Den finden wir tauglich und empfehlen ihn. Außer ihr spricht direkt Männer, Frauen, Männer und Frauen, Trans-Personen oder wen auch immer an. Ihr wisst

schon. Wir haben die betreffenden Texte nicht in dieser Hinsicht überarbeitet. Sollten wir das in Zukunft tun? Schreibt uns gerne eure Meinung.

Zu dem Text ‚Scherbentheorie‘ wollen wir vorab noch einige Worte sagen. Die Autor_innen schreiben als Beispiel für einen „Kampf bis aufs Messer“ innerhalb der Szene, dass „der Herauswurf von wirklichen oder vermeintlichen Vergewaltigern den Sexismus [nicht] aus der autonomen Szene verbannt [habe]“ und nennen ‚die Frage, ob man einen bestimmten Vorfall als Vergewaltigung ansieht oder nicht als ein Beispiel für die Art, wie einzelne Zusammenhänge sich innerhalb der Szene aufeinander beziehen.

Die erste Aussage, dass der Herauswurf von Vergewaltigern den Sexismus nicht verbannen könne, geht unserer Meinung nach am Kern vorbei. Ein Vergewaltiger wird nicht aus der Szene oder bestimmten Orten oder Strukturen der Szene ausgeschlossen, um die Szene, wie die Autor_innen schreiben, vom Sexismus zu reinigen; sondern ein Ausschluss erfolgt, um der Betroffenen, oder in seltenen Fällen auch dem Betroffenen, ein retraumatisierendes Zusammentreffen mit dem Vergewaltiger zu ersparen und es ihr zu ermöglichen, sich weiterhin in ihrem gewohnten sozialen



Umfeld zu bewegen. Der These es würde „eine Personifikation gesellschaftlicher Widersprüche betrieben“, wird in diesem Fall ein nicht passendes Beispiel gegeben.

Die zweite Aussage spricht der Betroffenen die Macht ab, selbst zu definieren, welche Gewalt ihr angetan wurde und wie sie diese benennt. Es ist richtig, dass um diese Frage in der Vergangenheit heftige Auseinandersetzungen innerhalb der Szene entbrannt sind, die wohl mit Recht von den Autor_innen als Kampf bis aufs Messer bezeichnet werden können. Trotzdem halten wir dieses Beispiel als Ganzes für ungeeignet um die allgemeine Problematik von tiefen ideologischen Gräben, die die Szene durchlaufen, zu beleuchten. Die Art und Weise wie dieses Beispiel von den Autor_innen vorgebracht wird, liest sich für uns eher wie ein Statement gegen das Konzept der Definitionsmacht und die Parteilichkeit für Betroffene von sexualisierter Gewalt. Beides Dinge, die für uns sinnvolle, praktische und notwendige Umgangsformen mit sexualisierter Gewalt darstellen. Wir haben uns entschlossen den Text trotzdem zu veröffentlichen, weil wir ihn ansonsten für lesens- und diskussionswürdig halten und ihn euch deswegen nicht vorenthalten wollten. Also los, die Gräben überwinden, ohne bisherige Errungenschaften dabei hineinfallen zu lassen!

Wir werden weiterhin versuchen, etwa alle drei Monate zu erscheinen. Der nächste Einsendeschluss ist dann der 1. Februar 2013. Also feiert schön ins neue Jahr und lebt und organisiert euch kollektiv, damit die schweren Zeiten besseren weichen mögen!

Eure Redaktion

Inhalt

- 03 Antimilitarist_innen!
Keine Zeug_innen des Staates!
- 04 Aktionstag auf dem GÜZ - eine Auswertung
- 08 Dokumentation: militante Streckensperrung bei Gardelegen
- 09 Stand der Repression gegen das antimilitaristische Camp
- 12 Dokumentation: Aktion gegen Imtech Marine in Kiel
- 14 Antimilitarismus in Hannover - zum Ende eines Aufbruchs
- 16 alerta Hannover ist aufgelöst!
- 17 „Besseres Hannover“ und die Graue Eminenz
- 20 Schlag gegen Anarchist_innen in Italien
- 21 Situation der in Turin Verhafteten
- 22 Zweifle nie an der Komplizenschaft eines Nagels
- 23 Die Feuerrose ist zurückgekehrt
- 40 Die Scherbentheorie
- 49 Telio - Profit hinter Gittern
- 51 Freilassung von Thomas Meyer Falk!
- 56 Verwertung erfolgter Aussagen gegen Sonja und Christian!
- 57 Dokumentation: Aktion gegen Hamburger Justizsenatorin
- 59 „Da sind sie schnell hin und weg“ Knast im Flughafen Berlin
- 60 urban operations 2020
- 68 Häuser besetzen!?
Häuser besitzen?!
- 70 Start the Wort - Krieg den Brief!

Impressum:

autonomes Blättchen Nr. 11

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:

autonomes-blaettchen@riseup.net

PGP-Key auf Anfrage oder bei
antimilitarismus.blogsport.de

Post:

Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Einsendeschluss für 12. Ausgabe:
01.02.2013

Im Internet zu Gast bei:
antimilitarismus.blogsport.de

ViSdP:

Uwe Binias
Waterloostr. 9
Hannover

Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Antimilitarist_innen! Keine Zeug_innen des Staates!

Mehrere Personen aus Hannover haben in den letzten Tagen Post des polizeilichen Staatsschutzes erhalten. Dieser will sie als Zeug_innen zur „vors. Brandstiftung von Bundeswehrfahrzeugen“ vernehmen.

In der Nacht vom 5. auf den 6. Juni 2012 hatten Unbekannte 13 Fahrzeuge auf dem Gelände des Bundeswehrversorgungszentrums in Hannover abgefackelt. Bereits im Juni und Juli hatten die staatlichen Schnüffler drei Aktivist_innen zu Hause bzw. an der Arbeitsstelle belästigt.

(Siehe: AB Nr. 10 oder Homepage der RH) Diese gehören nun auch zu den Ange-schriebenen. Außerdem wurden über einen von ihnen in der Berufsschule „Nachforschungen“ angestellt. Schulleiter und Klassenlehrer wurden dazu befragt ob er am Tag vor bzw. nach dem Brandanschlag gefehlt habe und ob er nach Rauch gerochen hätte. Ein solches Vorgehen des Staatsschutzes soll Aktivist_innen einschüchtern und in ihrem beruflichen und schulischen Umfeld als kriminell stigmatisieren.

Der Presse war zu entnehmen, dass es bisher keine heiße Spur zu den Aktivist_innen gibt, die die Bundeswehrfahrzeuge angezündet haben. Nun steht der Staatsschutz massiv unter Druck und versucht diesen an ihm bekannte Antimilitarist_innen weiter zu geben. Alle, die nun als Zeug_innen vernommen werden sollen, sind seit vielen Jahren gegen Krieg und Militarisierung aktiv. Sie beteiligten sich in Hannover an Demonstrationen gegen das Sommerbiwak, Aktionen gegen Veranstaltungen des Bundeswehr-Werbetrucks, Kirchenbesetzungen gegen das Adventskonzert der 1. Panzerdivision oder ähnlichem. Der antimilitaristische Widerstand in Hannover war über einen längeren Zeitraum an verschiedenen Punkten relativ erfolgreich. Doch wer sich gegen Krieg und Militär engagiert, stellt sich immer gegen die Interessen des Staates.

Deshalb waren Antimilitarist_innen auch in der Vergangenheit immer wieder mit Kriminalisierungsversuchen durch Strafverfahren und anderer Repression konfrontiert. Es ist nun mal die Auf-

gabe des Staatsschutzes den Staat zu schützen und dazu gehört in Zeiten des Krieges die Erzwingung von Ruhe an der Heimatfront.

Die Aktivist_innen, die die Abrüstung des Bundeswehrfuhrparks zu verantworten haben, bezogen sich in ihrer Aktionserklärung auf die europaweite Kampagne „Krieg beginnt hier“. Sie haben eine von vielen Handlungsmöglichkeiten gewählt um Krieg und Militarisierung zu markieren, zu blockieren und zu sabotieren. Es ist und bleibt richtig, mit unterschiedlichen Mitteln zu versuchen, den Krieg, der hier beginnt, hier aufzuhalten. Deshalb werden Antimilitarist_innen den staatlichen Repressionsbehörden niemals als Zeug_innen zur Verfolgung von Antimilitarist_innen zur Verfügung stehen.

Wer hat noch eine Vorladung bekommen?

Es ist davon auszugehen, dass weitere Personen besucht und/oder vorgeladen werden. Egal ob Vorladungen, Gesprächsangebote oder Vernehmungen durch die Polizei: Du musst und solltest nicht mit ihnen reden, zu ihnen hingehen und noch nicht einmal absagen. Auch wenn die Behörden versuchen uns das Gegenteil weiszumachen. Wenn du Zuhause, auf der Arbeit, in der Schule oder Unterwegs vom Staatsschutz belästigt wirst, solltest du von Anfang an klar machen, dass du nicht mit ihnen reden wirst. Über nichts - egal um was es geht. Du hast gegenüber der Polizei ein generelles Aussageverweigerungsrecht. Sag ihnen sie müssen gehen oder lass sie einfach stehen. Ihre Drohungen laufen ins Leere, wenn du dich nicht einschüchtern lässt. Wenn du angequatscht oder vorgeladen wirst, erzähl deinen Freundinnen und Freunden davon und wende dich an die Rote Hilfe. Gemeinsam werden wir einen solidarischen Umgang mit der Situation finden. Niemand muss alleine mit den Repressionsbehörden fertig werden. Der Staatsschutz versucht uns zu vereinzeln und uns unter Druck zu setzen, aber gemeinsam können wir uns wehren.

Die Ortsgruppe Hannover der Rote Hilfe trifft sich jeden 1. Sonntag im Monat ab 16 Uhr im UJZ Korn. Oder vereinbart einen Termin per Mail. Dabei solltet ihr nur um einen Termin bitten - ihr solltet in der Mail noch nichts zu dem Anlass schreiben.

Rote Hilfe OG Hannover 09.10.2012

hannover@rote-hilfe.de

www.rh-hannover.de.vu

www.aussageverweigerung.info



War starts here: Aktionstag auf dem GÜZ

Zusammenfassung, Presseecho und erste Bewertung

Wir wollen in diesem Artikel eine erste Auswertung des antimilitaristischen Aktionstages am 15.9. am und auf dem Gefechtsübungszentrum (GÜZ) Altmark, sowie der Pressereaktionen dazu, wagen. Doch zunächst fassen wir nochmal zusammen was überhaupt so gelaufen ist. Wir beziehen uns dabei auf Aktionskurzberichte, die auf dem Camp vorgelesen wurden, ältere Indymedia-Artikel und die Berichterstattung der kommerziellen Medien.

Zusammenfassung des Aktionstages

Unserer Schätzung nach haben sich ca. 400 Leute an dem Aktionstag beteiligt. Davon waren etwa 100 Menschen auf der Demo vor der Kommandozentrale und 200 - 250 Personen in kleinen und größeren Gruppen auf dem Militärgelände unterwegs. Der Rest hat rund um das GÜZ Unruhe gestiftet. Auf dem Militärgelände wurden Panzermanöver unterbrochen, der Übungsbetrieb lahmgelegt und zahlreiche Gebäude mit Farbe markiert.

- Einer Gruppe von ca. 40 Personen gelang es im Norden unentdeckt auf das Gelände zu gelangen und die Bundeswehr dazu zu zwingen ein dort stattfindendes Manöver abubrechen. Maschinengewehrgeknatter und Panzerlärm wurden jäh unterbrochen, als die Gruppe mit Fahnen und Sprechchören die Deckung des Waldes verließ und einen der an der Übung beteiligten Panzer umzingelte. Der Soldat im Panzer versuchte die Aktivist_innen zu verscheuchen in dem er das Maschinengewehr auf sie richtete. Doch da die Antimilitarist_innen wohl wussten, dass es nur mit Platzpatronen geladen war, ließen sie sich nicht beeindrucken. Sie sprühten eine der Sichtluken des Fahrers dicht und verzierten den Panzer mit rosa Parolen. („War starts here“, „Mörder“ und weitere). Beim Rückzug der Gruppe setzte der markierte Panzer den Aktivist_innen einige Meter nach und nahm dabei schwere Verletzungen dieser in Kauf. Doch weder die Verfolgung durch den Panzer noch die anschließende stundenlange Jagd auf die Gruppe mit Feldjägern, Bullen und mehreren Helikoptern verliefen erfolgreich. Alle an dieser Aktion beteiligten Aktivist_innen sind unerkannt entkommen.

- Eine weitere Großgruppe, die an andere Stelle auf einen Panzer traf,

hatte leider nicht ganz soviel Glück. Erst ergriff der Panzer die Flucht, um einer Umlackierung zu entgehen. Dann wurden auch noch einige Personen, z.T. äußerst brutal von Feldjägern festgenommen. Magdeburger Bereitschaftsbullen, Landespolizei und Feldjäger berieten anschließend in einer gemeinsamen Lagebesprechung wie mit den Gefangenen umzugehen sei und demonstrierten so, dass die Grenzen zwischen Polizei und Militär längst verschwommen sind.

- In der Nähe des Dorfes Born, südlich von Letzlingen wurde das Biwak-Süd, in dem Soldaten bei Manövern untergebracht werden, mit fetten pinken Farbflecken, Parolen wie „War starts here“ und „Soldat_innen sind Mörder_innen“ markiert. Zudem wurden bei dort befindlichen Versorgungsgebäuden einige Scheiben eingeworfen und diese mit stinkender Buttersäure bedacht. Das Blockhaus am Zeltlager wurde ebenfalls markiert und zeitweise besetzt. In einem Übungsdorf wurden Transparente aus Fenstern der Häuser gehängt, eine Antifa-Fahne auf dem Dorfplatz gehisst und Leichenpuppen hinterlassen. Außerdem wurden auch hier verschiedene Parolen gesprüht.

- Die Musikaktionsgruppe „Lebenslaute“ spielte zuerst bei der Kundgebung vor der Kommandozentrale bei Letzlingen und gelangte anschließend noch mit sieben Personen samt ihren Instrumenten auf den Platz. Die Musiker_innen konnten sogar unentdeckt bis zur Baustelle der Aufstandsbekämpfungsstadt „Schnöggersburg“ vordringen und dort ein Friedenskonzert mit klassischer Musik spielen. Anschließend wurden sie allerdings von Feldjägern aufgegriffen, vom Platz gefahren und in Gewahrsam genommen.

- Eine größere FrauenLesbenTrans-Gruppe radelte ungestört entlang der Grenze des Militärgeländes. Dabei wurden zahlreiche der Schilder, die verkünden, dass das Betreten des Platzes verboten sei, mit feministischen Plakaten überklebt. So konnten die Auswirkung des Krieges auf das Leben von Frauen thematisiert werden und die Verlogenheit des Militärs, das mit „Frauenbefreiung“ für die Akzeptanz von Kriegseinsätzen wirbt, angegriffen werden.

- Ein Feuerwehrturm wurde mit Parolen





durchgeführt. Bereits in der Nacht zum Aktionstag wurde das Wehrdienstbüro in Halberstadt eingefärbt und mit „War starts here“ markiert. In der Nacht zum 17.9. wurde die Berliner Vetretung der Rüstungs- und Luftfahrtfirma Boeing mit zahlreichen Farbbeuteln beworfen.

Das mediale Echo – Wiedergabe der Lügen von Polizei und Bundeswehr

Der MDR berichtete: „Die Polizei hat den Großeinsatz wegen der Proteste in der Altmark als Erfolg bezeichnet. So sei es den Demonstranten nicht gelungen, das Übungsgelände wie geplant zu „entern“. In einigen Fällen hätten Bundeswehr-Gegner zwar auf das weiträumige Gelände vordringen können. Der Übungsbetrieb dort sei aber zu keinem Zeitpunkt gestört worden. Laut Polizei gab es den ganzen Tag lang auch unabhängig von der Kundgebung immer wieder Versuche von Militärgegnern, auf das Bundeswehr-Gelände vorzudringen. Die Beamten hätten 24 Eindringlinge vorübergehend festnehmen müssen. Darüber hinaus seien in 64 Fällen Strafanzeigen wegen Sachbeschädigung, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Beleidigung erstattet worden.“

Der Widerspruch von 24 Festnahmen auf dem Gelände und der Behauptung es sei nicht gelungen den Übungsplatz zu entern, ist offensichtlich. Es wird versucht zu suggerieren, dass nur die 24 Festgenommenen auf dem Gelände gewesen seien. Das Eindringen von ca. 200 weiteren Antimilitarist_innen wird verschwiegen, die vielen äußerst erfolgreichen Markierungsaktionen sowie der erzwungene Abbruch eines Panzermanövers sogar offen geleugnet. Die zahlreichen Anzeigen wegen Sachbeschädigung (hauptsächlich wohl gegen Unbekannt) sind laut MDR anscheinend ausgestellt worden ohne, dass es sie gegeben hat.

Die lokale Zeitung Volksstimme versucht in ihrem Bericht ebenfalls den Erfolg des Aktionstages zu verschleiern oder sogar offen zu leugnen. Sie schreibt: „100 Teilnehmer mögen es gewesen sein.“

versehen und der ebenfalls außerhalb des Gelände liegende, stillgelegte Bahnhof Letzlingen-Ost wurde kurzzeitig besetzt.

- An zahlreichen Stellen wurden von unterschiedlichen Gruppen Militär-sicherheitsbereich-Schilder umgestaltet und Wege blockiert.

- Bei der langwierig gerichtlich gegen das generelle Demoverbot durchgesetzten Kundgebung vor der Kommandozentrale bei Letzlingen beteiligten sich ca. 100 Menschen. Die langjährig gegen das GÜZ aktive Bürgerinitiative „Offene Heide“ beteiligte sich mit Redebeiträgen und dem Pflanzen eines Baumes in Erinnerung an ihre verstorbene Mitbegründerin Erika Drees. Die Beteiligung der BI ist auch deshalb sehr erfreulich, da es im Vorhinein einige Querelen darum gab, ob der Aktionstag für eine Beteiligung der BI als „gewaltfrei“ gelabelt werden müsse. Mit Gewalttätigkeit tat sich hingegen nur die Staatsmacht hervor, die Demoteilnehmer_innen nur nach Personalienkontrollen und schickanösen Durchsuchungen zur Kundgebung ließ.

- ca. 40 Personen wollten sich die Kontrollen nicht gefallen lassen und veranstalteten dagegen eine Spontandemonstration auf der Bundesstraße 71, die entlang der westlichen Grenze des Übungsplatzes verläuft. Diese wurde allerdings schnell gekesselt, wobei es auch zu mehreren willkürlichen und brutalen Festnahmen kam. In Folge der Demo und des Polizeieinsatzes war allerdings die Bundesstraße längere Zeit vollständig blockiert.

Für die Vollständigkeit der Liste, der hier beschriebenen Aktionen garantieren wir natürlich nicht. Es ist gut möglich, dass weitere Gruppen auf dem Gelände und drum herum unterwegs waren und Aktionen gemacht haben. Zudem haben zwei Gruppen, die es anscheinend nicht in die Altmark geschafft haben, in Solidarität mit den Aktivist_innen vor Ort, Markierungsaktionen



Wer dann die 137 ebenfalls berichteten Platzverweise erhalten hat, bleibt ihr Geheimnis. Denn nur so lässt sich zu dem Schluss kommen den der Volksstimmenkommentator zum besten gibt: „Die Camper haben Ziel verfehlt. Sie wollten das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) Altmark entern, lahmlegen und umgestalten. Das hatten die Antimilitaristen für den Aktionstag am Wochenende angekündigt. Das ist ihnen nicht gelungen. Eindringen mögen einige von ihnen auf das Gelände sein. Lahmgelegt oder gar umgestaltet haben sie hingegen nichts. 500 Teilnehmer wollten die Organisatoren für das fünftägige antimilitaristische Camp bei Potzehne begeistern. Auch das ist ihnen nicht gelungen, gerade einmal 200 kamen. Zur Zufahrt des GÜZ kamen nicht einmal 100 Demonstranten.“

Der Bericht und der Kommentar der Volkstimme ist an Realitätsferne nicht mehr zu überbieten. Aber was soll man auch von einer Zeitung erwarten, die ihre Leser_innen in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr diesen Sommer zu einem Ferienspaß-Ausflug auf das GÜZ einlud.

Das andere lokale Käseblatt, die Altmark Zeitung weiß immerhin zu berichten: „Eine lückenlose Überwachung, so betonte [GÜZ-Kommandant] Sladeczek am Sonnabendnachmittag bei einem Presetermin, sei nicht möglich. Priorität habe die Aufrechterhaltung des regulären Übungsbetriebes, die Unversehrtheit der Menschen sowie des Materials. Und genau dies sei gelungen, so der Oberst.“ Dass er sich gleich im nächsten Satz selbst widerlegt, stört die Altmark Zeitung Schreiberlinge offenbar nicht und so heißt es weiter: „Ein Panzer sei im laufenden Übungsbetrieb von Militärgegnern mit orangener Farbe beschmiert worden. Mehrere dunkel verummte Personen seinen plötzlich aus einem Waldstück auf das in Fahrt befindliche Kettenfahrzeug zugefahren und hätten es besprüht, so Sladeczek. Der verantwortliche Panzerkommandant habe das Ungetüm sofort gestoppt, „damit es keine Toten oder Verletzten gibt.“ Das Übungsziel der Soldaten am gestrigen Tag lautete übrigens sinnigerweise: „Verhalten im Falle eines Angriffs aus dem Hinterhalt.“ Der Panzer sei gleich danach in die Werkstatt gebracht und wieder sauber geputzt worden. Woanders hätten versprengte Demonstranten Farbbeutel mit Glassplitter



gegen leer stehende Gebäude geworfen. „Was für Heldentaten...“, schüttelte der Oberst verächtlich mit dem Kopf. Etwa 40 Militärgegner hätten sich im Laufe des Sonnabends nach Erkenntnissen von Bundeswehr und Polizei (Sladeczek: „Die Zusammenarbeit verlief optimal“) auf dem Truppen-

übungsplatz aufgehalten. Dort befindet sich derzeit die Panzerbrigade 37 aus dem sächsischen Frankenberg. Die Soldaten werden im Oktober nach Kunduz in Afghanistan verlegt und dienen dort als Schutzkompanie. „Unser Auftrag ist es, dass wir eine bestmögliche Vorbereitung auf diesen Auslandseinsatz gewährleisten“, so Sladeczek. Teil dieser Vorbereitung ist auch das Verfassen von Testamenten, für den schlimmsten Fall der Fälle. „Und deshalb haben unsere Soldaten derzeit gewiss ganz andere Sorgen, als sich Gedanken um einzelne Eindringlinge zu machen.“

Schönes Detail am Rande ist auch, dass dem Kommandeur die „unmännliche“ rosa Bemalung einer seiner Panzer dann wohl doch so peinlich war, dass er sich gezwungen sah sie in orange umzulügen.

Erste Bewertung des Aktionstages und des Presseechos

Der antimilitaristische Aktionstag gegen das Gefechtsübungszentrum Altmark war ein voller Erfolg. Der mehrere hunderttausend Euro teure Einsatz von 1000 Bullen, 500 Feldjägern, 26 Reiter_innen, Hundestaffel, 7 Hubschraubern, 2 Wasserwerfer und eine 400 km² große Demoverbotszone konnte das massive Eindringen von Aktivist_innen auf den Truppenübungsplatz nicht verhindern. 400 entschlossene Antimilitarist_innen aus unterschiedlichen Spektren haben sich mit ihren unterschiedlichen Aktionskonzepten wunderbar ergänzt. So konnte das GÜZ wie angekündigt geentert und der Übungsbetrieb (zumindest in großen Teilen) lahmgelegt werden. Damit war das Ziel der ersten Phase des Aktionstages erreicht. Auch die zweite Phase, zu der mit GÜZ umgestalten aufgerufen wurde, ist durch die zahlreichen Markierungen und Beschädigungen von Gebäuden, Fahrzeugen, Schildern u.a. sehr erfolgreich verlaufen. Lediglich die dritte Phase, die ein Zusammentreffen der verschiedenen Aktionsgrup-





pen vorsah, muss im Nachhinein als zu ambitioniert betrachtet werden. Dass das Ziel der dritten Phase nicht erreicht werden konnte, lag vor allem daran, dass die Entfernungen zueinander, in der die einzelnen Gruppen auf dem 230 km² großen Platz agiert haben, unterschätzt wurden. Diese Erfahrung tut zwar dem Erfolg des Aktionstages keinen Abbruch, sollte aber für das nächste Mal berücksichtigt werden. Dass Bundeswehr, Polizei und die lokalen Medien versuchen den Aktionstag als Misserfolg darzustellen und sich dazu auch offensichtlicher Lügen bedienen, zeigt nur ihren Wunsch, dass sich so etwas nicht wiederholt. Genau wie der riesige Aufriss mit tausenden Einsatzkräften und der größten Demoverbotszone, die es jemals in der BRD gab, zeigt auch das verkrampfte Festhalten an der Behauptung, der Übungsbetrieb sei störungsfrei weiter gelaufen, nur wie sehr ein höchst sensibler Punkt der Kriegsführung getroffen wurde. Der Imageschaden den die Proteste und vor allem das in die Öffentlichkeit ziehen des Baues der Aufstandbekämpfungsstadt Schnöggersburg, in der Einsätze in Städten überall auf der Welt geübt werden können, verursacht haben ist immens. Zudem wurde offensichtlich, dass der vermeintliche Pro-Bundeswehr-Konsens der anwohnenden Bevölkerung eben nur ein vermeintlicher ist. Es gibt weit mehr Widerspruch gegen Bundeswehr und Krieg in der Region als medial behauptet wird und das Camp hat auch einen Beitrag dazu geleistet, diesem den Rücken zu stärken. Der größte Erfolg des Aktionstages ist aus unserer Sicht allerdings, dass die Parole „Der Krieg beginnt hier und ist hier aufzuhalten!“ so greifbar wurde wie selten zuvor. Es wurde geschafft den Übungsbetrieb, des wichtigsten Militärgeländes in Deutschland für einen Tag lahmzulegen. Dabei wurde sogar ein Manöver der Panzerbrigade 37, die in einem Monat in Afghanistan Krieg führen wird, abgebrochen

und einer der Panzer, der dann durch Kunduz rollen soll, angemalt. Die zahlreichen weiteren Aktionen und Markierungen auf dem Gelände komplettieren das Bild einer der größten Erfolge der antimilitaristischen Bewegung seit langer Zeit.

Beim Aktionstag wurden einige Personen mit unterschiedlichen Vorwürfen festgenommen. Die Bullen haben rund um das Camp sehr viele Daten gesammelt und werden versuchen diese zur Konstruktion von Strafverfahren zu nutzen. Außerdem gab es auch im Vorfeld des Aktionstages viel Repression gegen Antimilitarist_innen u.a. wurden am Abend des 13.9. fünf

Menschen in Magdeburg aus ihrem Pkw heraus von einem MEK-Kommando mit vor-gehaltener Schusswaffe festgenommen. Der Vorwurf gegenüber den Festgenommenen lautete, dass sie für eine Sachbeschädigung am Gebäude der ICL-Ingenieur und Consulting, verantwortlich sein sollen. Die Firma mit Sitz im Sülzetal, betreibt die Bauplanung in „Schnöggersburg“.

Unserer Einschätzung nach ist es wahrscheinlich, dass die Bullen versuchen werden den Erfolg des Aktionstages und der Kampagne „War starts here / Krieg beginnt hier!“ zum Anlass zu nehmen die antimilitaristische Szene anzugreifen. Es gilt nun den gemeinsamen Erfolg zu verteidigen und solidarisch zusammenzustehen, damit wir auch langfristig gestärkt aus dieser Erfahrung hervorgehen und im nächsten Jahr mit noch mehr Leuten das GÜZ lahmlegen können.

In diesem Sinne:

Ja das waren gute Tage, wir kommen wieder keine Frage.

Solidarität ist unsere Waffe - Anna und Arthur halten das Maul!

GÜZ, Militarisierung und Kriegsführung markieren, blockieren, sabotieren!

einige begeisterte Teilnehmer_innen

Infos zum GÜZ, dem Camp, Pressespiegel usw.:

www.warstartsherecamp.org



Dokumentation:

Krieg beginnt hier: Streckensperrung Gardelegen – Gefechtsübungszentrum

Der einzige Gleisanschluss des Gefechtsübungszentrums (GÜZ) Altmark ist derzeit unpassierbar. Ein zehn Meter breites Loch im Bahndamm macht Militärtransporte von Bahn und Bundeswehr vorübergehend unmöglich. AntimilitaristInnen haben am Wochenende nicht nur das Gleisbett, sondern den oberen Teil des Damms abgetragen. Mit diesem Eingriff in den Kriegsverkehr südlich von Gardelegen wollen wir zeigen, dass Krieg dort sabotierbar ist, wo er gedacht, geübt und mit Nachschub versorgt wird.

Gern hätten wir für unsere Gleisarbeiten einen der auf dem Gefechtsübungszentrum (GÜZ) stationierten Bagger der Bundeswehr „ausgeliehen“. Da das Gerät zu dem von uns gewählten Zeitpunkt nicht in erreichbarer Nähe stand, mussten wir in einer größeren Gruppe mit Klappspaten bewaffnet auf mehrstündige Friedenspraxis in Handarbeit ausweichen.

KRIEG ÜBEN IST TEIL VON KRIEG FÜHREN

Das Gefechtsübungszentrum in der Altmark ist Europas modernste Kriegsübungseinrichtung. Auf diesem riesigen Areal üben alle! Bundeswehr-SoldatInnen des Heeres bevor sie in einen der deutschen Kriege geschickt werden. Dabei ist die Beschränkung auf Auslandseinsätze längst überholt. Mit dem Bau einer Trainingsstadt zur Aufstandsbekämpfung „Schnöggersburg“ auf dem GÜZ ab diesem Jahr rückt die politisch gewollte Verschmelzung von Krieg nach innen und außen auch im praktischen Übungsbetrieb näher. Begleitet von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im Inneren und der Indienststellung neuer ReservistInnen-Einheiten für den militärischen Unterstützungseinsatz im Inneren nähern sich zivile und militärische „Sicherheits“-Konzepte weiter an. Ein militärischer Einsatz zur Unterdrückung von Unruhen und Streikbewegungen soll explizit trainiert werden.

Wie wichtig der reibungslose Betrieb des Gefechtsübungszentrums als zentraler Ausbildungs-Abschluss der kämpfenden Einheiten für den deutschen Kriegsablauf ist, haben kürzlich die TeilnehmerInnen des ersten antimilitaristischen Camps am GÜZ unter dem Titel „war starts here“ erleben müssen. Bei deren Aktionstag am 15. September ließ der Kommandant des GÜZ die in Afghanistan erwartete Truppe mit ihren Panzern weiter üben, obwohl AktivistInnen auf dem Gelände waren. Der Leiter des GÜZ, Oberst Sladeczek, kommen-

tierte zynisch, dass die wesentlichen Ziele des Tages erreicht wurden - „es habe keine Verletzten und keine Toten gegeben“.

DER DAMM IST GEBROCHEN

Der Aktionstag hat aber eben auch gezeigt, dass es offenbar möglich ist, den eng getakteten, laufenden Kriegstrainingsbetrieb direkt zu stören. AugenzeugInnen berichten in unabhängigen Medien beispielsweise von einer Farb„attacke“ auf einen Panzer während einer Gefechtsübung. An mehreren Stellen wurde Gebäude auf dem Gelände pink markiert. Bereits im Vorfeld ruderte Oberst Sladeczek verbal zurück, trotz der eigens für diesen Tag stationierten 1000 BundespolizistInnen und ähnlich vielen SoldatInnen: „Wir können dieses Hase-und-Igel-Spiel nicht gewinnen“.

Wir beglückwünschen die Aktionstag-TeilnehmerInnen zu diesem beeindruckenden Aufbruchssignal, eine der zentralen Kriegsinfrastrukturen Deutschlands zu „entern“ und zu stören. Wir haben mit unserer Sabotage der eingleisigen Bahnanbindung eine andere Möglichkeit gewählt: das GÜZ für den An- und Abtransport von schwerem militärischen Gerät zeitweise abzukoppeln und damit den Übungsbetrieb zu beeinträchtigen. Die übenden Truppen reisen (derzeit noch) mit ihrem eigenen Kriegsgerät an. Während die leichtere Kriegsfracht vornehmlich mit LKW transportiert wird, werden Panzer und anderes Großgerät regelmäßig mit der Bahn verschoben. Bei einem 10-14 tägigen Übungsaufenthalt und einer fast vollständigen Jahresauslastung ergeben sich viele Möglichkeiten zur Blockade von Militärtransporten.

SICHERHEITSHINWEIS

Die Bahnstrecke Gardelegen-GÜZ wird nicht für den Personenverkehr sondern ausschließlich für Militärtransporte genutzt. Zusätzlich dient unsere (fünffache) Absicherung der Streckenabschnitte nördlich und südlich unserer Baustelle dazu, jeglichen Unfall auszuschließen: Alle Züge sind durch Absperrungen, Warndreiecke, akustische und optische Signale sowie montierte Bremsschlitten der Bahn in ausreichendem Abstand zum Halten gezwungen.

Den reibungslosen Kriegsablauf der Bundeswehr untergraben!

Den krieglerischen Konsens an der „Heimatfront“ aushöhlen!

**Antimilitaristisches Ausgrabungsteam
07.10.12**

Repression, Antirepression und Solidarität

Stellungnahme der „War starts here“-Camp-Vorbereitung

Vom 12.-17. September 2012 fand in der Altmark das „War starts here“-Camp gegen das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) der Bundeswehr statt.

Mehrere hundert Aktivist_innen, aus unterschiedlichen Spektren, kamen zusammen um über die verschiedenen Aspekte der Militarisierung der Gesellschaft und den Widerstand dagegen zu diskutieren. Außerdem gab es am 15.09. einen Aktionstag mit dem Ziel das GÜZ zu entern, lahmzulegen und umzugestalten. An diesem beteiligten sich ca. 400 Antimilitarist_innen. Vor der Kommandozentrale demonstrierten ca. 100 Leute und es gelang massenhaft auf das Militärgelände einzudringen und dort u.a. ein Panzermanöver zu stören und verschiedene Gebäude zu markieren.

Für einen Überblick über die Aktionen und eine erste Bewertung verweisen wir auf den bei Indymedia veröffentlichten Text von „einigen begeisterten Teilnehmer_innen“. (<https://linksunten.indymedia.org/en/node/67243>)

Wie nicht anders zu erwarten, beantworteten Polizei und Militär den Versuch der antimilitaristischen Intervention, an diesem Ort der direkten Kriegsvorbereitung, mit massiver Repression. Darum soll sich dieser Text drehen.

Von Demoverbotzonen, massenhaften Personalienfeststellungen und einem (bewaffneten) Überfall des MEK

Polizei und lokale Behörden haben von Anfang an versucht zu verhindern, dass ein antimilitaristisches Camp in der Nähe des Gefechtsübungszentrums stattfinden kann. Bis zuletzt verweigerten sich die verantwortlichen Behörden des Landkreises Gardelegen einen Campplatz zur Verfügung zu stellen. Die Polizei tat ebenfalls ihr Möglichstes um das Camp zu verhindern. So wurden z. B. potentielle Verpächter_innen von geeigneten Campflächen und Zeltverleiher_innen massiv bedrängt.

Um klar zu machen, dass das Camp so nicht zu verhindern sei und um direkt in Letzlingen präsent zu sein, wurde ab dem 10.09. eine Mahnwache auf dem dortigen Marktplatz eingerichtet. Diese konnte zwar eine Woche lang aufrecht erhalten werden, doch die Poli-

zei versuchte all dies so unangenehm wie möglich zu machen. So musste zu jeder Zeit ein_e Ordner_in je 10 Teilnehmer_innen anwesend sein. Diese mussten ihre Personalien abgeben und durften zudem niemals zuvor polizeilich in Erscheinung getreten sein. Außerdem wurden immer wieder neue Schikanen, wie das Verbot von Teelichtern, durchgesetzt.

Dank solidarischer Menschen in der Region konnte schließlich 17 km vom GÜZ entfernt ein Campplatz gepachtet werden. Die Verpächterin ließ sich trotz Einschüchterungsversuchen, wie der Dauerstationierung von zivilen

Polizeikräften vor ihrem Wohnhaus, nicht davon abbringen, das anti-militaristische Camp zu unterstützen.

Daraufhin richtete die Polizei auf den Zufahrtswegen zum Camp feste Kontrollstellen ein. Über einen Zeitraum von mehreren Tagen wurde niemand ohne Personalienfeststellung in oder aus dem Camp gelassen. Zeitweise wurden alle ankommende und abfahrende Fahrzeuge und Personen durchsucht. Insgesamt wurden 700

Personalienfeststellungen im Umfeld des Camps durchgeführt.

Zudem verbot die Polizei mit einer Allgemeinverfügung jegliche Versammlung im Umkreis des GÜZ für den gesamten Zeitraum des Camps. Zwar konnte eine Kundgebung vor der Kommandozentrale gerichtlich durchgesetzt werden; jede weitere Versammlung blieb jedoch untersagt und es wurden 137 Platzverweise erteilt. Diese dienten hauptsächlich der Durchsetzung der größten Demoverbotzone, die es jemals in der BRD gegeben hat. Zeitweise wurde man selbst zu der genehmigten Kundgebung nur nach Personalienfeststellung und Durchsuchung, die teils mit dem Zwang zur Entkleidung bis auf die Unterwäsche einher ging, durchgelassen. Eine Spontandemo gegen diese offensichtlich rechtswidrige Praxis wurde komplett gekesselt und mit Platzverweisen belegt. Außerdem wurden dabei mehrere Personen äußerst brutal mit Vorwürfen wie Landfriedensbruch und Widerstand festgenommen.

1000 Polizist_innen, 500 Feldjäger_in-



nen, Pferdestaffel, Polizeihunde und diverse Hubschrauber haben nicht verhindern können, dass antimilitaristische und friedensbewegte Aktivist_innen verschiedene Aktionen auf und neben dem GÜZ machten. Allerdings wurden 24 Personen im Laufe des Aktionstages fest- oder in Gewahrsam genommen. Einige Aktivist_innen wurden auf dem Truppenübungsplatz mitgenommen. Ihnen wird größtenteils nur das ordnungswidrige Eindringen vorgeworfen. Eine dieser Gewahrsamnahmen wurde von Feldjägern mit gezogener Waffe durchgeführt. Anderen, die in der Demoverbotszone aber außerhalb des Platzes festgenommen wurden, wird vorgeworfen für Sachbeschädigungen auf dem Gelände verantwortlich zu sein. Laut Presse wurden insgesamt 64 Strafverfahren, hauptsächlich wegen Sachbeschädigungen auf dem Gelände, aber auch wegen Landfriedensbruch, Beleidigung und Widerstand, eingeleitet. Diese werden wohl zum größten Teil gegen Unbekannt geführt.

Bereits zwei Tage zuvor waren 5 Antimilitarist_innen in Magdeburg von einem mobilen Einsatzkommando (MEK) der Polizei überfallen worden. Dabei wurden sie mit vorgehaltener Schusswaffe aus einem Auto gezerrt und auf eine Polizeiwache verschleppt. Am nächsten Tag mussten sie zwar wieder entlassen werden, allerdings wurden sie mit einem Platzverweis für das gesamte nördliche Sachsen-Anhalt belegt. Laut eines Indymedia-Artikels wird ihnen vorgeworfen „für eine Sachbeschädigung am Gebäude der ICL-Ingenieur und Consulting[,] verantwortlich sein“. Dort wurde „rosa/pinke Farbe in Größenordnungen (ca. 50 m) angebracht“. Laut dem Artikel ist die ICL verantwortlich für die Bauplanung der Aufstandsbekämpfungsstadt „Schnögersburg“. (linksunten.indymedia.org/en/node/67047)

Einem sechsten Beschuldigten wird dabei „logistische Unterstützung“ vorgeworfen.

Außerdem wurde am Aktionstag die Wohnung eines Antimilitaristen in der Altmark durchsucht.

Ihm wird „versuchte Sabotagehandlungen an Verteidigungsmitteln“ nach §109 im Vorfeld des Camps vorgeworfen.

Stand der juristischen Auseinandersetzungen

An den verschiedenen beschriebenen Punkten laufen juristische Auseinandersetzungen, die sich zum Teil noch sehr lange hinziehen werden. So wurden Klagen gegen die Allgemeinverfügung, gegen die Demoverbote und gegen die massenhaften Personalienfeststellungen eingereicht sowie für die Sicherstellung der gesammelten Daten - die Lö-

schung wird baldmöglichst beantragt. Diese verwaltungsrechtlichen Auseinandersetzungen haben zwar ganz gute Erfolgsaussichten, werden aber teilweise über die verschiedenen gerichtlichen Instanzen geführt werden müssen. Bis es rechtskräftige Urteile gibt, kann erfahrungsgemäß sehr viel Zeit verstreichen. Wie die Strafverfolgungsbehörden mit den eingeleiteten Strafverfahren umgehen werden, ist im Moment noch nicht abzusehen. Wir wollen an dieser Stelle nicht detaillierter auf die juristischen Auseinandersetzungen eingehen, werden aber zukünftig über neue Entwicklungen möglichst aktuell berichten.

Krieg beginnt hier ... als Angriff auf die, die Widerstand leisten

Das Camp ist Teil der internationalen Kampagne „War starts here / Krieg beginnt hier“. Die Kampagne ruft dazu auf „aktiv einzugreifen in die kriegs-gerische Normalität und die zahlreichen zivil-militärischen Verflechtungen“. Sie soll deutlich machen „Krieg beginnt hier und ist hier aufzuhalten“ und „ist offen für alle, die ihre Aktivitäten in diesen Kontext stellen wollen“.

In den Begründungen der Allgemeinverfügung, der Kontrollstellen sowie dem Durchsuchungsbefehl gegen den Aktivist aus der Altmark, erklärt die Polizei, dass es in verschiedenen Städten Brandanschläge mit Bezug zur Kampagne „Krieg beginnt hier“ gegeben hat. Da sich das Camp ebenfalls in den Kontext der Kampagne stellt, sei mit schweren Straftaten zu rechnen. Diese Argumentation dient dazu, das Camp in seiner ganzen Breite zu kriminalisieren, umfassende Repressionsmaßnahmen zu rechtfertigen und ein Spaltungspotential in die für alle offene Kampagne zu tragen. Es wurde sogar behauptet, es bestünde die Gefahr, dass Soldat_innen durch Brandanschläge auf dem GÜZ getötet oder verletzt werden würden. Einerseits soll die Inszenierung eines derartigen Gewaltpotentials abschrecken, sich selbst und die eigenen Aktivitäten in den Kontext der Kampagne zu stellen, andererseits soll der massive Polizeieinsatz gerechtfertigt werden.

Hinzu kommt, dass es durchaus denkbar ist, dass die Repressionsorgane versuchen Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen Aktivitäten und Initiativen, die sich auf die Kampagne „Krieg beginnt hier“ bezogen haben, zu konstruieren. Auf den Versuch einer solchen Konstruktion deutet auch die massive Datensammelwut hin.

Das Camp bot einen Rahmen um mehrere Tage über Militarisierung, Aufstandsbekämpfung und antimilitaristischen

Widerstand zu diskutieren und eine Vernetzung unterschiedlicher Spektren und Zusammenhänge voranzutreiben. Wenn Leute beginnen sich zu vernetzen, ist dies aus staatlicher Sicht immer gefährlich. Dies gilt umso mehr, wenn in der Umgebung einer enorm wichtigen militärischen Anlage am Bild der allgemeinen gesellschaftlichen Akzeptanz für die Bundeswehr und ihres Mordhandwerks gekratzt wird. Denn das Camp hat dazu beigetragen, dass offen zu Tage trat, dass es auch in der anwohnenden Bevölkerung weit mehr Widerspruch gibt, als (medial) behauptet. Dieser Umstand wäre für die Repressionsorgane schon Anlass genug, Versuche der Kriminalisierung und Spaltung zu unternehmen. Denn ein breiter, sich in seiner Unterschiedlichkeit solidarisch aufeinander beziehender und lokal verankerter antimilitaristischer Widerstand, könnte langfristig zu einer deutlichen Beeinträchtigung der Kriegsfähigkeit führen.

Hinzu kommt, dass mit dem Aktionstag ein sehr erfolgreicher Versuch unternommen wurde „Kriegstreiberei und Militarisierung zu markieren, blockieren und sabotieren“. Das offene Aktionskonzept, das Raum ließ für unterschiedliche Aktionsideen, hat gut funktioniert und das Ziel „die Verfügungsgewalt der Bundeswehr [...] praktisch in Frage“ zu stellen, wurde erreicht. So wurde z. B. ein Panzermanöver einer zwei Wochen später in Afghanistan eingesetzten Einheit empfindlich gestört. Dies verdeutlicht einerseits, dass mit dem GÜZ ein sensibler Punkt der Kriegsvorbereitung getroffen wurde und andererseits, dass es bei weiteren Versuchen der antimilitaristischen Intervention am GÜZ noch ein deutliches Potential zur Steigerung gibt.

Beide Aspekte zusammen gedacht, müssen den Repressionsorganen und Kriegsstrateg_innen ein Dorn im Auge sein. Deswegen sollten uns die staatlichen Angriffe auf die Versammlungsfreiheit und einzelne Aktivist_innen nicht überraschen. Sie werden weiterhin versuchen, den Preis, den wir für das erfolgreiche Camp und den Eingriff in die Kriegsvorbereitung am Aktionstag zahlen sollen, in die Höhe zu treiben. Denn je erfolgreicher wir in unseren Bemühungen um Vernetzung und dem Bestreben den Krieg, der hier beginnt, hier zu stoppen, sind, desto größer wird das staatliche Bedürfnis unsere Strukturen zu zerschlagen und Einzelne zu bestrafen.

Repression kollektiv begegnen

Schon während des Camps gab es ein Antirepressionsplenum. Die Teilnehmer_innen waren sich einig, dass den verschiedenen Arten der Repression während und nach dem Camp kollektiv begegnet werden muss. Wir rufen dazu auf dies praktisch werden zu lassen. Wir schlagen vor durch vielfältige Soli-Aktionen und -Erklärungen solidarischer Gruppen und Initiativen aus den unterschiedlichen Spektren klar zu machen, dass der politische Preis für weitere Angriffe auf das Camp und einzelne Teilnehmer_innen sehr hoch sein wird und wir uns weder einschüchtern noch spalten lassen. Neben dieser politischen Solidarität wollen wir uns natürlich auch darum kümmern den Betroffenen den Rücken zu stärken. Deshalb meldet euch bei uns, wenn ihr von Repression betroffen seid bzw. Post von Polizei oder Staatsanwaltschaft bekommt.

Sowohl die Klagen gegen Demoverbote und Kontrollstellen als auch die Verteidigung in Strafverfahren kosten leider wie immer viel Geld, deshalb bitten wir euch auch darum Geld zu sammeln, Soli-Partys zu machen und zu spenden. Zudem könnt Ihr Euch für finanzielle Unterstützung an die örtliche Rote Hilfe wenden.

**Camp und Aktionstag waren super -
verteidigen wir unseren Erfolg
gemeinsam!**

**Für eine starke antimilitaristische
Bewegung - solidarisch gegen
Spaltungsversuche!**

**Keine Zusammenarbeit mit Repressions-
behörden - keine Aussagen bei Polizei
und Staatsanwaltschaft!**

„War starts here“-Camp-Vorbereitung

Kontakt:

kontakt@warstartsherecamp.org

PGP-Schlüssel gibts auf der Homepage

warstartsherecamp.org

Spendenkonto:

Ko.Inhaber: Rote Hilfe OG Salzwedel

Ko.Nr.: 400 723 8312

BLZ: 43060967

GLS Gemeinschaftsbank eG

Verwendungszweck: Camp



WAR STARTS HERE - KRIEG BEGINNT HIER!

Farbe und Feuer für Imtec in Kiel

Wir haben in der Nacht vom 28. auf den 29.08.2012 die Firma IMTECH MARINE Germany GmbH & Co Kg in der Fraunhofstr. 16 mit der Parole „WAR STARTS HERE“ versehen. Vor der Eingangstür vekippten wir außerdem einige Liter rote Lackfarbe.

Im Holzkoppelweg 33 haben wir den Fuhrparkbestand der IMTECH Deutschland GmbH durch Feuer verringert.

Warum IMTECH? Nach außen gibt sich IMTECH Deutschland ein sauberes Image. Zu IMTECH-Deutschland mit dem Hauptsitz in Hamburg, gehört auch die IMTECH Marine Germany GmbH & Co Kg mit Standorten in Kiel, Bremerhafen, Hamburg und Shanghai.

Die Imtech Marine ist Teil der deutschen Rüstungsindustrie.

Sie rüstet u.a. deutsche, polnische, britische, holländische, indonesische und singapurische Kriegsschiffe aus. Die Angebotspalette reicht von Technik für U-Boote über Schiffskühltechnik für Fregatten, hier z.B. die F124, die zur modernsten der Bundesmarine gehört, bis zu Modulen zur Kühlung von Waffensystemen.

2011 betrug der Jahresumsatz der IMTECH 500 Mio. Euro. Wie viel IMTECH Deutschland im Rüstungssektor verdient, wird gekonnt verschleiert. Klar ist aber, dass die Gewinne aus dem Rüstungsbusiness in die Gesamtbilanz der IMTECH Deutschland mit einfließen. IMTECH Deutschland ist außerdem förderndes Mitglied in der deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik, einem Zusammenschluss deutscher Rüstungsunternehmen.

Wir haben uns für die Aktion die Nähe zum 1. September, dem internationalen Antikriegstag ausgesucht, der einerseits an den Angriff des NS-faschistischen Deutschlands auf Polen erinnert und andererseits klar Stellung gegen Krieg und Militarismus bezieht. Wir hätten uns auch jeden anderen Tag aussuchen können.

„Humanitäre Friedenseinsätze“, „friedensstiftende Maßnahmen“ und sämtliche anders deklarierte Einsätze der Militärapparate der „global Player“ sind nichts anderes als Krieg.

Krieg wird von dem sich als „moralisch überlegen“ und „zivilisiert“ verstehenden Staaten als ausweglose Mög-

lichkeit von Konfliktbewältigung verkauft. Der permanente Ausnahmezustand ist Normalzustand. Doch die bestehenden Konflikte entstanden nicht einfach so. Sie sind Produkt jahrhundertelanger imperialistischer Unterdrückung, Ausbeutung und Versklavung. Sie sind die Konsequenz aus der durch Raubbau zur Unfruchtbarkeit verendeten Erde. Sie sind Produkt der durch Versklavung und dem massenhaften Hinschlachten zerstörten Sozialstrukturen. Vor noch nicht allzulanger Zeit im Namen der Kaiser, Könige und der Kirche, dann im Namen der überlegenen Nation und „Rasse“, heute im Namen der Demokratie und des Kapitalismus. Der Kolonialismus

des 19. und 20. Jahrhunderts geht auch gegenwärtig unter veränderten Vorzeichen ungebrochen weiter: Durch die von Konzernen bezahlten Paramilitärs, die nach wie

vor Landenteignung durchführen, durch den Knebel von patentiertem Getreide und durch Monokulturen die das Land ausdörren, um uns Kaffee, Fleisch und billige Möbel zu sichern, durch die Vergiftung von Gewässern durch Ölpipelines oder ganz unverhohlen durch den Einmarsch „unserer Truppen“ in den sogenannten Failed States am Hindukusch, auf dem Balkan oder vor Somalia. Den Austragungsorten des permanenten Kampfes um Machtsphären der „Global Player“ und der Versuch, unsere auf Krieg beruhende Sicherheit ein weiteres Jahrzehnt zu erhalten. Lieber sollen die Menschen die Millionen verrecken, als dass zugelassen wird, dass sie sich aus ihrem Elend erheben könnten und anfangen, ein Stück von dem Wohlstand zurückzufordern, welcher auf ihren Blut gezüchtet wurde. Der Kolonialismus geht nicht nur ungebrochen weiter, wir profitieren von ihm. Seit Jahrhunderten.

Der Krieg, der in der Welt geführt wird, ist der Krieg gegen die Armen und sichert unseren Wohlstand. Er ist eine fancy Krisenbewältigungsstrategie



für die reichen und mächtigen Staaten dieser Welt. Ganz bewusst wird munter Öl ins Feuer der globalen Krisenherde gegossen. Dies garantiert Profite durch präventive oder auch direkte Aufstandsbekämpfung dort und durch Militär und Rüstung als verlässliche Arbeitgeber und Standortfaktoren hier. Die zivil-militärische Infrastruktur in Form von militärischer Forschung an Unis und in Rüstungsbetrieben, aber auch der Versuch der stärkeren Re-Etablierung des Militärs in der Gesellschaft, z.B. durch Propagandaauftritte auf Volksfesten, durch das „Werben für's Sterben“ im Jobcenter oder durch Anzeigen in der BRAVO sind die Vorbereitung und Absicherung, somit elementarer Bestandteil, der Kriegsmaschine.

Die Militarisierung marschiert voran ins gesellschaftliche Leben und lässt Krieg mehr und mehr zu einem normalen Job werden: Staatlich legitimiert, ohne moralische Zweifel im persönlichen Arbeitsmarktschlachtfeld, zur Sicherung der Karriere, der Wohnung und um was zum Fressen auf dem Tisch zu haben. Krieg ist nur der offensichtliche Teil eines Prinzips, welches wir täglich erleben. Wenn wir uns in absolutem Gehorsam üben müssen, weil die Firma uns ansonsten kündigt, wenn die Ellbogen ausgefahren werden, wenn sich dadurch ein Vorteil gegenüber anderen, die in der selben Scheiße für den selben mickrigen Lohn buckeln müssen, erhofft wird. Wenn du deiner SachbearbeiterIn beim Arbeitsamt ausgeliefert bist und dir die Kohle verwehrt wird, weil der Arbeitslose ein unnützer Schmarotzer ist. Wenn an der Uni, in der Schule gemoppt wird, was das Zeug hält, ist es das Prinzip von Konkurrenz, das Prinzip den eigenen Vorteil brutal gegen andere durchzusetzen, das Prinzip von Befehl oder Gehorsam, das Prinzip vom Fressen und Gefressen werden. Das grundlegende Prinzip kapitalistischer Gesellschaften: Das Rechts des Stärkeren, welches im Krieg kulminiert und uns glauben macht, dass es keine andere Form gesellschaftlicher Organisation geben könne, als ums eigene Überleben zu kämpfen und dass es ein Naturgesetz sei. Doch irgendwer ist immer stärker, hat die besseren Waffen, ist skrupel-

loser. Und so führt dieses Prinzip zu keinen Ausweg aus dem Hauen und Stechen, sondern nur mündet zwangsläufig immer wieder in Elend und Tod. Zu allererst für diejenigen, die im Kampf aller gegen alle am wenigsten bestehen können.

Allein das Erkennen dieses Prinzips und die Entscheidung, sich ihm zu widersetzen, lässt auf eine andere Zukunft hoffen.

Krieg findet direkt vor unserer Haustür statt. Das Morden und Totschießen auf der Welt spült massenhaft Kohle in die Kassen der reichen westlichen Staaten, insbesondere des „Exportweltmeisters“ BRD. Denn Rüstungsexporte florieren gerade in Zeiten der Krise. Krieg lohnt sich also. Welcher Rüstungskonzern hat Interesse an einer Welt ohne Kriege? Welcher Staat versucht nicht, seine Macht zu sichern und auszubauen, wenn es darum geht, sich in einer sich verschärfenden

Weltmarktkonkurrenz als Standort

zu behaupten? Welche Gesellschaft toleriert nicht das Töten, wenn es angeblich der eigenen Sicherheit

dient? Welcher Mensch macht nicht mit im alltäglichen Konkurrenzkampf, um die eigene soziale Position und den Lohn abzusichern, wenn beide immer prekärer werden?

Das Elend und Leid der Anderen, von Millionen, bedeutet gute Geschäfte hier. Das widert uns an!

Analysieren wir die Ursachen von Krieg, Elend und Unterdrückung. Ein

Frieden mit an die Zähne bewaffneten Staaten, deren Ar-

meen und Rüstungskonzerne kann es

nicht geben.

Wir wollen mit dieser Aktion die Verflechtung von Krieg, Rüstungsproduktion und deren Profiteuren sichtbar machen.

Ihnen klebt nicht nur rote Lackfarbe am Gebäude, auch ihre Hände sind blutrot.

Für mehr Sand im Getriebe der Mordmaschine!

Für eine Welt ohne endlosen Konkurrenzkampf, Ausbeutung, Unterdrückung und Kriege!

Kriegstreiberei und Militarisierung markieren, blockieren, sabotieren!

Autonome Gruppe „Give peace a chance!“



Antimilitarismus in Hannover

- zum Ende eines Aufbruchs

Mich hat erschreckt, dass nach dem desolaten Widerstand gegen das dies-jährige Sommerbiwak ein ebenso desolater Zustand in der organisatorischen Struktur des Widerstandes durch das Gespräch im letzten Autonomen Blättchen öffentlich zu Tage trat. Denn es scheint in Hannover keine Diskussionen darüber zu geben, was der Zerfall des antimilitaristischen Aufbruchs, ein solcher war der Widerstand gegen das Militärfest durchaus, für die politische Praxis bedeutet. Zu einigen Punkten will ich kurz was sagen, weil sie nicht unwidersprochen bleiben sollten und weil eine Auseinandersetzung über den Zustand lokalen antimilitaristischen Widerstandes dringend nötig scheint. Zu mehr bin ich gerade auch nicht in der Lage.

Es ist deutlich geworden, dass der Antimilitaristische Aktionskreis Hannover (AMAK) zu keinem Zeitpunkt der Mobilisierung, der Gegenaktivitäten und der Nachbereitung eine realistische Einschätzung bezüglich der politischen und praktischen Möglichkeiten des Widerstandes hatte. Oder etwas schärfer formuliert: Das AMAK hat den Karren sehenden Auges vor die Wand fahren lassen, weil es sich des obigen Mangels durchaus bewusst war.

Warum hat es nicht eine einzige Mobilisierungsveranstaltung gegeben? Warum wurde kein Protestkonzept zur Diskussion gestellt? Warum startet man eine Demo in der Innenstadt, nur weil man es sich nicht mit der Linkspartei verscherzen will, die ohnehin nicht auftaucht? Warum diskutiert man ernsthaft darüber, ein „Gegenfest“ (welch Irrsinn!) zu organisieren? Warum ist man darüber verwundert, dass Leute tatsächlich protestieren? Warum bricht man trotzdem die Demo ab? Warum gibt es hinterher nicht mal eine Pressemitteilung oder eine textliche Nachbereitung?

Das AMAK kann nach diesem Scheitern nicht erwarten, weitere Aktivitäten erfolgreich starten zu können, wenn es sich nicht zum Teil einer öffentlichen Aufarbeitung macht, wenn es diese

nicht forciert und einfordert – ansonsten bleibt es als politischer Akteur tot. Diese Auseinandersetzung zu führen, ist jetzt wichtig, damit sich nicht ein Status quo manifestiert, dem das Scheitern in diesen bewegungsarmen Zeiten scheinbar eingeschrieben zu sein scheint.

Es muss auch Schluss damit sein, politische Erfolge herbeizureden, wo gerade keine zu sehen sind. Wenn RAK und Friedensbüro es als Erfolg bezeichnen, dass man sich nicht von der einen militanten Aktion im Vorfeld des Sommerbiwak, nämlich das Anzünden von Bundeswehrfahrzeugen, distanziert habe, so dokumentiert das nur, wie tief die

antimilitaristische Linke in Hannover in der Defensive steckt. Ein Erfolg auf dieser Ebene wäre es gewesen, wenn die beiden Gruppen, oder das AMAK, die Aktion begrüßt hätten, weil dann eine politisch offensive Auseinandersetzung hätte entstehen können, weil dann die Herausforderung

von der die RAK im Umgang mit der Aktion spricht von ihr selbst angenommen worden wäre. Natürlich wird niemand leichtfertig das Abfackeln von Bundeswehrautos öffentlich und identifizierbar gutheißen. Der Repressionsdruck scheint schlicht zu hoch. Aber man verkaufe es doch bitte nicht als Erfolg, wenn andere Leute eine Offensive wagen und man selbst es schafft, dazu die Schnauze zu halten.

Es muss sicher die Frage gestellt werden, wie ein konfrontatives öffentliches Verhalten als Protestform gegen das Biwak aufrecht erhalten, bzw., wieder hergestellt werden kann. Denn genau dieses hat die Qualität der Kundgebungen in den letzten Jahren ausgemacht. Durch den Versuch, die Biwakgäste mit dem zu konfrontieren, „was Krieg heißt“, war es gelungen, aus hilflosen Demoritualen heraus zu kommen und auch Impulse für Aktionen am und im Stadtpark zu setzen. Es scheint mir grundlegend falsch, dieses Konfrontationsverhältnis zurück zu nehmen, weil, so hofft man, Andere es durch direkte militante Aktionen herstellen könnten. Die In-Aussicht-



Stellung einer solchen Art Arbeitsteilung ist die Ankündigung einer nurmehr kritischen Begleitung des Biwaks – die Dynamik des politischen Angriffs wird damit aufgegeben. Das wird deutlich in Sätzen wie: „wir haben überlegt, wie wir ein Fest draus machen können.“ Ein antimilitaristisches Fest gegen ein Militärfest zu setzen, wäre eine groteske und lächerliche Persiflage von Protest. Man verabschiedet sich als linksradikale/r Akteur_in. Das ist schade, angesichts der vielfältigen Niederlagen der Linken. Und es scheint mir ebenso ein strategischer Fehler. Denn was die Proteste gegen das Sommerbiwak stark gemacht hatte, war die kreative Schaffung eines konfrontativen Handlungsrahmens durch das AMAK – und die vielen kleinen Aktionen vor und während der Biwaks, die zu medialer Öffentlichkeit und somit zu einer wahrnehmbaren Infragestellung des Militärfestes führten.

Die Fehler, die das AMAK in diesem Jahr gemacht hat, lassen sich nicht auf die allgemeinen Schwierigkeiten in politisch bewegungsarmen Zeiten schieben. Auf der einen Seite ist das AMAK nicht seiner Verantwortung gerecht geworden, in dem es sich ungenügend um eine Weiterentwicklung des Widerstandes bemüht hat; Auf der anderen Seite steht die Verantwortung der autonomen und der friedenspolitischen Szene für den Niedergang außer Frage. Da stimmt es, wenn das AMAK sich beklagt. Ihm wurde die Rolle des Organisators zugeschoben. Die Anderen konnten sich dann in konsumistischer Haltung für oder gegen eine Teilnahme an den organisierten Protesten entscheiden. Es ist aber nicht die Frage, wer mehr Schuld hat. Es ist festzustellen, dass es verschiedene Ursachen für den desolaten Zustand gibt und sich keine Seite durch Verweise auf die Fehler anderer aus der Verantwortung ziehen kann. Die politische und personelle Entfremdung der Mitgliedergruppen des AMAK von den anderen politischen Akteur_innen ist dabei nur der Katalysator des Niedergangsprozesses. Ihr kann keine ursächliche Funktion zugeschrieben werden. Denn das hieße, Alle aus der Verantwortung für die politische Entwicklung zu entlassen. Man fasse sich an die eigene Nase!

RAK und Friedensbüro können sich eine erfolgversprechende Mobilisierung ge-

gen die Feldjägerschule in Hannover, den Fliegerhorst Wunstorf oder den Neujahrsempfang der Bundeswehr in die Haare schmieren. Das wird nichts. Zumindest nicht ohne eine zukunftsorientierte Diskussion über den Widerstand gegen das Sommerbiwak oder gegen eben diese anderen militärischen „Leuchttürme“ – sofern vergangene Fehler reflektiert werden. Diese Diskussion muss möglichst breit geführt werden, nicht nur über Texte, sondern in direkten Gesprächen und im Rahmen öffentlicher und halböffentlicher Diskussionsrunden und Veranstaltungen. Ohne eine solche Mühe wird jede andere vergeblich sein. Die Auseinandersetzung darüber, wie antimilitaristische Politik in der Stadt weiter gehen kann, sollte noch in diesem Jahr begonnen werden, sonst kann die Demo gegen das Sommerbiwak 2013 meinetwegen gerne abgesagt werden.



Nachdem, was vom diesjährigen antimilitaristischen Camp gegen das Gefechtsübungszentrum Altmark zu hören war, gibt es aktuell nicht nur entmutigende Erfahrungen. Vielleicht gibt es hier in Hannover aber zu viele Gruppen und Personen die eine bewusste Entscheidung gegen eine explizit

antimilitaristische Praxis getroffen haben. Dann sollte das auch öffentlich so gesagt werden.

Ich kann nicht für eine Gruppe oder eine Organisation sprechen und werde deswegen nicht zu einer Diskussion einladen. Es bleibt mir nur der Appell, die Auseinandersetzung zu beginnen. Sie könnte einen Anfang auf den Autonomen Vollversammlungen finden, sich auf einem antimilitaristischen Ratschlag fortsetzen. Oder auf einer Diskussionsveranstaltung, einer Podiumsdiskussion, einem Workshoptag. Oder sie könnte sich in praktischen Versuchen weiterentwickeln, die mit der konkreten Widerstandserfahrung auch einen sozialen Prozess der Agierenden initiieren, der über das Jahr hinaus trägt. Lasst es uns ausprobieren.

Auch wenn nicht bekannt ist, ob das Biwak 2013 zum letzten mal in Hannover stattfinden wird, wäre eine erfolgreiche Gegenmobilisierung die Grundlage und eine Motivationshilfe für neuen Schwung. Ohne diesen blieben wir zuständig für den kritischen Begleitsang, den sich die Gegenseite gerne auf der Bühne der Meinungsvielfalt anhört. Da werden Viele nicht mehr mitmachen.

Jemand

alerta ist aufgelöst!

Nach inzwischen sieben Jahren müssen wir, alerta aus Hannover, unsere Auflösung erklären. In letzter Zeit ist es ruhig um uns geworden, wie es dazu kam und wie es weitergeht, das wollen wir mit euch teilen, auch als Anregung zum besser, anders, neu machen.

Gegründet hat sich alerta 2005, als libertärer Gegenentwurf zu den damals vorherrschenden Gruppen und als Versuch das vielbeschworene ‚mehr als Antifa‘ auch in die Tat umzusetzen. In vielen Punkten ist dies sicherlich gelungen. Die Breite an politischen Themen die in der Gruppe bearbeitet wurden, führte dabei auch dazu, dass der gemeinsame politische Nenner eher klein ausfiel. Die verschiedenen Blickwinkel auf das Elend unserer Zeit ergänzten sich zwar stets zu einem großen Ganzen mit dem alle gut leben konnten, eine klare Linie oder eine politische Doktrin, wie sie heute wieder mordern zu werden scheint, entstand dabei aber nicht. An Stelle des fehlenden theoretischen Unterbaus trat aber eine persönliche Verbundenheit, die es uns ermöglichte auch bei militanten Aktionen vertrauensvoll miteinander zu handeln. alerta hat sich stets kritisch zu der von vielen Gruppen praktizierten ‚Label-Politik‘ verhalten, wir sind weder Freund_innen von schicken Logos oder vielen FaceBook-‚Freund_innen‘ noch müssen wir unseren Namen unter jedem x-beliebigen Aufruf und Bündnisplakat lesen. Anstelle des Labels tritt bei uns ein Verständnis von Politik demnach Image nicht alles ist und politische Arbeit nicht besonders krass, cool oder glitzernd sein muss, sondern ehrlich und selbstorganisiert, vom Vokü-Kochen bis zur militanten Aktion. In diesem Sinne schätzen wir es, wenn Menschen gemeinsam zu Aktionen fahren, sich vorher bei einem netten Essen überlegen was sie machen wollen und sich mit anderen darüber absprechen. Das geht zumeist auch ohne FaceBook.

Unsere Gruppe hat sich während ihres Bestehens neben einigen personellen Wechseln, an dieser Stelle Grüße an alle ehemaligen Weggefährten_innen, auch einige organisatorische Wechsel mitgemacht. Einer dieser Wechsel, der auch nach außen hin von uns sichtbar gemacht wurde, war sicherlich der Wandel der Gruppe Alerta! zu dem Libertären Netzwerk Alerta! Im Winter 2007. Gegründet haben wir dieses Netzwerk um unserem Anspruch zu genügen eine thematisch breit aufgestellte Gruppe zu

sein, ohne sich als solche durch eine Überzahl an Themen zu überfordern. Daneben wünschten sich viele von uns in den für sie interessanten Bereichen tiefer arbeiten zu können, als dieses in einer ‚typischen‘ Polit-Gruppe möglich war. Durch die Auffächerung in ein Netzwerk aus Arbeitskreisen (AK) konnten die jeweiligen Kleingruppen munter zu ihren jeweiligen Themen arbeiten und gleichzeitig ihre Debatten in die Großgruppe tragen und von dort auch personelle Unterstützung mobilisieren. Im Rückblick war dies sicherlich eine der aktivsten Zeiten der alerta (z.B. weitreichende Arbeit im Bereich Antimilitarismus, Mitarbeit am Vegan-Kongress, ‚AK Gender-Sex-Desire‘-Filmkneipe uvm.). Das ambitionierte Projekt des Netzwerkes kam schließlich irgendwann zum Erliegen. Zum einen lag dies sicherlich daran, dass die AKs in sehr verschiedener Intensität arbeiteten und sich verschiedenen intensiv auf die Großgruppenplena vorbereiteten. Dies führte in der Organisation der politischen Arbeit



zu Ineffektivität und darüber zu verstärkten Frustrationserlebnissen. Zum Anderen gab es Differenzen darüber, wie Großgruppe und AKs vernetzt sein sollten, inwiefern AKs unabhängig von der Gesamtgruppe entscheiden/arbeiten konnten. Ein schleichender Zerfall trat ein und führte schließlich zur

Spaltung der Gruppe. Ergebnisse dieser Spaltung waren die Rückkehr zum ‚klassischen‘ Politgruppenkonzept und die Unabhängigkeit der AKs Antimilitarismus und Antirepression. Diese Spaltung war zum damaligen Zeitpunkt Szeneöffentlich kaum wahrnehmbar, auch weil wir es nicht für nötig gehalten haben uns dazu zu äußern.

Die Idee als Netzwerk von mehr oder weniger unabhängigen Arbeitskreisen zu arbeiten ist, auch aus heutiger Sicht, eine sinnvolle Form von Zusammenarbeit, die den Spagat zwischen inhaltlicher Tiefe, persönlichen Präferenzen und der Bearbeitung einer großen Breite an Themen, die in vielen Gruppen auf der Strecke bleiben bzw. den Sprung über die Nebensatzkritik nicht schaffen, möglich macht. Nebenbei: Wir

als alerta finden Sexismus/Rassismus auch total doof. Gleichzeitig stellt diese Form von Arbeit Anforderungen an die Gruppe, die wir zu dieser Zeit nicht erfüllen konnten, unter anderem einen klaren und gut ausdiskutierte politischen Grundkonsens, eine Diskussionskultur die Konflikte aufgreift und zielgerichtet Lösungen sucht usw. Hier im Nachhinein eine genaue Analyse des damaligen Zustands zu treffen

ist leider nur schwer möglich, zum Einen hat sich durch den personellen Wandel der Gruppe das Meinungsbild verzerrt, zum Anderen verklärt der Nebel des Vergessens bereits die Erinnerung.

Mit der Rückkehr zur ,alten' Gruppenstruktur wurde unsere Gruppe in der ,Szeneöffentlichkeit' weniger wahrnehmbar. Zwar beteiligten wir uns nach wie vor an den verschiedenen hannoverschen Bündnissen und organisierten diverse Soli-Partys, das Nicht-Labeln von Aktionen führte hierbei, in Kombination mit einer tieferen Einbindung in politische Arbeit die fast ausschließlich im Bereich geschlossener Gruppen stattfindet, dazu, dass wir wenig ansprechbar waren. Trotzdem

haben wir uns immer mal wieder zu Wort gemeldet, so z.B. in der ,hannoverschen Antifadebatte' oder jüngst in der spannenden Diskussion um ,Antisemitismus und wer was wo sieht'. Trotzdem wurden wir mit der Zeit immer mehr zur Bezugsgruppe, fuhren zusammen auf Demos und versuchten ,was zu reißen'.



Das Thema Repression war in unserer Gruppe in ihrer gesamten Zeit sehr präsent, immer wieder waren Mitglieder mit Verfahren konfrontiert, musste Kohle organisiert und anderweitig unterstützt werden. Hierbei zahlte es sich aus, das unsere Gruppe neben der ,normalen' Gruppenkasse stets auch eine Antirepressionskasse führte, um aus Aktionen hervorgegangene Verfahren bezahlen zu können und Andere zu unterstützen.

Wir haben als Gruppe über sieben Jahre lang existiert, immer wieder Krisen durchlebt, uns umorganisiert, zusammengerafft, mal mehr, mal weniger geschafft. Dieses Mal werden wir uns nicht wieder aufraffen können, zu sehr ging uns in letzter Zeit die ,Arbeitsmoral' verloren, zu wenig konnten wir bei uns selbst Begeisterung entfachen.

Trotzdem werden wir alle weitermachen, als Einzelne, gemeinsam... Wir möchten schließen mit einer Empfehlung an all jene, die vielleicht wie wir unzufrieden sind, nicht nur mit der bestehenden Gesamtscheisse, sondern auch mit der ,Szene' die selbige zu bekämpfen sucht. Tut euch zusammen! Gründet Gruppen, bildet Bänden, egal ob Kochgruppe, Lesekreis, Bezugsgruppe oder... Kommt miteinander in Kontakt, diskutiert und streitet euch. Rauft euch zusammen, fahrt gemeinsam los auf Demos, Kongresse oder in die Weite der Nacht! Wir sehen uns dort.

Glück und Freiheit,

alerta im Oktober 2012

„Besseres Hannover“ und die Graue Eminenz

Im September 2012 wurde die Nazigruppierung „Besseres Hannover“ verboten, nach beinahe 4 jähriger Geschichte, die ihren Anfang Ende 2008 nahm. Die Gruppierung fiel durch ein neues Repertoire an Aktionsformen in Hannover auf. Zum einen gab es da die Schülerzeitung Bock, die bewusst geschrieben war, um in vorpolitische Räume zu intervenieren, oder auch der sogenannte „Abschiebär“ der als Figur immer wieder von Besseres Hannover aufgegriffen wurde und Funktion als „Markenzeichen“ besaß.

In den Texten auf ihrer Homepage nahm „Besseres Hannover“ direkt Bezug auf den Nationalsozialismus. In einigen ihrer letzten Texte vor dem Verbot verfassten sie „Theorie“, die sich an dem 25-Punkte-Programm der NSDAP orien-

tierte. Mit dem jetzigen Verbot stellen sich aber weiterhin Fragen: Wo hatte „Besseres Hannover“ das Geld für ihre Aktionen und Zeitungen her? Wie schafften es die Faschisten in Hannover binnen weniger Jahre eine Gruppe mit mehr als 40 Mitgliedern aufzubauen? Interessant wäre es auch, zu erfahren, wie die Theorie-Generierung und das offensichtliche Einfließen rechtsintellektueller Diskurse und Aktionsformen entstanden sind. Dieser Artikel soll nun versuchen, einige Fakten die in den großen Medien unter den Tisch gefallen sind zusammen zu tragen.

Wenn die Einschätzung der Polizei zu diesem Thema als erster Anhaltspunkt herangezogen wird, dann ist es erstmal ein formaler Punkt, nämlich das

die Verbotsverfügungen an 4 Personen überreicht wurden, die die Polizei als Führungspersonen ausfindig gemacht haben will. Die da wären Marc Oliver Matuszewski, der wohl als „Führer“ in Hannover agierte, zwei „Unterführer“ waren Denny Subke und Patrick Kruse. Diese Leute bildeten wohl den organisatorischen Kern von „Besseres Hannover“. Sie erledigten aber nicht nur organisatorische Aufgaben, sondern



Matuszewski, Subke, Kruse

waren auch als Co-Autoren der Texte verantwortlich. Die ominöseste Figur in der ganzen Geschichte ist allerdings der 57 Jährige Norbert Schnelle aus dem Raum Stadthagen, der schon eine lange Geschichte in der faschistischen Bewegung hinter sich hat. Er wird als Kopf und Strippenzieher der Gruppe gesehen. Er besitzt die ideologische Vorbildung als „altgedienter Nationalsozialist“ ebenso, wie eine Art Organisationstalent. Um die Brisanz seiner Person zu verdeutlichen ist es unumgänglich, seine Biographie zu beleuchten.

Nach dem Verbot der Volkssozialistische Bewegung Deutschlands / Partei der Arbeit (VSBD) und der Inhaftierung von Friedhelm Busse im Jahr 1982 wurde 1983 erst die Nationale Front/Bund Sozialrevolutionärer Nationalisten (NF/BSN) gegründet und aus diesem Konglomerat an Leuten entstand dann am 16. November 1985 die Nationalistische Front. Mit dieser Vereinigung sollte nun die Person Schnelle ein spektakuläres Verhältnis pflegen. Im Juli 1983 sprach ein Herr „Hagenau“ vom Düsseldorfer Innenministerium bei Norbert Schnelle vor, der damals ein Mitglied der Bielefelder Jungen Nationaldemokraten war. Er fragte schlicht, ob dieser nicht als Informant für die Behörde arbeiten wolle. Schnelle, damals Student der Sozialpädagogik und überzeugter Rechtsextremist, wollte davon nichts wissen und wies dem Herrn die Tür. Der sogenannte Herr „Hagenau“ bot Schnelle beim Gehen wohl an, sich die Sache noch einmal zu überlegen. Das tat Schnelle, allerdings anders, als sich

das der Verfassungsschützer vorgestellt hatte. Er berichtete den Anwerbersuch sofort dem JN-Chef Meinolf Schönborn, der eine Chance witterte, seine chronisch klamme Organisation aus den roten in die schwarzen Zahlen

zu führen. Schnelle sollte sich, so wurde der Plan besprochen, zum Schein anwerben und das erhaltene Informationshonorar in die Kasse der Partei fließen lassen. Als Pointe wollten die Nazis die »konspirativen« Treffen

Schnelles mit seinem V-Mann-Führer heimlich fotografieren

und später in Schönborns Hetzpostille „Klartext“ veröffentlichen. Schnelle bekam für seine Dienste 500 DM im Monat, natürlich steuerfrei. Auch ein einmaliges Motivationsgeld von 700 DM erhielt Schnelle. Insgesamt soll er auf diesem Weg 14.400 DM erhalten haben.

Die Faschisten kauften für das Geld zwei Gebrauchtwagen, eine Kamera-Ausrüstung und einen Kassettenrecorder für heimliche Aufzeichnungen. Außerdem mieteten sie für 400 DM ein Haus in Steinhagen an.

Die Neonazis begannen, die Umgebung mit Flugblättern und Propaganda-Material zu überschütten. Nach einigen

Monaten »erfolgreicher« Arbeit wurde Schnelle an einen anderen V-Mann-Führer überwiesen, der in Bielefeld saß und den Decknamen »Kroll« führte. Der nannte seinem Spitzel



für telefonische Absprachen und »für Notfälle« eine geheime Telefonnummer in Düsseldorf, beim Innenministerium. Schnelle listete in seinen Berichten exakt die »Kameraden« auf, die an Versammlungen teilgenommen hatten und versorgte seine vorgesetzte Behörde reichlich mit Flugblättern. Nur konnten die wenig damit anfangen: Die genannten Neonazis waren entweder schon verhaftet worden oder Schnelle hatte

ihre Namen irgendwo abgeschrieben. Schnelle war zu dieser Zeit ebenfalls an mehreren Straftaten beteiligt und warnte seine Kameraden vor Hausdurchsuchungen. Diese Art der Geldabschöpfung von Geheimdiensten für die Naziszene ist nichts neues, es sind viele Fälle bekannt geworden, in denen Nazis so agierten, um ihre Gruppen zu finanzieren. Am 16. November 1985 gründete der V-Mann zusammen mit Me-



nolf Schönborn die »Nationalistische Front«. Schönborn hatte sich mit der NPD überworfen, weil er sich mit der Partei nicht über den Inhalt und die Herausgeberschaft seiner Zeitschrift »Klartext« einigen konnte. Die NF wandte sich vor allem an Jugendliche und wollte die zerstrittenen Fraktionen der neonazistischen Bewegung in Deutschland vereinen. Fast zwei Jahre lang belieferte der Spitzel das nordrhein-westfälische Landesamt mit wertlosen Informationen und sicherte der neugegründeten Nazi-Partei einen finanziellen Grundstock. Als Schnelle sich mit Schönborn überwarf, sagte er sich auch vom Verfassungsschutz los. Schönborn hetzte vor seinen braunen Kameraden gegen den »Verräter«; der revanchierte sich mit einer ausführlichen Stellungnahme über seine Tätigkeit als V-Mann. Schnelle tauchte dann aber für mehrere Jahre aus der Öffentlichkeit ab. Erst jetzt scheint sich zu bestätigen das er weiter im Hintergrund aktiv ist. Aus der NF selbst wurden nicht nur Propaganda Aktionen ausgeführt, sondern

auch Nationale Einsatzkommandos (NEK) aufgebaut, diese organisierten sich später in der Kaderorganisation mit dem Namen Deutscher Hochleistungskampfkunstverband (DHKKV). Dort wurden paramilitärische Wehrsportübungen durchgeführt und auch drei der vier Täter des Brandanschlages von Solingen bei dem fünf Menschen, Hülya Genç (9), Gülüstan Öztürk (12) Hatice Genç (18) Gürsün Ince (27) und Saime Genç (4) von den faschistischen Mördern ermordet wurden, kamen aus dem DHKKV. Was die Brisanz um die Person Schnelle nun ausmacht liegt auf der Hand: er konnte agieren, ohne jemals

selbst bei Aktionen oder Ähnlichem von »Besseres Hannover« in Erscheinung zu treten, er verfügt über Kontakte sowohl zu Rechtsintellektuellen sowie zu Rechtsterroristen. Er baute schon einmal mit Geldern von Geheimdiensten eine militante Nazi Organisation auf, die auf der ersten Ebene »nur« durch Propaganda Aktionen auffiel und quasi »unter der Hand« militärische Organisationen schuf. Die Fragen die jetzt vielleicht zu beantworten wären, sind wie genau seine Arbeit bei »Besseres Hannover« jetzt aussah, wo »Besseres Hannover« seine Gelder her hatte, und natürlich auch, wie die Organisation sich nun durch das Verbot verändert und wie sie weiter machen werden.



Autonome Antifas

Neuer repressiver Schlag gegen anarchistische GefährtInnen aus Trento und Rovereto

Im Morgengrauen des 27. August 2012 fand die dritte repressive Operation in diesem Sommer gegen die italienische anarchistische Bewegung statt. Es sollen ca. 43 GenossInnen betroffen sein, gegen die auf Grundlage des Paragraph 270bis (Subversive Vereinigung) ermittelt wird. Die Ermittler meinten, daß acht der Betroffenen die "Köpfe dieser Gruppe sein sollen". Einer von ihnen, Massimo Passamani, wird als Hauptperson beschrieben und in den Zeitungen wird er als "einer der Chefs der aufständischen, anarchistischen Bewegung" porträtiert. Die Ermittlungen sollen am 6. Oktober 2009 begonnen haben und im August diesen Jahres beendet worden sein.

Es gab mindestens zehn Durchsuchungen in Trento und Rovereto, beide Orte befinden sich in der Region Trentino im Norden Italiens. Dabei wurden außer Privatwohnungen auch die beiden regionalen anarchistischen Treffpunkte durchsucht. Den ersten Informationen nach, handelt es sich um dutzende Aktionen, die diese angebliche Gruppe seit 2009 durchgeführt haben soll: die Palette reicht von einer Hausbesetzung in Trento bis zu einigen Brandanschlägen und Sachbeschädigungen. Anscheinend werden auch Aktionen, die nicht in der Region stattgefunden haben, als Teil der Vorwürfe aufgeführt: speziell soll es sich um Aktionen, die in Rom (wahrscheinlich handelt es sich hierbei um die Explosion der kollektiven Wut am 15. Oktober 2011), im Susa-Tal und in Griechenland (wo vor einigen Jahren mehrere GenossInnen aus der Region verhaftet worden sind) handeln.

Die Polizei behauptet eine Menge Material durch Abhöraktionen gesammelt zu haben, in ihren Worten: "knapp 149.000 Telefonkontakte, 18.000 Mailkontakte, 10.000 Daten durch die Überwachung von Privatwohnungen und weiteren Treffpunkten, 14.000 Ergebnisse aus der GPS-Überwachung und 92.000 Stunden Videoüberwachung".

Eine Genossin, Daniela, wurde bis zum 8. Oktober unter Hausarrest gestellt. Ein weiterer Genosse, Massimo, wurde verhaftet und in den Knast gesteckt. Am 8. Oktober wurde er zwar wieder entlassen, aber er wurde unter Hausarrest gestellt. Für ihn - und die anderen GenossInnen aus der Region - handelt es sich nicht um den ersten repressiven Schlag. Massimo wurde beispielsweise schon während der „Marini-Operation“ in den 90er Jahren zum Untertauchen gezwungen. Nachdem er in Frankreich verhaftet wurde, musste er einige Monate im Knast verbringen. Es folgten andere Ermittlungen, Massimo und weitere GenossInnen aus Trento und Rovereto wurden immer wieder inhaftiert.

Die GenossInnen aus Trento und Rovereto sind seit Jahren in die verschiedensten Kämpfe involviert - unter anderen die im Susa-Tal - und sind für ihre scharfen und kompromisslosen Veröffentlichungen bekannt.

Fakt ist, dass Ende des Monats ein No-Tav-Camp in der Region stattfinden soll. Diese Operation lässt nun vermuten, dass dies ein Schritt der Behörde gewesen ist, um eine Ausweitung des Kampfes aus dem Susa-Tal und einen regen Austausch unter den GegnerInnen

des Tav-Projekts (das auch die Region Trentino betreffen wird) unterbunden werden soll - allerdings hat die No-Tav-Bewegung sofort eine Erklärung veröffentlicht, welche die Operation denunziert und verstärkt zur Beteiligung an dem Camp aufruft, als eine der besten Formen der Solidarität. Unsere Solidarität gilt den GefährtInnen aus Trento und Rovereto - Freiheit für Massimo und Daniela.

ABC



Turin: über die Situation der beiden Kameraden, die für den Beinschuss von Adinolfi angeklagt sind

Am 14. September hat eine repressive Operation, infolge des Beinschusses gegen den Verwalter von Ansaldo Nukleare, Roberto Adinolfi, stattgefunden. Die Staatsanwaltschaft von Genua ließ die ROS (Anti-Terror-Einheit der Carabinieri) und die Dinos mehrere Wohnungen stürmen und zwei anarchistische Kameraden aus Turin verhaftet, Alfredo und Nicola; Gegen Anna wird ermittelt, sie wird aber nicht eingesperrt. Die Medien sprechen von laufenden Hausdurchsuchungen in der Region von Cuneo, Pistoia und Bordighera.

Anscheinend befinden sich unter den Materialien der Untersuchung ein Film einer Videoüberwachungskamera, die die beiden Eingesperrten aufnahm, als sie sich mehrere Male zum Bahnhof von Genua begaben. Um die Photogramme aus einer Videoüberwachungskamera einer Bar zu erhalten, haben die Bullen anscheinend ein Programm für biometrische Kontrolle zur Gesichtserkennung auf die gewissen Aufnahmestunden von öffentlichen und privaten Kameras angewendet.

Alfredo und Nicola sind noch immer im Gefängnis von Valetta in Turin eingesperrt.

Inzwischen ist ein anderes kleines, leider bedeutendes Ereignis geschehen. Obwohl der Chef-Staatsanwalt von Turin, Gian Carlo Caselli selbst, explizit präzisiert hatte, dass die beiden Angeklagten keine Beziehung zur No-TAV Bewegung haben, ist ein Journalist, der für seine Verbissenheit gegen die Protestierenden des Val Susa bekannt ist, auf die Gelegenheit aufgesprungen, um einen Artikel zu publizieren, in dem er fantomhafte Verbindungen zwischen den "sehr Seltenen", die auf die Beine eines Staatsmanagers schossen, und den "sehr Zahlreichen", die Steine gegen eine Baustelle des Staates werfen heraufbeschwört. Es brauchte nicht mehr, damit eine Internetseite, die mit den Autonomen von Turin verbunden ist, und die als Referenz für "die Bewegung" dieses transversalen Kampfes dient, Hetzkonzerte ertönen liess. Auf welche Weise? Indem sie den Journalisten daran erinnert, dass in dieser Geschichte sogar die direkten Infos der Staatsanwaltschaft, die sie für Gewöhnlich sehr professionell mit fügsamem Eifer weiterkopiert, seine Lügen dementieren? Nein, leider nein. Die Seite notav.info ist in einem Artikel vom 14. September, der

den Titel "Tra sciacalli, provocatori e egoismi" ["Zwischen Schakalen, Provokateuren und Egoisten"] trägt, viel weiter gegangen, indem es ihr sogar gelang, zu proklamieren: "Sicher ist, dass die Kampfbewegungen mit diesen individuellen Gesten nichts zu tun haben, die Produkte der schwachsinnigen, nihilistischen und egoistischen Kultur derjenigen sind, die denken, immer allen etwas beizubringen zu haben, und Aktionen ausführen, ohne sich um die Auswirkungen zu kümmern, die sie auf die Kämpfe und das Oppositionsnotwendigkeit haben könnten, die überall im Land zu brüten beginnt".

Nachdem sie sich von den Sabotagen distanzierten, die im Val Susa gegen die Hochgeschwindigkeit geschehen sind, nachdem sie sich von den Sabotagen distanzierten, die in Italien gegen die Hochgeschwindigkeit geschehen sind, nachdem sie sich von

den Sabotagen distanzierten, die in Europa gegen die Hochgeschwindigkeit geschehen sind, haben sich die Verwalter der Seite NoTav.info nun mit der reaktionären Meute zusammengetan, die sich in die Anarchistenjagd stürzen. All dies, um den Dämonen der individuellen Revolte ein Ende zu setzen, das heisst, jener Revolte, die keine Erlaubnis von irgendeinem Komitee, von irgendeiner Versammlung erfragt, bevor sie das tut, was sie zu tun für richtig hält. Wie es ihrer Zeit die anonymen Saboteure gegen Mitte der 90er Jahre getan haben, indem sie die Baustellen des TAV im Val Susa angriffen, ohne zu wissen, ob ihre Aktion eine Massenbewegung entstehen lassen werden, sondern indem sie nur auf ihre Wut vertrauten. Das Herz gefüllt mit Träumen, nicht mit Notwendigkeiten; mit Hoffnungen, nicht mit Garantien. Es ist auch dank dieser individuellen Gesten - diese "schwachsinnigen, nihilistischen und egoistischen" Gesten -, dass man heute im Val Susa eine andere Luft atmet, als die der stillen Resignation.

Um den Kameraden zu schreiben:

NICOLA GAI und ALFREDO COSPITO
C.C. VIA PIANEZZA 300
10151 TORINO

*Übersetzt von den Gefährten von Cette
Semaine*



Zweifle nie an der Komplizenschaft eines Nagels!

Wenn Pech, das Unliebsames zutage fördert, den Beigeschmack
ausgleichender Gerechtigkeit hat

Als ich vor einigen Tagen mit meiner Vespa PX 200 umherschwirrte, beschloss ein Nagel, sich an eins der Räder zu vergehen. Mist! Was für'n Pech! Ich mach' mich also daran, den zerfledderten Reifen zu ersetzen, ich bau' den Seitenschutzbügel ab, entferne die linke Backe, nehme den Ersatzreifen aus der Halterung und... Hoppla! Was sind das denn für Drähte? Warum enden sie hinter der Ersatzreifenhalterung? Und was ist dieses rundum getappte Teil? Sag' bloß es ist... Ach was, nee, vielleicht aber doch, könnte sein... Doch doch, verdammt, es ist eine GPS-Antenne, und neben ihr ein Stäbchen, welches eine weitere Antenne sein dürfte... beide sind mittels kräftiger Magnete fein in eine dunkle Ecke hinter der Ersatzreifenhalterung nach unten befestigt!

Die beiden Drähte verschwinden im Hohlraum, in dem der Tank angebracht ist, und ich will wissen, was mir dieser Tag noch bringt. Ich nehme den Sattel ab, bau' Gepäckträger und Tank ab, und sehe ganz hinten ein schwarzes Kunststoffteil (es dient dazu, zu verhindern, dass Benzin abtropft, falls der Hahn undicht ist), ich hebe es an und finde ein Knäuel aus teilweise getapten schwarzen Fäden vor. Ich fang' an, an ihnen zu ziehen, sie geben aber nicht nach, also stecke ich meine Hand rein, wühle umher und... Oha! Schau' her, was da Alles aus dem kleinen Hohlraum rauskommt: ein Transformator mit Akku und ein Gsm Transmitter mit Sim-Karte Modell „Telit GM862-GPS“ von dem drei dünne Kabel abgehen: zwei sind die schon erwähnten Antennen, den anderen kriege ich nicht los... wo geht der überhaupt hin? Ich fang' an, ziemlich Alles auseinander zu nehmen, zuletzt baue ich die Kaskade ab, in der die Hupe eingebaut ist und, siehe da, liegt hinter derselben leicht eingequetscht das Kabelende... ein winzig kleines Mikrofon.

Ich ziehe alles raus, zuletzt schneide ich die Kabel im Hohlraum, in dem der Tank liegt, ab. Alle Teile waren mit starken, festgetapten Magneten versehen, die sie ans Gestell fixierten. Ich montiere das, was ich auseinander genommen hatte wieder zusammen, ersetze den Reifen und bringe

den anderen zur Reparatur. Zum Schluss fotografiere ich alles und zerstöre es anschließend... jawohl, und zwar mit Hammerschlägen... das Zeug befand sich in meiner Vespa, also ist es so, als gehöre mir das Zeug, und ich mach' es kaputt, aber nicht die Sim-Karte. Die behalte ich, und ich werde damit telefonieren, was das Zeug hält, nur so, zum Hohn, solange sie funzt, ihr Dreckskerle!

Für jene, die diesen Roller nicht kennen, erläutere ich hier, das er keine Batterie besitzt (es ist ein Modell der frühen 80er, das ich 2004 gekauft habe. Der Motor generiert Wechselstrom, der für Gsm-

Transmitter nicht geeignet ist, daher die Notwendigkeit eines Transformators zur Gewährleistung der Funktionstüchtigkeit des gesamten Apparates auch wenn die Vespa nicht rollt. Und jetzt ist alles zerfleddert...

Meiner bescheidenen Meinung nach braucht man für eine ne solche Arbeit viel Zeit und Ruhe (das gilt auch für einen Experten) und von irgendjemand wahrscheinlich auch billiges Schweigen. Wenn ich die Qualität und die Präzision der Montage bzw. der Kabelverlegung bedenke, schätze ich, dass sie mindestens drei Stunden gebraucht haben.

Die Sim-Business Karte wurde von unbekanntem Dienstleister am 14.06.2005 aktiviert. Gemessen daran, dass ich in diesen Jahren nur wenige Male einen Platten hatte und dabei nie auf die oben beschriebenen Optionals aufmerksam wurde, bin ich geneigt, den Zeitpunkt des Einbaus nicht vor 2010 zu verorten. Es ist wahrscheinlich, dass diese Sim Karte auch vorher die Wege anderer Leute unter Beobachtung ausgespäht hat.

Was soll ich den Genossen und Genossinnen sagen?

Haltet nichts für gewiss!

Und den Bullen?

Haltet auch nichts für gewiss!

Antonio 05/09/2012

Alle Bilder, die zeigen wie die Gerätschaften installiert waren, findet ihr hier:

linksunten.indymedia.org/de/node/66671



Die Feuerrose ist zurückgekehrt!

Der Kampf um die Straßen von Barcelona

„Vielleicht werden die in Barcelona erzeugten Erschütterungen dabei helfen, die in anderen Ländern immer noch herrschende Illusion der Stabilität ins Wanken zu bringen, indem sie der ganzen Welt zeigen, dass es nicht die Aufrührer in den Straßen waren, die von den Kräften der Ordnung umstellt sind, sondern die herrschenden Klassen, die sich an verschwindende Inseln klammern, inmitten eines anschwellenden Meers der Wut.“

Am 29. März 2012 fand in Spanien ein landesweiter Generalstreik gegen die von der Regierung aufgrund der Wirtschaftskrise beschlossenen Sparmaßnahmen statt. In Barcelona blieb es dabei nicht bei der von den Gewerkschaftsfunktionären gewünschten Passivität geordneter Massenkundgebungen: Schon in den frühen Morgenstunden wurden in verschiedenen Vierteln durch mobile Streikposten Straßen blockiert und Geschäfte, die trotz des Streiks öffnen wollten, an der Arbeitsaufnahme gehindert; bei den Demonstrationen kam es zu erheblichen Sachbeschädigungen, zahlreiche Feuer wurden entfacht und schließlich lieferte sich eine bunt-scheckige Menge, die weit über die üblichen Verdächtigen hinausging, eine stundenlange Schlacht mit der Polizei, wobei es zum ersten Mal seit langem in dieser Stadt gelang, die Ordnungskräfte zurückzuschlagen. Ereignisse wie dieses markieren den Übergang des relativ befriedeten gesellschaftlichen Zustands, der in Spanien wie auch im übrigen Europa der letzten Jahrzehnte der Normalfall war, zu einer zunehmend unakzeptablen Situation, in der die sozialen Widersprüche wieder offener zutage treten. Wie aber verhalten sich die radikalen Minderheiten, die den sozialen Krieg zuspitzen wollen, mit dem letztendlichen Ziel, ihn ein für allemal zu überwinden, angesichts dieser Entwicklung? Gelingt es ihnen, den neuen Möglichkeiten und Herausforderungen gerecht zu werden? – Diese Fragen stehen im Zentrum des Textes *Die Feuerrose ist zurückgekehrt*, einer ausführlichen Geschichte des Generalstreiks vom 29. März, sowie dessen Vorgeschichte und Nachwehen, die von einem anarchistischen Genossen aus Barcelona niedergeschrieben wurde. Da selbst in den deutschsprachigen Territorien der befriedete Zustand nicht ewig anhalten wird und wir uns auf unruhigere Zeiten gefasst machen müssen, halten wir diese Reflexionen auch für hiesige Subversive für nützlich, zumal das Ereignis, auf das sie sich beziehen, hierzulande sowohl von den offiziellen als auch von den untergründigen Medien weitgehend ignoriert wurde. Der Text wurde zuerst in englischer Sprache auf der Internetseite des US-amerikanischen anarchistischen Crimethinc. Ex-Workers' Collective veröffentlicht.

Übersetzerkollektiv et al., August 2012

Die Geschichte

„La rosa de foc ha tornat!“ Mit diesen Worten drückten viele Leute während des Generalstreiks in ganz Spanien am 29. März ihre Begeisterung aus. Die Gewerkschaften schätzten die Beteiligung am Streik auf beeindruckende 77%, aber es waren die Feuer, die den Himmel über Barcelona verdunkelten, über die alle sprachen.



Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, als in Barcelona mehr anarchistische Attentate und Bombenanschläge durchgeführt wurden als in zwei beliebigen Ländern zusammen und als dort Dutzende von Kirchen und Polizeistationen niedergebrannt wurden, wurde die Stadt liebevoll *la rosa de foc* genannt, „die Feuerrose“. Die Periode der „revolutionären Gymnastik“ in den

1920ern und 30ern machte die Stadt zu einem Laboratorium der Subversion für anarchistische Kämpfe weltweit, eine Rolle, die durch die Revolution vom Juli 1936 noch verstärkt wurde. Der Kampf der katalanischen *maquis* – *Guerillas* – während der Franco-Jahre war der Vorläufer der *Guerillakämpfe*, die in Europa und Lateinamerika in den 1960er und 70er Jahren aufblühten; in manchen Fällen wurden von ihnen ausgehend auf direktem Wege Erfahrung und Material weitergegeben. Jedoch ist diese Geschichte aufgrund des durch Faschismus und Demokratie erzwungenen Bruchs weitgehend verloren gegangen und Barcelona hat seine Bedeutung auf der Bühne der Revolution verloren. Unterstützt von den demokratischen Mächten haben vierzig Jahre Diktatur und Repression die anarchistische Bewegung in Katalonien und im restlichen Spanien erfolgreich unterdrückt. Ein pro-anarchistisches Gefühl blieb in großem Ausmaß bestehen, versickerte jedoch, als die wiederkehrende soziale

Revolution in den 1970er Jahren durch den Übergang zur Demokratie abgelenkt wurde. Hunderttausende gingen auf die Straßen, in der Hoffnung, die Fackel wiederaufzunehmen, die 1936 fallengelassen worden war, aber die Regierung spielte ihr Blatt geschickt aus, die zurückgekehrte CNT hingegen ihres erbärmlich, und die Demokratie triumphtierte. Seither wurde die Stadt gezähmt, um nicht zu sagen: vollständig befriedet, und die Feuerrose war vergessen.

Heftige Stadtteilkämpfe fanden bis in die 1980er Jahre statt, aber sie beschränkten sich weitgehend auf marginalisierte Einwandererviertel¹ und wurden durch die politische und wirtschaftliche Integration – oder den Abriss – der Slums und Barackensiedlungen beruhigt. In den 1990er Jahren gab es mehrere intensive, durch Hausbesetzer und Antifaschisten angezettelte Krawalle, aber die Medien konnten diese erfolgreich als isolierte Phänomene darstellen. In den 2000er Jahren schritten die gesellschaftliche Kontrolle und Befriedung mit großen Sprüngen voran. Eine neue, in demokratischen Kontrolltaktiken ausgebildete Polizeitruppe, die mossos d'escuadra, wurde etabliert, parallel dazu mit Nachdruck ein Feldzug zur Durchsetzung obrigkeitlicher Verhaltensvorschriften geführt. Die Krawalle verschwanden und mit ihnen das know how des Straßenkampfes, der Gebrauch von Molotowcocktails und der Widerstand gegen Gebäuderäumungen. Die Polizei wurde unberührbar: Sobald sie angriff – oder auch nur ihre Knüppel schwang –, stoben die Leute auseinander.

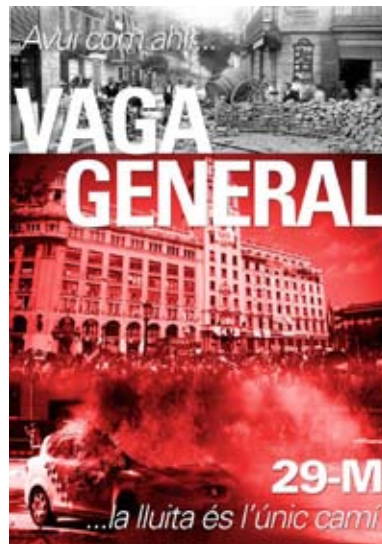
Ein kämpferischer Geist war immer noch weit verbreitet, zumindest unter Anarchisten, einigen Hausbesetzern und einem Teil der indepes, der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung,² aber die Mittel, um diesen auszudrücken, waren verloren. Im Jahr 2007, als die Polizei versuchte, ein für alle Mal die unangefochtene Kontrolle über die Straßen zu gewinnen, indem sie einen nicht genehmigten Protest einkesselte und unterband, konnten die sogenannten antisistemas³ diesen Versuch stoppen,

1 Die meisten damaligen Einwanderer stammten aus Südpatrien.

2 Katalanen, die „die spanischen Besetzung ihres Landes“ [Anführungszeichen vom Übersetzer] ablehnen. Es gibt viele verschiedene indepe-Organisationen, von denen die meisten sich als sozialistisch verstehen, sowie zahlreiche Jugendorganisationen. Linke katalonische politische Parteien, die an der spanischen Regierung beteiligt sind, (z.B. die ERC) werden im Allgemeinen als indepes angesehen, jedoch von radikalen und sozialistischen indepes oft nicht als die Ihren betrachtet. Katalonische Faschisten werden dagegen nicht zu den indepes gezählt.

3 Der Begriff wurde von der Presse erfunden, um alle sozialen Rebellen zusammenzufassen, die Repression und keine poli-

indem sie breitere Bündnisse suchten, auf die Straßen zurückkehrten und den Widerspruch zwischen der Machtanmaßung des Staates und seiner demokratischen Selbstdarstellung betonten. Diese Beharrlichkeit war nicht ganz erfolglos, aber niemand hatte einen Plan, wie man wieder in die Offensive kommen könnte. Als die Wirtschaftskrise das staatliche Sozialsystem erodieren ließ, welches den sozialen Frieden garantierte hatte, begannen viel mehr Leute als die paar Tausend antisistemas aktiv zu werden. Nachbarschaftsversammlungen bildeten sich, initiiert von wohlmeinenden Reformisten, indepes und heimlichen Libertären, die ein paar Trotz-kisten und ähnliche Leute anzogen. Die anarchistische CNT und die anarcho-reformistische CGT, die durch kleine Arbeitskämpfe in ei-



ner Supermarktkette und unter den Busfahrern in Form gehalten wurden, rüsteten sich für eine Schlacht, die ihrer Geschichte eher gerecht würde. Die indepes waren verärgert über ihre jahrelange Bedeutungslosigkeit trotz der verbreiteten Befürwortung der Unabhängigkeit von Spanien. Durch das Aufkommen einer neuen politischen Partei, die noch nicht in die Regierung eingetreten ist, um sie zu verraten, witterten sie Morgenluft und machten sich ebenfalls bereit zu einer neuen Offensive. Die Anarchisten des schwarzen Blocks, die nun nach Jahren der Aktion-Repression-Gefangenenunterstützung endlich die Initiative ergreifen konnten, bewegten sich von dem begrenzten Feld der klandestinen Aktionen, antisozialen Propaganda und der Selbstorganisation in autonomen Ghettos hin zu einem durchlässigeren Terrain, auf dem die von ihnen ausgebildeten Fähigkeiten größere Wirkung entfalten konnten.

Zum Generalstreik vom 29. September 2010 war von den großen Gewerkschaften (CCOO und UGT) zusammen mit kleineren Gewerkschaften wie der CNT und der CGT aufgerufen worden. Ein großer Teil der organisatorischen Arbeit wurde jedoch auch von Stadtteilversammlungen, nicht gewerkschaftlich organisierten Anarchisten, indepes und anderen übernommen. Auf nationaler Ebene war der

tische Stimme verdient haben. Aufgrund der katalonischen Geschichte können weder Anarchisten noch indepes explizit zur Zielscheibe der Repression erklärt werden, da beide Gruppen von breiten Kreisen eine politische Berechtigung zugesprochen wird.

Streik vom Gewerkschaftsstandpunkt aus ein Erfolg, da sich die Mehrheit der Beschäftigten an ihm beteiligte, obwohl es der erste Generalstreik seit acht Jahren war. In Barcelona war er vom aufständischen Standpunkt aus ein Erfolg, da er Anlass zu einem heftigen Krawall gab, in dem sich Angriffe auf Repräsentanten der Regierung und des Kapitalismus verallgemeinerten. Der Aufruhr war weitgehend spontan, es waren viel mehr Leute beteiligt als die üblichen Verdächtigen, und er erreichte eine Größenordnung und Intensität, die man mindestens seit den La-Cine-Princesa-Krawallen 1996⁴ nicht mehr gesehen hatte. Eine große Anzahl von Festnahmen mit schweren Anklagen und eine intensive Dämonisierungskampagne durch die Medien wurden zur Grundlage für zukünftige Aktionen und Haltungen. Nichtsdestotrotz verlieh der September 2010 vielen Akteuren mehr Kraft und größeren gesellschaftlichen Rückhalt.

CCOO und UGT gingen sofort an den Verhandlungstisch und verscherbelten einen Großteil dieses Rückhalts für das Privileg, bei der Rentenreform der sozialistischen Regierung mitmischen zu dürfen. Beide Gewerkschaften waren ganz in ihrem Element. Die UGT spielte in den 1920er und 30er Jahren eine wesentliche Rolle bei der Behinderung proletarischer Kämpfe; sie war die Massenorganisation, die dem armseligen Häuflein von Stalinisten die Stütze bot, die es brauchte, um die Revolution zu sabotieren. Die CCOO (Comisiones Obreras, Arbeiterausschüsse) ist die Institutionalisierung der libertär-kommunistischen Arbeiterautonomiebewegung der 1970er Jahre. Als die Faschisten, die sich in den partido popular, die Volkspartei, verwandelt hatten, nach Linken suchten, die sie in die Regierung einbinden konnten, um ihnen zu helfen, die Revolution zu verhindern, indem sie eine demokratische Maske aufsetzten, fanden sie ihre Leute in der CCOO und der neu gegründeten Sozialistischen Partei (PSOE).

Auf der anderen Seite der Barrikade überwand die CGT (eine Abspaltung von der CNT) und die beiden CNTs (eine weitere Spaltung) ihre uralte Feindschaft und begannen, enger zusammenzuarbeiten. Hausbesetzer und Anarchisten des Schwarzen Blocks begannen ebenfalls, mit CNT-Anarchisten zusammenzuarbeiten oder sich den Nachbarschaftsversammlungen anzuschließen und mit indepes, heimlichen Libertären und Community-Aktivist*innen zu arbeiten. Die weitverbreitete Isolation, die sicherlich ebenso sehr Folge einer ge-

meinsamen sozialen Lage wie einzelner Entscheidungen war, begann, sich aufzulösen.

Im Januar 2011 beschlossen die letztgenannten Gruppen, einen weiteren Generalstreik ohne die zwei großen Gewerkschaften zu organisieren. Die meisten Leute hielten diesen zweiten Streik aufgrund der geringen Beteiligung für eine Niederlage. Sie fassten den Zweck eines Streiks im Sinne der quantitativen, organisatorischen Mentalität der Gewerkschaften auf. Die historische Bedeutung des Januarstreiks bestand jedoch darin, zu zeigen, dass CCOO und UGT die Dinge entgleiten. Er zeigte, dass diejenigen, die von einer eher aufständischen Logik ausgehen, die Initiative ergreifen, eine bedeutende Störung des Normalbetriebs herbeiführen und radikale Ideen verbreiten können, wenn sie bereit sind, über ihre engen Kreise von Gleichgesinnten hinauszugehen und die unmittelbaren Fragen der materiellen Existenzgrundlage anzusprechen, die normalerweise von reformistischen Diskursen monopolisiert sind. Diese Entdeckung berührt den Kern zweier Spannungen, die in der Geschichte der Ereignisse des 29. März immer wiederkehrten. Diese Spannungen haben damit zu tun, wie das Prinzip der Affinität seine Funktionsweise ändert, je nach dem, ob man es mit Zeiten der Isolation oder mit solchen der Vereinigung zu tun hat; und damit, dass unmittelbare Anliegen normalerweise mit reformistischen Methoden und idealistische Anliegen mit revolutionären Methoden verbunden werden, was zu einer falschen Gegenüberstellung führt. Darauf wird im letzten Abschnitt genauer eingegangen.

Nach dem 27. Januar 2011 war das nächste bedeutende Datum der 1. Mai, an dem der antikapitalistische Protestmarsch, bestehend aus Anarchisten des Schwarzen Blocks, der CNT und vielen indepes, von Gràcia in das reiche Viertel Sarrià zog, wo er Hunderte von Banken und Luxusgeschäften zerstörte, bevor es der Polizei gelang, ihn auseinanderzutreiben. Der 1. Mai 2011 demonstrierte die Stärke dieses neuen Zusammentreffens von bisher getrennten Sektoren der antisistemas. Die Leute hatten noch nicht die Kraft, der Polizei zu widerstehen und sie hatten auch das know how des Straßenkampfes noch nicht wiedergewonnen, aber sie haben es geschafft, zum Angriff überzugehen. In den Jahren vor 2011 hatten die Anarchisten des Schwarzen Blocks in Barcelona versucht, den 1. Mai als einen kämpferischen Feiertag zurückzugewinnen, wobei sie trotz kreativer und verschiedenartiger Versuche nicht erfolgreich waren, während die CNT-Anarchisten sich damit zufriedengaben,

⁴ Die Cine-Princesa-riots waren eine Reaktion auf die Räumung eines besetzten sozialen Zentrums, des Cine Princesa auf der Via Laietana am 28. Oktober 1996.

friedliche Märsche im Gedenken an eine verblichene Geschichte abzuhalten. Der Erfolg von 2011 war ein wichtiger Durchbruch. Er weckte offenbar auch eine Furcht, dass antikapitalistische Gewalt gegen die Reichen weithin Anklang finden könnte – die Medien unterdrückten fast alle Nachrichten und Bilder über den Protest.

Andererseits zeigte die Kritik einiger am Protest Beteiligten, dass diese neuen Beziehungen verloren gehen würden, wenn die Vermummten heterogene, vielgestaltige Räume instrumentell als ein stummes und bequemes Terrain betrachten, auf dem man Chaos anrichten kann und sonst nichts. Diese Kritik war nicht pazifistisch und kam auch nicht von Leuten, denen es missfällt, wenn ein reiches Viertel verwüstet wird. Sie hatte mehr damit zu tun, wer die Hauptleidtragenden der Repression waren, wer die Front gegen die Polizei hielt und wer die Scheiben einschlug; es ging auch darum, ob man sich an gemeinsame Ziele hält und ob man Informationen weitergibt, sodass andere nicht unvorbereitet auf eine konfrontative Situation sind. Nichtsdestotrotz, nachdem sie jahrelang auf eine breite gesellschaftliche Ablehnung ihrer Gewalt gestoßen waren, lag es für die eher insurrektionalistischen unter den Antisystemas nahe, diese Kritik zu ignorieren.

Kurz nach dem 1. Mai begann die Bewegung der Platzbesetzungen vom 15. Mai. Wie die M15-Bewegung sich entwickelte und wie die Demokraten sich maskieren mussten, nur um an ihrer eigenen Kreation teilzunehmen, zeigte den Einfluss von Anarchisten, der weit über deren Zahl hinausging. Politiker waren nicht erlaubt. Die Praxis der offenen Versammlungen und die Idee, dass „niemand uns repräsentiert“, waren generalisiert. Jede Gruppe und Organisation musste zumindest ein Lippenbekenntnis zur Dezentralisierung, Horizontalität und gegenseitigen Hilfe abgeben, und in einigen neuen Gruppen und Aktionsformen wurden diese Ideen auch tatsächlich praktiziert. Eine schnell wachsende Minderheit innerhalb der Bewegung brach mit der Sichtweise, dass die Medien Verbündete seien, und reagierte auf diese mit Kritik, Abscheu und sogar mit physischen Angriffen. Die pazifistische Hegemonie wurde innerhalb von Monaten besiegt. Die Stadtteilversammlungen erlebten einen Quantensprung: Anstatt sechs gab es nun über zwanzig davon, an denen sich nicht mehr Dutzende, sondern Hunderte beteiligten und die von geschlos-

senen Räumen auf zentrale Plätze in jedem Viertel umzogen. Einige Nachbarschaftsversammlungen ließen sogar autonome direkte Aktionen von Beteiligten zu und praktizierten eine pluralistische, nicht einheitliche Entscheidungsfindung und gingen so über den Kleinautoritarismus der direkten Demokratie hinaus.



Protestmärsche, und mit ihnen die Praxis, in Kolonnen von jedem Stadtteil aus zum Startpunkt der Demo ins Zentrum zu marschieren – wobei sogar eine Gruppe von nur 50 Leuten in der Lage war, eine Hauptstraße zu übernehmen –, wurden so alltäglich,

dass die Polizei nicht länger versuchte, unangemeldete Demonstrationen zu unterbinden. Solidarität und die Unterstützung von Gefangenen wurden zur gemeinsamen Verantwortung: Tausende, einschließlich ganzer Stadtteilversammlungen, wurden aktiv, als diejenigen, die bisher als Antisystemas isoliert geblieben waren, wegen Verhöhnung von Politikern verhaftet wurden. Diverse Nachbarschaften riefen „Netzwerke gegenseitiger Hilfe“ ins Leben, die sich lose an einem von Anarchisten in Seattle und Tacoma entwickelten Modell orientierten. Das erste dieser Netzwerke, im Stadtteil Clot, sorgte in ganz Katalonien für Aufsehen, indem es die erste Aktion gegen eine Räumung wegen Zwangsvollstreckung organisierte, die der Polizei physischen Widerstand entgegensetzte.

Einige Leute änderten nur ihre Wortwahl, aber im Ganzen betrachtet änderte sich die Praxis. Obwohl immer mehr Leute begannen, sich Anarchisten zu nennen, blieben die Anarchisten zwar eine kleine Minderheit – jedoch eine einflussreiche.

Anarchisten schwärmten über ein erweitertes Terrain aus und kämpften oft zusammen mit neuen Freunden im Viertel oder am Arbeitsplatz. Gleichzeitig intensivierten sie die interne Kommunikation durch Debatten und Versammlungen, schärften ihre Praktiken, teilten Ideen und entwickelten ein Gefühl der gemeinsamen Stärke. Einige strebten eine Vereinigung aller Anarchisten an, die meisten lehnten dies jedoch ab, sodass der anarchistische Raum zersplittert, aber kommunikativ blieb. Der Großteil der Koordination erfolgte spontan – auf der Basis von

geteilten Informationen anstatt durch gemeinsame Planung.

Diese Entwicklung war jedoch nie ein reibungsloser Prozess. Anarchistische Prinzipien waren schon sehr einflussreich, aber anarchistische Arroganz verhinderte noch weiter gehende befruchtende Effekte. Die Kritik der Rekuperation - d.h. die Kritik an reformistischen Aktivisten und Institutionen, die soziale Kämpfe neutralisieren - war unter den Anarchisten in Barcelona weit verbreitet; in den 1990er und 2000er Jahren wurde sogar die CNT von anderen Anarchisten der Rekuperation bezichtigt. Die Mehrheit der katalanischen Libertären hat sich niemals als Teil der Linken verstanden. Jetzt aber entdeckten Anarchisten einen unbestreitbaren Wert darin, mit Leuten zusammenzuarbeiten, die reformistische Neigungen hatten oder deren Vorstellung von Revolution zur Rekuperation tendierte. Es war schwer, zu entscheiden, mit wem man zusammenarbeiten sollte, wie man gegen eine reformistische Position argumentieren sollte, ohne dass man mit der Botschaft auch gleich ihren Überbringer verurteilte, wie man mit einer Situation umgehen sollte, in der Anarchisten plötzlich großen Einfluss hatten, wobei es nun auch andere Leute brauchte, um unsere hehren Prinzipien in der Praxis zu verwirklichen. Viele Anarchisten veränderten sich durch diese Erfahrungen, aber man hörte von wenigen, die zugaben, wie viel sie durch den Kontakt mit anderen Leuten gelernt haben oder wie notwendig die Kämpfe von Nicht-Anarchisten für das widersprüchliche, chaotische Ganze waren. Andererseits war es plötzlich weniger cool, offen arrogant zu sein, und viele Anarchisten kritisierten ihre Genossen und sich selbst und riefen zu mehr Bescheidenheit auf. Einige argumentierten, dass bei der Frage, mit wem man kooperiert, Ernsthaftigkeit wichtiger sei als Gruppenzugehörigkeit oder politische Übereinstimmung.

Ende Februar 2012 sollte ein viertägiger Streik im öffentlichen Nahverkehr von Barcelona stattfinden. Die Arbeiterführer - also diejenigen, die in den Versammlungen am lautesten und wortgewandtesten sprachen - riefen zu einer großen Verkehrsunterbrechung und einem gemeinsamen Kampf der U-Bahn- und Busfahrer sowie der Fahrgäste auf - d.h. all derjenigen, die nicht reich genug sind, um ein Auto zu besitzen. Diese Vorschläge stießen auf breite

Zustimmung und wurden nach einer Abstimmung beschlossen. Da die CGT eine der größten Gewerkschaften unter den Busfahrern ist und die Unterstützung eines Busfahrerstreiks bereits in der Vergangenheit gut funktioniert hat, beschlossen die meisten Anarchisten ohne zu zögern, sich in Aktivitäten zur Unterstützung des Streiks zu stürzen.

Trotz der öffentlichen Unterstützung, die durch die Stadtteilversammlungen und andere Instanzen organisiert wurde, wurden die Transportarbeiter zögerlich, als die Medien eine fiktive allgemeine Missbilligung des Streiks an die Wand malten. Kurz bevor es losgehen sollte, spielten die Gewerkschaftsbürokraten schmutzige Spielchen und die Arbeiter brachen ihre Versprechen, handelten private Vereinbarungen aus und ließen diejenigen im



Stich, von denen sie Solidarität gefordert hatten. Der Streik kam nicht in Gang, und die Bemühungen zu seiner Vorbereitung erwiesen sich als ein großer Misserfolg. Einige Genossen sahen dies als ein Zeichen, dass man vorsichtiger sein sollte, andere als Mahnung, kompromissloser zu sein. Bezeichnenderweise wurde deutlich, dass viele Anarchisten, wie die Trotzlisten und Sozialisten, sich bei dem Streik nicht als Protagonisten sahen - als Passagiere, die schon seit Monaten gegen Tarifierhöhungen kämpften - sondern als Unterstützer eines Kampfes, der nicht ihr eigener war. Einerseits verschleierte diese Sichtweise das populistische Versagen, einen offenen Bruch eines Solidaritätsversprechens zu kritisieren. Andererseits zeigte sie eine Offenheit für Selbstkritik seitens derjenigen, die sich mit einem reformistischen Kampf nur aufgrund der in ihm enthaltenen Möglichkeit der Konfrontation beschäftigt hatten. Diese Begebenheit warf auch die Frage nach der Legitimität von in Versammlungen getroffenen Entscheidungen auf - beziehungsweise die Frage, wie ernst man solche Entscheidungen zu nehmen habe, wenn die Leute nach einer mitreißenden Rede für das Eine stimmen und nach einer Woche schlechter Presse für das Gegenteil.

Der Misserfolg des Streiks der Verkehrsbetriebe, nur einen Monat vor dem geplanten Generalstreik, auf den so viele Leute ihre Hoffnungen setzten, hätte leicht demoralisierend wirken können. Unerwarteterweise brach jedoch am Mittwoch derselben Woche ein kleiner, aber wichtiger Riot aus. Zu dem Krawall kam es bei einer Demonstration

von Studenten und Lehrenden anlässlich eines eintägigen Unistreiks. Dieses Ereignis hob die Moral und vermittelte eine wichtige Botschaft bezüglich des Ursprungs von Widerstand. Dieser breitete sich aus, nachdem die Studentenführer, die in der Vergangenheit Bewegungen kontrolliert und befriedet hatten, wirksam zum Schweigen gebracht worden waren – indem libertäre Studenten ihnen buchstäblich das Mikrofon aus der Hand rissen. Daraufhin gerieten rauflustige Studenten außer Rand und Band, von denen viele in keiner Weise an irgendetwas Politischem beteiligt waren, während viele andere sie symbolisch unterstützten und zu den Konfliktzonen hinströmten, anstatt aus diesen zu flüchten. Im Nachhinein sahen sich die Sprecher der Plattform gegen die Privatisierung der Unis gezwungen, den Krawall nicht zu verurteilen, da sie wussten, dass sie sonst einen gefährlichen Verlust an Unterstützung erlitten hätten.

Schließlich riefen die CCOO und die UGT zu einem Generalstreik am 29. März auf. Kleinere regionale Gewerkschaften in Galizien und im Baskenland hatten bereits vorher für einen Streik an diesem Tag mobilisiert; nun sprangen die zwei großen Gewerkschaften mit auf, sodass aus dem Streiktag ein landesweiter Generalstreik wurde. CNT und CGT, die nach der Erfahrung des 27. Januar nicht mehr allein streiken wollten, folgten bald dem Beispiel und beteiligten sich ebenfalls. CCOO und UGT war die Sache im Grunde aufgezwungen worden. Seit dem vorhergehenden Sommer, als die abbröckelnde M15-Bewegung nach wirkungsvollen Zielen und Taktiken suchte und die Reichen und Mächtigen ihren Angriff fortsetzen, redeten alle von der Notwendigkeit eines neuen Generalstreiks. Die Gewerkschaften trödelten herum und erklärten pedantisch, wie schwierig es sei, so etwas durchzuziehen. Letztlich, so heißt es zumindest scherzhaft, habe Präsident Rajoy den Streik versehentlich herbeigeführt, als er im Januar während eines wichtigen EU-Gipfels dem niederländischen und dem finnischen Premierminister erzählte, wie gut und „aggressiv“ seine neue Arbeitsmarktreform sei, wie sie es leichter machen würde, Arbeiter zu feuern – sie würde ihn jedoch „einen Generalstreik kosten“. Er wusste nicht, dass sein Mikrofon eingeschaltet war.

Die Strategie der großen Gewerkschaften bestand darin, ihren eigenen Streik zu sabotieren. Beim letzten Generalstreik im September 2010 hatten die Leute monatelang Zeit gehabt, um sich vorzubereiten, sodass sie ihre eigenen Pläne unabhängig von den Gewerkschaften machen konnten. Diesmal

kündigten CCOO und UGT den Streiktag weniger als drei Wochen im Voraus an. Sie hängten bis ein oder zwei Tage vor der Aktion so gut wie keine Plakate auf und überließen die Debatte den Medien. Das ideale Ergebnis wäre für sie eine zahlenmäßig hohe Beteiligung an ihren eigenen Protesten, aber ohne Krawalle und großes Durcheinander gewesen. Angesichts der weit verbreiteten Wut der Bevölkerung war es allerdings von vornherein so gut wie unmöglich, Menschenmengen auf den Straßen zu versammeln und dabei die Kontrolle zu behalten; aber wenn die Gewerkschaften die Möglichkeiten der antisistemas einschränkten, auf Unordnung hinzuwirken, und wenn sie gleichzeitig ihre eigene Anhängerschaft vom Pöbel auf den Straßen fernhielten, würden sie ihre Verluste gering halten können.

Die antikapitalistischen Vorbereitungen auf den Streik nahmen unterschiedlichste Formen an. Anarchisten arbeiteten in den Nachbarschaftsversammlungen, Streikkomitees und den Versammlungen von Arbeitern oder Arbeitslosen mit indepes, Sozialisten und anderen zusammen; oder sie bereiteten sich in ihren eigenen affinity groups, Versammlungen oder Gewerkschaften (den CNTs) vor. Niemand, weder die Polizei noch die antisistemas, konnte verlässliche Pläne für den Tag machen. Sie konnten entweder versuchen, für Ordnung zu sorgen, oder sich inmitten von Unordnung zu bewegen.

Der Streik

In etlichen Vierteln begann der Generalstreik um Mitternacht: kleine Gruppen schlossen Bars und lösten traca aus, lange Serien von lärmendem Feuerwerk. In Casc Antic betrat ein Streikposten, der angeblich der CGT angehörte, ein Casino, scheinbar, um es zu schließen – und machte sich mit 2000 Euro Bargeld aus dem Staub. Die Gewerkschaft verneinte schnell jede Verbindung mit dem Täter. Als Resultat musste das Casino unerwartet am Tag des Streiks schließen und meldete einen Schaden von 50.000 Euro. Ab 6:30 Uhr am Morgen versperrten Barrikaden die wichtigsten Autobahn- und Eisenbahnzufahrten nach Barcelona: Av. Meridiana; Gran Via; Diagonal; la Ronda Litoral; metro Zona Universitaria; metro Llacuna und andere.

Umherschweifende Streikposten sammelten sich in einigen Vierteln schon um 4 Uhr früh, in anderen um 7 Uhr. Sie machten die Straßen dicht und blockierten Geschäfte, die versuchten zu öffnen – hauptsächlich Bäckereien, Bars und Supermärkte. In Horta blockierten 200 Menschen Straßen, stoppten und sabotierten Busse und schlugen die Scheiben von Mercadona ein, einer

großen Supermarktkette, die dafür berüchtigt ist, ihre Arbeiterinnen und Arbeiter zu bedrohen und zu schikanieren. In Sants drangen die Streikposten in die Bahnstation ein und verprügelten einen Geschäftsmann, der versucht hatte, einen der Streikposten zu packen. In Clot gingen Streikposten im Viertel auf und ab, um jede einzelne Straße mit Müllcontainern zu versperren, bis die Bereitschaftspolizei angriff und drei Festnahmen machte. Im benachbarten Poble Nou blockierte ein kleiner Streikposten der CCOO und UGT symbolisch die Straße, während ein größerer Nachbarschaftsstreikposten Läden schloss, bis die Bereitschaftspolizei auf der Jagd nach Streikposten aus Clot auftauchte, die dort Schutz gesucht hatten. In Sant Andreu griff die Polizei Streikposten vor der Stadthalle an und verhaftete drei Personen. In Raval und Eixample gab es zusätzlich zu den Streikposten eine morgendliche Protestkundgebung.

Um 11 Uhr morgens trafen sich Leute aus vier unterschiedlichen Vierteln am Plaça Glories, um gemeinsam ins Zentrum zu marschieren. Auf dem Weg dahin blockierten sie die Gran Via und beleidigten eine kleine Gruppe von CCOO- und UGT-Streikposten, die auf dem Bürgersteig standen. Im Zentrum versammelten sich Tausende von Menschen zu einem „einheitlichen Streikposten“. Genau an diesem Ort hatten beim Streik im September 2010 die Ausschreitungen begonnen. Jedoch waren es dieses Jahr mehr Menschen, und der Plan war, aus dem Zentrum heraus nach Gràcia zu marschieren. Unglücklicherweise hatte man als direkteste Marschrouten die breiten Hauptstraßen gewählt, die eigens dafür entworfen worden waren, Rebellionen zu kontrollieren. Die großen Menschenmengen kamen nur langsam in der heißen Sonne voran, weit entfernt von allen Geschäften an den Bürgersteigen.⁵ Das Ergebnis war weder ein Protestmarsch noch ein Streikposten. Nichtsdestotrotz hatten die meisten Geschäfte in der Umgebung als Sicherheitsvorkehrung geschlossen. Ein luxuriöses Hotel, welches einst 1936 von Anarchisten kollektiviert worden war, wurde mit Farbbomben beworfen, aber generell war die Atmosphäre ruhig. Schon zu Beginn

5 In Barcelona bestehen die großen Magistralen aus einer breiten Straße, die von Grünstreifen und schmalen Seitenstraßen gesäumt wird. Große Demonstrationzüge laufen daher normalerweise auf der mittleren Straße und lassen so eine Pufferzone auf beiden Seiten frei, die für Polizeioperationen oder die Bewahrung einer friedlichen Atmosphäre nützlich sind. Die Grünstreifen machen es schwierig, alle drei Straße auf einmal einzunehmen, sofern keine große Entschlossenheit dazu besteht, da große Massen immer dazu tendieren, den Mittelweg entlangzugehen.

des Umzugs waren ein paar Leute ausgeschwärmt und hatten Müllfeuer vor der Börse entzündet – sie zogen sich schnell zurück, als die Bereitschaftspolizei auftauchte. Am Jardinet de Gràcia stoppte der Marsch für fast eine Stunde, obwohl sich die Menschenmenge immer noch bis zurück zum Plaça Catalunya zog.

Dann schafften es Leute mit Fahnen und Bannern schlussendlich, die Menschenmenge zu bewegen und nach links in Richtung Eixample abzubiegen. Bald warf jemand ein Leuchtfeuer auf den Dachvorsprung eines Hotels, was einen kleinen Brand auslöste. Der Anblick von Rauch hatte einen magischen Effekt. Die passive, hilflose Menge war plötzlich transformiert, als Masken auftauchten und Leute ihr Gesicht verummten. Werkzeuge kamen hervor oder wurden der Umgebung entnommen, und bald war jede Bank und jeder luxuriöse Laden eingeworfen. Müllcontainer wurden umgeworfen und angezündet. „Aber sie haben ihren Laden doch zugemacht!“ fragte ein älterer Demonstrant, über-

rascht darüber, dass ein luxuriöses Geschäft eingeworfen wurde. „Was macht ihr?“ – Klar, manche Leute wollten, dass der Streikposten ein Streikposten bleibt, und verstanden nicht die Bereitschaft, zum Angriff überzugehen.

Ein Feuerwehrwagen rückte an und Transporter der Bereitschaftspolizei wurden herumrasend in der Ferne gesehen; es sollte später festgestellt werden, dass sie die Hauptmasse der Leute zurückdrängten,

die vom Pl. Catalunya heraufkamen, um Unterstützung zu verhindern, wenn die Zeit kam, die Randalierer anzugreifen. Viele Menschen zögerten, jedoch drückten Tausende nach vorne, sie zerstörten weitere Banken und schlossen den Kreis, um wieder zu den Jardinet zurückzukehren. An diesem Punkt griffen die mossos (die katalanische Polizei) an, sie rasten mit ihren Transportern nach vorne, um sowohl die Straßen zu flankieren, als auch einen Teil der Jardinet abzuschneiden. Mehrere Leute wurden überfahren und noch viel mehr verprügelt, als sie sich plötzlich in einem Spießrutenlauf wiederfanden. Ein paar Personen wurden auch verhaftet, jedoch war die Menge so groß, dass es für die Polizei schwierig war, den nötigen Raum freizuhalten, um Menschen einzufangen und wegbringen zu können. Der größte Teil der Randalierer,



hauptsächlich Anarchisten, verzog sich in die Straßen von Gràcia, wo sie möglicherweise die gesamte Nachbarschaft einnehmen und das Rathaus hätten zerstören können. Dieses wurde lediglich von ein paar Polizisten bewacht, die sich beim Anblick von 500 schwarz verummten Demonstranten selbst eingeschlossen hatten. Aber Letztere waren immer noch



im Panikmodus nach dem Polizeiangriff und sie verstreuten sich. Über die folgenden Stunden des Versteckens und der Versuche, sich wieder zu sammeln, kommentierten viele Anarchisten die altbekannte Schwäche bei Straßensituationen in Katalonien: die Leute laufen immer vor den Bullen davon. Anderswo, weiter unten in der Stadt, rückte eine Gruppe mit Müllcontainern, Steinen und Leuchtfeuern vor, ohne gleich zerstreut zu werden; jedoch war eine erhebliche Steigerung nötig.

Um 16:30 startete die Demo der CNTs, der CGT und anderer Anarchisten in Jardinetts, um zurück zum Pl. Catalunya zu marschieren. Er war um die 10.000 Personen stark und es waren weitere zehntausende Menschen in der Nähe, die die Polizei aufhielten. Man spazierte gemächlich durch die schicke Straße von Pau Claris, verbrannte Müllcontainer an jeder Kreuzung, entglaste jede Bank und warf Leuchtfeuer und Müll hinein. Die Ausschreitungen führten auch zu Konflikten innerhalb der Demonstration, als manche Protestierende den Randalierern entgegentraten und versuchten, sie zu demaskieren. Unheimliche Szenen spielten sich vor ihren Augen ab: Zuschauer glotzten auf die Ruinen, die zahlreichen Rauchsäulen und die Feuerwehrleute, welche Müllfeuer mit fünf Metern Durchmesser links liegen ließen, als sie vorbei rasten, um die Feuer in den brennenden Banken zu löschen. An der Ecke des Pl. Catalunya bei der Corte Inglés, einem der wichtigsten Einkaufszentren des Landes, griffen die mossos an und bildeten eine Kette, um die Mall zu schützen.

Die Anarchisten zerstreuten sich und die meisten von ihnen schlossen sich der immensen Menschenmenge auf dem Platz an. Für über eine Stunde herrschte Ruhe, Journalisten mischten sich unter die Menge und filmten ungehindert. Dann begannen Jugendliche

und Hooligans⁶, von denen viele nicht einmal verummmt waren, an der oberen rechten Ecke des Platzes nach und nach die Konfrontation mit der Polizei zu eskalieren. Sie warfen mit Abfall und setzten einen Müllcontainer in Brand. Als das Feuer des Containers so groß wurde, dass die Polizei ihre Mannschaftswagen zurückziehen musste, damit diese nicht Feuer fingen, griff die wilde Meute an und jagte die Polizei einen gesamten Block zurück zum Plaça Urquinaona. Dann tat die Polizei so, als ob sie einen Gegenangriff starten würde, und die Demonstranten gerieten in Panik und rannten weg. Dieses Mal beruhigten die Leute mit mehr Straßenerfahrung die Panik und drängten alle dazu, standhaft zu bleiben und Widerstand zu leisten, was die Hooligans und einige andere schnell taten. Die nötigen Werkzeuge, um die Straße und den Bürgersteig in Wurfgeschosse umzuwandeln, tauchten schließlich auf oder wurden aus dem, was zur Hand war, geschaffen, und die Polizei wurde mit einem Steinhagel eingedeckt. In beinahe einer Stunde der Freiheit auf einer gewaltsam eroberten Straße entglasten Hooligans, Anarchisten und indes einen Starbucks und setzten ihn und eine Bank in Brand. Mit einer beinahe wahnsinnigen Entschlossenheit durchbrachen sie zuerst eine Glas- und dann eine Metallwand, um einen Hintereingang des Corte Inglés zu öffnen und ein Feuer in dem Einkaufszentrum zu legen. Die Szene wurde von Medienleuten und Passanten gefilmt, von manchen aus Neugier und von anderen als ein bewusster Versuch der Einschüchterung. Ein paar Leute schrien die Randalierer auch an, aber Tausende andere applaudierten und blieben vor Ort, anstatt Panik zu bekommen, davonzulaufen und die Krawallmacher isoliert zurückzulassen, wie es normalerweise passiert. Aufgrund der riesigen Menschenmenge, die die Randalierer absichtlich oder unbeabsichtigt schützte, konnte die Polizei nicht um sie herum gelangen, um sie von hinten anzugreifen. Langsam rückten sie unter einem Steinhagel vor. Als eine weitere Gruppe Bereitschaftspolizei entlang des Corte Inglés von der unteren rechten Ecke des Platzes anrückte, wich die Menge zurück und die Polizei nahm wieder den gesamten Block ein, welcher ihr zuvor genommen worden war, einschließlich des Pl. Catalunya.

Die Leute gaben aber immer noch nicht auf. Sie griffen mehrere Pressewagen an und stahlen einen Benzintank von dem Generator auf einem derselben,

⁶ Damit sind in diesem Fall nicht Sporthooligans im engeren Sinne gemeint, sondern marginalisierte und rauflustige Jugendliche, im Gegensatz zu Leuten, die bewusst und gewohnheitsmäßig an sozialen Kämpfen, revolutionären Projekten, aktivistischen Kampagnen oder Politik teilnehmen.

um ihn gleich zum Einsatz zu bringen. Sie begannen, Barrikaden zu improvisieren und auf der Suche nach Steinen den Bürgersteig aufzubrechen. Für eine geschätzte weitere Stunde schoss die Polizei ununterbrochen einen Hagel aus Gummigeschossen und verletzte viele Protestierende. Ein Mensch verlor ein Auge, ein weiterer wurde in die Lunge getroffen. Ein vier Jahre altes Kind wurde angeschossen. Die Leute aber machten sich Schilde oder suchten Schutz hinter einer Reihe von Straßenabsperungen und anderen Hindernissen, um weiter Steine auf die Polizei zu werfen. In den meisten Fällen waren Hooligans und migrantische Jugendliche an vorderster Front, zusammen mit einer Handvoll Anarchisten, und ihr Mut war inspirierend.

Zum Schluss mussten die mossos zum ersten mal in ihrer zehnjährigen Geschichte Tränengas einsetzen, um den Platz zurückzuerobieren. Das Gas war nicht so stark, doch als etwas Unbekanntes löste es Angst aus. Die ersten paar Kanister wurden zurückgekickt, die nächsten jagten die Massen zurück zum Placa Universitat, wobei auf dem Weg weitere Feuer entzündet und Banken eingeworfen wurden. Für die nächste Stunde gehörten alle Straßen um den Placa Universitat dem Volk, bis die Polizei es schlussendlich schaffte, zwei weitere Häuserblocks voranzukommen. Als nächstes brachen Feuer in Passeig de Gràcia (über dem Pl. Catalunya) und Raval (die migrantische Nachbarschaft unter dem Pl. Universitat) aus. In letzterem Gebiet entzündeten Einwanderer und Anarchisten die ganze Nacht über Feuer, bauten Barrikaden, griffen Banken an und sammelten Steine in der Hoffnung, die Polizei würde kommen. Außer mit ein paar Zivilbulln, die schnell verjagt waren, gab es kaum Konfrontationen, jedoch nur, da die Ordnungsmacht sich entschied, diese zu vermeiden. Überall in der Stadt raubten Leute am Rande der Hauptkonfliktpunkte Supermärkte aus, schlugen Banken ein, verbrannten Mülltonnen und verprügelten Zivilpolizisten. Bis spät in die Nacht raste die Feuerwehr hin und her, im Zentrum oder in den Vororten der Stadt. Für einen Tag hatte die Polizei die Kontrolle über die Stadt verloren, so wie am 27. September 2010; vielleicht für das erste Mal seit den Cine Princesa-Ausschreitungen von 1996 – auch wenn es dieses Mal in einer ganz anderen Größenordnung geschah – hatte nun eine große Menge von Menschen gelernt, wie man die Polizei in einem anhaltenden Kampf zurückdrängt.

Die Ausschreitungen waren ein Ereignis von großer Bedeutung. Daß es gelungen war, den Geschäftsbetrieb stillzulegen war offensichtlich, auch wenn eini-

ge Geschäfte nicht geschlossen hatten. Vielleicht tausend Mülltonnen wurden in Barrikaden verwandelt, neben unzähligen Reifen und anderen Objekten. 295 Müllcontainer wurden verbrannt, was für die Stadt einen Schaden von ein-einhalb Million Euro bedeutete, wobei die aufgebrochenen Straßen und Bürgersteige und die eingeschlagenen oder angezündeten Banken und Kaufhausfilialen nicht mitgezählt sind. Jedoch war die Erfahrung, die Straße zu gewinnen, das Wichtigste. In der Zeit danach fühlten sich die Anarchisten siegreich, während der katalonische Innenminister anerkannte, dass dies ein Zeichen kommender Zeiten sei – gewissermaßen ein Bild der Zukunft⁷. Bei der Vorbereitung zum Generalstreik hatte niemand geglaubt, dass eine Eintagesaktion irgendein Problem lösen würde, und diese Überzeugung ist geblieben, auch wenn der Streik die wildesten Erwartungen aller bei weitem übertroffen hat. Was jedoch gewonnen wurde, wird für die zukünftigen Schlachten von enormer Bedeutung sein.

Die Repression

In Tarragona, einer anderen Stadt in Katalonien, nutzten die antisistemas die Tatsache aus, dass sich die gesamte Bereitschaftspolizei in Barcelona befand, und machten Randalen: Sie brannten die Geschäftsstellen mehrerer politischer Parteien nieder und griffen Polizeiautos an. Am nächsten Tag nahm die Polizei neun bekannte Radikale fest, von indepes bis hin zu Anarchisten; der Mangel an Beweisen wurde dabei von ihrem Verlangen nach Rache wettgemacht.

Insgesamt gab es am 29. März in ganz Katalonien 79 Festnahmen, davon 56 in Barcelona. Viele der Festgenommenen wurden auf den Polizeiwachen geschlagen und verletzt. Zweien musste infolge der Schläge die Milz herausoperiert werden. Bei einer Solidaritätskundgebung vor dem Modelo-Gefängnis einige Tage nach dem Streik nahm die Polizei eine willkürliche und besonders grausame Festnahme eines Demonstranten vor, den sie aus seinem Rollstuhl herausholten und diesen auf der Straße stehen ließen, während Bereitschaftspolizisten eine Gasse für den Gefangenentransporter durch die wütende Menge freischlugen, wobei sie mindestens einem Demonstranten einen Knochenbruch zufügten.

Die meisten Festgenommenen sind mittlerweile gegen Kaution oder unter Auflagen auf freiem Fuß und warten

⁷ Wahrscheinlich eine Anspielung auf den Slogan „Wir sind ein Bild der Zukunft“, den die rebellierenden Jugendlichen in Griechenland 2008 den Verteidigern der alten Ordnung als Drohung entgegenschleuderten. Vgl. A. G. Schwarz, Tasos Sagris u. Void Network (Hg.): Wir sind ein Bild der Zukunft – auf der Straße schreiben wir Geschichte. Texte aus der griechischen Revolte, Hamburg 2010. (Anmerkung des Übersetzers)

auf Prozesse mit schwerwiegenden Anklagen, die sich wohl zwei Jahre oder länger hinziehen werden. Drei der Verhafteten wurde die Freilassung gegen Kaution verweigert: zwei indes, die am Morgen mit belastendem Material festgenommen worden waren und einem



der Streikposten, die man früh am Tage in Clot verhaftet hatte. Gegen Letzteren läuft bereits ein Prozess wegen der Belästigung von Politikern während der Belagerung des Parlament im Juni. Während der intensivsten Momente der Kämpfe war die Polizei kaum in der Lage, Festnahmen zu machen, und es gibt wenig Beweise, um die Verhafteten mit den ungeheuerlichsten Verbrechen des Tages in Verbindung zu bringen. Nichtsdestoweniger begreifen die Gerichte die politische Notwendigkeit exemplarischer Strafen – und sie werden die erforderlichen Vorkehrungen treffen.

Die Politiker suchen währenddessen nach neuen Repressionsinstrumenten, um einer rebellischer werdenden Zukunft zu trotzen. Die spanische Regierung in Madrid treibt Änderungen des Strafrechts voran und die Generalitat⁸ in Katalonien ruft nach scharfen neuen Maßnahmen. Die Grundmerkmale werden jedem vertraut sein, der Repression kennt und sie wurden vom katalanischen Innenminister Felip Puig zusammengefasst, der sich beschwerte, dass das Gesetz zu tolerant gegenüber den „Gewalttätigen“ sei und der an die braven Bürger Kataloniens appelliert, zu helfen, diese zu isolieren. In erster Linie soll das Strafrecht geändert werden, voraussichtlich mit den folgenden Ergebnissen: Das Versammlungsrecht wird durch ein Vermummungsverbot eingeschränkt; der Tatbestand der „Störung der öffentlichen Ordnung“ soll künftig auch auf Personen angewendet werden, die eine öffentliche Einrichtung betreten, um dort zu protestieren beziehungsweise den Eingang einer solchen blockieren; die Mindeststrafe für dieses Vergehen wird auf zwei Jahre erhöht, wobei es möglich sein wird, den Angeklagten für die Dauer dieser zwei Jahre im Gefängnis auf seinen Prozess warten zu lassen; der Tatbestand „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ wird flexibler gehandhabt; „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ schließt künftig auch passiven Widerstand gegen die Polizei ein; wegen des

⁸ Die katalanische Regierung, die eine „autonome Gemeinschaft“ innerhalb des spanischen Staates bildet.

Werfens von Objekten auf die Polizei werden viel schärfere Anklagen erhoben und die Strafen für Vandalismus werden denen für vergleichbare Vergehen angeglichen, die unter die Antiterror-Gesetze⁹ fallen. Als besondere Maßnahmen in Katalonien sollen die Anzahl der Beamten der Bereitschaftspolizei um ein Viertel erhöht sowie ein spezieller

Staatsanwalt ernannt werden, der sich ausschließlich um „städtische Gewalt“ kümmert. Mehr Überwachungskameras auf öffentlichen Plätzen werden installiert und die Polizei intensiviert das Filmen von Demonstranten.

Als weitere Maßnahme wird die Generalitat eine Webiste einrichten, um das Denunziantentum anzuregen und zu erleichtern und vielleicht auch eine Technik bereitstellen, um die Bevölkerung an der Identifizierung von Krawallmachern auf Fotos zu beteiligen, wie dies in anderen Ländern bereits gemacht wird. Sie wird auch versuchen, Websites, Blogs und Twitter-Accounts zu schließen, die zu gewalttätigen Protesten aufrufen, und sie wird die Bürger auffordern, solche Gewalt nicht zu fördern, indem sie persönliches Filmmaterial auf ihren Blogs oder auf Facebook teilen¹⁰. Die Medien wiederum werden fortfahren, die „Gewalttäter“ zu dämonisieren, in der Hoffnung, sie dadurch zu isolieren. Und das neue Strafgesetz wird es der Staatsanwaltschaft erlauben, jede Organisation eines schweren Verbrechens anzuklagen, die zu einem Protest aufruft, der in Gewalt endet.

Die Anarchisten verloren keine Zeit, auf all dies zu reagieren. An den beiden Tagen nach dem Streik gab es Solidaritätskundgebungen vor dem Gefängnis und den Gerichten. Am 2. April zog eine Solidaritätsdemonstration mit vielleicht fünfhundert Teilnehmern von

⁹ Der spanische Staat war einer der ersten, die eine innerstaatliche Antiterrorpolitik entwickelten. Diese war gegen den Unabhängigkeitskampf im Baskenland gerichtet, welcher auch vom Francoregime als ein zentraler innerer Feind betrachtet wurde. Viele Opfer der Antiterrorgesetze waren Jugendliche, die an militanten Straßenprotesten gegen die spanischen Behörden beteiligt waren. Im Rahmen dieser Gesetze konnten sie genau wie die Mitglieder der ETA verhaftet, gefoltert und zu langen Gefängnisstrafen verurteilt werden. Die Anwendung von Antiterrorgesetzen war in Spanien also bereits vorher von bewaffneten Guerillagruppen auf horizontal organisierte Straßenproteste oder autonome Sabotageakte übertragen worden.

¹⁰ Es ist bemerkenswert, dass sowohl Anarchisten als auch die Regierenden sich durch die wachsende Verbreitung von riot porn durch Blogs, Facebook und ähnliche Medien bedroht fühlen. Die Anarchisten warnen vor einer Spektakularisierung der Konfrontation und befürchten, dass die Veröffentlichung von Bildern zu Festnahmen führen könnte, während der Staat fürchtet, dass die autonome, selbstorganisierte Verbreitung von Bildmaterial die Medienkontrolle unterminieren könnte.

Platz der Universität zum Modelo-Ge-fängnis. Weniger als eine Woche nach dem Streik tauchten an den Wänden der Stadt Tausende Exemplare von mindes-tens zwei verschiedenen anarchistischen Plakaten auf, die die Krawalle rechtfertigten. Das eine fragte: „Was habt ihr den erwartet?“, während das andere „Das Ende des Gehorsams“ ver-kündete. Es wird darüber gesprochen, diese Repressionsfälle mit anderen neueren Beispielen der Repression in Verbindung zu bringen, für die bereits Proteste und Unterstützungsaktionen geplant sind – den Verhaftungen wäh-rend des Streiks im September 2010, der Räumung des Plaça Catalunya am 1. Mai, der Schlacht gegen die Räumung in Clot im July 2011, den Verhaftungen vor dem Parlament. Koordinierte Ver-suche, die neuen Gesetze bekannt zu machen und zurückzuweisen, sind eben-falls in Arbeit.

Es gibt auch Versuche der Kritik und des gemeinsamen Lernens, da einige Verhaftungen vermeidbar gewesen wären und in einigen Momenten Leute Konfron-tationen herbeiführten, als es nicht klug war, dies zu tun oder andere eine sicherere Atmosphä-re wünschten. Auf dem Plaça Catalunya konnten diejenigen, die sich in Sicherheit bringen wollten, leicht auf die Seite des Platzes und weg von den Straßen-kämpfen gehen und tat-sächlich gab es dort viele Familien mit Kin-dern oder ältere Leute, die die gegen die Po-lizei Kämpfenden sym-bolisch unterstützten.

Dies war jedoch an anderen Orten nicht möglich, genausowenig gab es dort vielversprechende Möglichkeiten, die Polizei anzugreifen, selbst wenn alle es gewollt hätten.

Es ist viel leichter, solche Kritik zu verstehen und ihr gemäß zu handeln, nachdem die pazifistische Heimtücke überwunden ist, die mit der 15M-Bewe-gung aufgekommen war. Und es scheint, als ob Anarchisten, anstatt solche Bedenken im unbeirrten Streben nach ständiger Konfrontation zu denunzieren – eine Strategie, die hier schon ver-sucht und wieder aufgegeben wurde –, bereit sind, zuzuhören und ihr Verhal-ten zu ändern, da sie gute Erfahrungen dabei gemacht haben, mit den Leuten zusammenzuarbeiten, die derartige Kri-tik äußern. Alle Änderungen wären kei-ne in Richtung Befriedung, sondern hin-zur Vermischung verschiedener Räume und Formen des Kampfes, um in einer Weise in die Offensive zu gehen, die andere nicht gefährdet und sich aus-breiten kann.

Die gewonnenen Erfahrungen

Die Ereignisse des 29. März machten einige wichtige Einsichten unmissver-ständlich klar.

Was Straßenkämpfe angeht, so stehen einige Beobachtungen unmittelbarer im Vordergrund als andere. Die wichtigs-te Voraussetzung für Aktionen besteht weder darin, einen Plan zu haben – da Pläne in solchen Situationen immer in sich zusammenfallen – noch darin, ma-teriell vorbereitet aufzutauchen, auch wenn das nicht schadet. Die grundle-gendste Notwendigkeit ist die Fähig-keit, die Polizei zurückzuschlagen. Diejenigen, die der Polizei einen Raum direkt entreißen, können in der Folge alles machen. Die Fähigkeit, die Poli-zei zu schlagen, folgt primär aus der inneren Einstellung, zweitens aus der Erfahrung und drittens aus der Aus-rüstung. Die ersten beiden Vorausset-zungen können die dritte aus der städ-tischen Landschaft erzeugen, wenn sie niemand im Voraus vorbereitet hat. Diejenigen, die die Polizei am effi-zientesten zurückschlagen konnten, setzten sich aus jungen Leuten mit



unterschiedlichen sozioökonomischen und ethnischen Hin-tergründen zusammen, die wenig oder keine vorangehende Stra-ßenerfahrung hatten. Ihre Effektivität multiplizierte sich, sobald sich ihnen Leute mit mehr Erfah-rung und Vorbereitung anschlossen. Gleich-falls konnten die an ihrer Seite kämp-fenden Anarchisten an einem Tag mehr

Straßenerfahrung machen, als bei allen Protesten des vorangegangenen Jahres zusammen. Erfahrung sammelt sich nicht passiv an. Sie fällt nur jenen mit der adäquaten Haltung zu.

Weniger offensichtlich ist die Wich-tigkeit derer, die nicht an den Front-linien stehen. Die sine qua non der Krawalle des 29. März war die Men-schenmenge, die diejenigen im Zentrum des Geschehens physisch und emotio-nal unterstützten. Die Formen die-ser Unterstützung müssen sich breiter ausfächern, die Intensität muss sich steigern – Notwendigkeiten, die von der Idee gehemmt werden, Anarchisten müssten entweder an vorderster Front kämpfen oder davonlaufen. Die Anar-chisten in der dritten Reihe, die die Hände erheben und den Leuten sagen, sie sollen ruhig bleiben, sind genauso wichtig, zusammen mit den sich weiter hinten Befindenden, die das Pflaster in Wurfgeschosse zertrümmern – zu oft wird letztere Aktivität direkt an der

Frontlinie ausgeführt, wo die Leute und die von ihnen angehäuften Steinhäufen angreifbarer sind. Es ist außerdem nötig, Genossen zu haben, die nicht an den Kämpfen teilnehmen, aber in ihrem Sinne gegen diejenigen argumentieren, die die Aufrührer befrieden oder isolieren wollen und andere – noch weiter hinten, an Orten, die sicherer für Kinder und Alte sind –, die den Kämpfen applaudieren oder jedes Mal in Jubel ausbrechen, wenn ein neues Feuer ausbricht, und die die Leute ermutigen, die Kämpfer nicht zu verlassen, sondern sie vielmehr als die „Unsrigen“ anzusehen. Unterstützung für diese Art von Straßenkampf zu gewinnen, war ein schrittweiser aber stetiger Prozess nach der Massenerscheinung des Pazifismus in der 15M-Bewegung. In vielerlei Hinsicht war diese Bewegung darauf ausgerichtet, die Erinnerungen an die Kämpfe hier anzugreifen, und von den indes bis zu den Anarchisten hatten viele Leute ein Interesse daran, eben diese Geschichte wieder ins Zentrum der neuen Bewegung zu rücken, so wie sie das Zentrum der Bewegungsbahn des Kampfes vom 29S-Generalstreik zum 1. Mai 2011 bildete. Diese Geschichte beinhaltet eine tief verwurzelte antikapitalistische Analyse und eine kampflustige Praxis. Indem sie die Oberflächlichkeit des Pazifismus und des demokratischen Populismus herausstellen, legitimieren diese beiden Aspekte der populären Geschichte die radikalen Auseinandersetzungen sowie die Aktionen, die diese begleiten müssen. In den ersten Wochen der Platzbesetzungen der Bewegung des 15. März mussten Anarchisten sich wiederholt mit dem Pazifismus auseinandersetzen, Flyer und Texte verteilen und jede kleine Abweichung von den zahmsten und staatsbürgerlichsten Aktionsformen rechtfertigten. Die Polizeigewalt beschleunigte diesen Lernzyklus. In allen folgenden Großdemonstrationen definierten die Anarchisten die zentralen Konflikte und versuchten, die Sache voranzutreiben, wobei sie mehr Wert auf sichtbare als auf klandestine Aktionen legten. In den ersten paar Monaten entzündete sich der Konflikt am Graffiti. Fast alle hatten sich bereits die formaljuristisch illegale Aktion der Straßenblockade angemaßt, nahezu bei jedem einzelnen Protest. Aber wenn Leute sich maskierten und damit begannen, während der Proteste Banken zu bemalen, wurden andere aus der Menge wütend und versuchten sogar, die Banken physisch zu beschützen. Für zwei sprühende Leute brauchte man fünf und mehr Leute, um deren Aktionen zu verteidigen und sie manchmal körperlich zu schützen. Protest für Protest lehnten weniger Leute die politischen

Graffiti ab – solange sie gegen Banken, Regierungsgebäude und andere verhasste Institutionen gerichtet waren – und mehr Leute aus der Menge argumentierten für die Sprühereien. Die entscheidende Handlung bestand nicht darin, mutwillig eine Bank zu beschmutzen, sondern in der öffentlichen Debatte, die aufkam, um dies zu legitimieren.

Der nächste Konfliktpunkt drehte sich rund um die Vermummung. Ab Oktober kritisierte kaum noch jemand die Sprühereien bei den Demonstrationen, aber man brachte vor, dass man das ohne eine Maske tun solle. Wieder verteidigten Anarchisten diese Praxis und verteilten Schriften darüber. Aber Vermummung eignete sich weniger zur Erzeugung eines offenen Konflikts als die Sprühereien, und so gab es weniger Gelegenheiten, sich zu engagieren. In dieser Zeit verhaftete die Polizei Leute, die dabei gefilmt worden waren, wie sie während der Belagerung des Parlaments im Juni Politiker belästigten. Dadurch wurde es einfacher, die praktischen Gründe für die Vermummung zu erklären, obwohl die Medien vor Rhetorik gegen die Feigheit der Vermummten überquollen. Glücklicherweise erklärt sich diese Praxis leicht selbst, vor allem unter der Jugend; aber in Barcelona erzeugt sie immer noch einen Bruch zwischen denen, die automatisch mit dieser Praxis sympathisierten und denen, die sich automatisch davon abgestoßen fühlten.

In anderen Demonstrationen führten Leute eine offensivere Taktik ein, indem sie besonders verabscheuungswürdige Ziele – wie die Börse und Büros der politischen Parteien – mit Farbbomben bewarfen. Außerhalb des Demonstrationsraums tauchten an zufälligen Tagen in zufälligen Vierteln Vermummte auf, zerstörten eine Bank und verschwanden schnell wieder, was eine weitere Möglichkeit darstellte, Angriffe zu normalisieren. Aber bevor dieser Prozess auf diese Weise weitergehen konnte, wurde er plötzlich durch die Studentenkrawalle und dann durch den Generalstreik beschleunigt. Einerseits normalisierten diese Ereignisse den offensiven Volkswiderstand, indem sie mehr Leuten die Möglichkeit gaben, daran teilzunehmen. Andererseits erlaubten sie denjenigen, die solchen Angriffen sympathisierend gegenüberstanden, schnell voranzuschreiten und sich von denen zu trennen, die dazu tendieren, die Gewalt zu verdammen. Während einige Tausend vielleicht fähig sind, auf der Straße für eine oder zwei Stunden zu gewinnen, werden sie langfristig gesehen unabwendbar isoliert und befriedet, wenn solch eine Gruppe sich nicht fortwährend ausweitet und die um sie herum aufgebauten

Barrieren der Legitimität untergräbt. Wie dem auch sei, zur Zeit des Streiks war ein großer Teil der katalanischen Bevölkerung bereits an ein niedriges Niveau des Straßenkonflikts und der Eigentumszerstörung gewöhnt und die sich verdüsternden Zukunftsaussichten gaben einigen von ihnen die Wut, eine plötzliche Eskalation dieses Konflikts zu unterstützen.

Spektakularisierung – die Praxis der Reduktion von Praxis auf Bilder – ist eine starke Kraft, um Krawallmacher zu isolieren. Während sich die Opposition zur Presse und das Bewusstsein der Notwendigkeit von Verteidigungsmaßnahmen langsam ausbreitet – in Form von Angriffen auf Journalisten und Bemühungen, Zuschauer davon zu überzeugen, nicht zu filmen – gibt es während der Ausschreitungen immer noch ein gefährliches Ausmaß von Spektakularisierung. Die Verbreitung neuer Sprechchöre – eine effektive Taktik für die Radikalisierung der 15M-Bewegung und den Kampf mit dem Pazifismus – wurde auch gegen die Medien benutzt. Ein Beispiel: „Die Presse zielt, die Polizei schießt“ wurde seit Oktober populär. Allerdings gibt es noch keinen Spruch gegen das Filmen durch normale Leute, wenn auch einige Propaganda zu diesem Thema verteilt wurde. Nichtsdestoweniger wird die gefährlichste Form der Spektakularisierung beseitigt, sobald die Journalisten aus den Protesten gedrängt werden können und sie zunehmend als Äquivalent zur Polizei begriffen werden.

Es ist auch notwendig, über die unmittelbaren Anforderungen des Straßenkampfes hinaus zu fragen, was erreicht wurde und was der entscheidende Punkt war. Die wichtigsten Bestandteile des Konflikts waren emotional und symbolisch, nicht ökonomisch. Der Staat – selbst die Quelle der Währung – kann nicht durch wirtschaftliche Verluste zerstört werden, sondern nur durch einen Angriff des Volkes. Hätte die CCOO und die UGT eine 2% höhere Teilnahme am Streik erreicht und alle Ausschreitungen und Eigentumsschäden verhindert, so wäre der wirtschaftliche Gesamtverlust sehr viel größer gewesen, aber die sozialen Kämpfe hätten nichts gewonnen. Erreicht wurde eine Unterbrechung des zum Regieren notwendigen Narrativs vom sozialen Frieden, die zeitweise Verbreiterung der Beteiligung an offenem Widerstand; es wurde die Erfahrung gemacht, die es ermöglichen wird, diese Erschütterung in Zukunft zu überbieten und Beziehungen zu Fremden zu schaffen, die einen Tag lang zu unseren Genossen wurden. Letztere Aktivität wurde kaum versucht, obwohl sie eine der vielversprechendsten Möglichkeiten ist, die aufständische Momente bieten. Anar-

chisten leben im gleichen Viertel wie die Hooligans, die den Kampf gegen die Polizei anführten, aber sie sind voneinander vollständig entfremdet, solange kein Riot stattfindet. Leute, die sich am Straßenkampf beteiligen, sollten nicht idealisiert werden, aber viele von ihnen erleiden tagtäglich Polizeigewalt und immerhin einige von ihnen haben starke antiautoritäre Tendenzen. Anarchisten sollten sich ihnen und anderen als Menschen nähern, mit denen sie Seite an Seite leben und mit denen sie nach der Revolution an Versammlungen teilnehmen werden¹¹.

Um die Revolution näher zu bringen, wird es nötig sein, die natürliche Spaltung zwischen Nacht und Tag zu überwinden und zu lernen, die Ausschreitungen über mehrere Tage aufrechtzuerhalten. Nur wenn sie sich zeitlich ausdehnen, werden sie die Chance haben, sich zu einem Aufstand auszuwachsen, der sich von Stadt zu Stadt ausbreitet. Andernfalls werden sie nur als emotionale Befreiung dienen. Einstweilen, da die Normalität zurückkehrt, besteht die Frage darin, wie man das Gewonnene ausbauen kann, wie man die kollektive Erfahrung der Ausschreitung nutzen und das gesellschaftliche Pendel daran hindern kann, Richtung Reaktion zu schwingen. Nur der letzte Teil dieser Frage findet bereits innerhalb des kollektiven Gedankenguts seine Antwort: Unterstützt die von Repression Betroffenen; knüpft Beziehungen über die Spaltung hinweg, die zwischen guten und schlechten Protestierenden wie auch zwischen Zuschauern und Handelnden errichtet wird; tretet dem medialen Gegenschlag durch die Betonung der Rolle der Medien im sozialen Krieg entgegen; und widersetzt euch den neuen vom Staat verabschiedeten Unterdrückungsmaßnahmen.



11 Wenn wir auch unseren Kampf nicht an der Erwartung ausrichten sollten, dass wir gewinnen werden – da wir das wahrscheinlich nicht werden –, so sollten wir doch unbedingt die Versprechung einer zukünftigen Herrschaftsfreiheit als ein aktives Bild benutzen, das uns unsere gegenwärtige Praxis anleitet und ihr Farbe gibt.

Die strategischen Spannungen

Geschichtlich hat die anarchistische Bewegung Kataloniens ihre Identitäten eher um gemeinsame Handlungsweisen und Orte herum gebildet als durch vereinheitlichende Ideologien. Es ist ungenau und unzutreffend, wenn man – wozu Zuschauer aus der Ferne tendieren – von aufständischen Anarchisten und Anarchosyndikalisten als zwei einander gegenüberstehenden und getrennten Gruppen redet. Diese Ideologien existieren, aber als ein fließender Austausch zusammen mit anderen Positionen und nicht als gegensätzliche Pole. Es handelt sich hierbei eher um Praxis als um Ideologie.

Die CNT war zweifellos bis Ende Juli 1936, als sie zu einer klassenkommissarischen und im Grunde staatstragenden Organisation wurde, die wichtigste revolutionäre Organisation in Spanien. Allerdings fungierte sie zu gleichen Teilen als eine Gewerkschaft und als ein Standbein für die Bildung informeller, kampflustiger, nachbarschaftlicher Netzwerke¹². Wichtige Personen in der Organisation verorteten sich innerhalb der ganzen Bandbreite vom Insurrektionalisten bis zum Syndikalisten, und der Austritt der Letzteren war ein wichtiger Schritt in ihrer Radikalisierung. Cenetistas¹³ kämpften für den libertären Kommunismus, Kollektivismus und Kooperativismus oder aber sie kämpften einfach gegen die gegenwärtigen Verhältnisse, ohne zu wissen, was danach kommt. Viele Aktivisten wechselten ihre Positionen und Aktionsformen je nach Erfolg des gesellschaftlichen Kampfes, so dass die für den Augenblick Aufrührerischen im nächsten Moment zu den Moderatesten wurden, wie im Fall von Garcia Oliver. Ascaso und Durruti, die von den einflussreichsten Mitgliedern vielleicht Prinzipienfestesten, waren beide überzeugte Syndikalisten – insofern sie in den Gewerkschaften ein wichtiges Hilfsmittel für die Agitation und Organisation am Arbeitsplatz sahen – und Insurrektionalisten, da sie glaubten, die Zeit für Angriffe und also für den Aufbau der Fähigkeit zum bewaffneten Kampf wäre immer gekommen; sie haben dafür in den 20ern gestritten und danach gehandelt, zu einer Zeit, als die Meisten dachten, dass es besonnener wäre abzuwarten. Zeitweise ging ihre Praxis sehr weit mit den individualistischen, illegalen Anarchisten zusammen, die oft ihre Basis im Stadtteil Raval errichteten; dann erschienen sie wieder wie

12 Siehe Chris Ealham's Anarchism and the City; ignoriere seine widersprüchlichen, antiaufständischen Strategievorschläge.

13 CNT-Mitglieder, „cenetistas“ auf spanisch.



reine Gewerkschaftsaktivisten.

Um ein anderes Beispiel zu geben: Das wahrscheinlich wichtigste anarchistische soziale Zentrum, welches in den Jahren vor 1936 in Barcelona gebildet wurde, war das zurecht so heiße L'Ateneu Eclèctic¹⁴. Es wäre mit der traditionelleren Beschreibung ateneu llibertari nicht an der Zensur vorbeigekommen, aber das Adjektiv „eklektisch“ war genauso zutreffend. Wie Abel Paz, der anarchistische Historiker aus demselben Viertel (Clot), später schreiben sollte: Das war ein soziales Zentrum, in dem Pazifisten sich mit den Praktizierenden der Propaganda der Tat mischten, wo ein einflussreicher anarchistischer Individualist neben der libertären Jugendgruppe Studienkurse abhielt, oder CNT-Aktivisten in den nahegelegenen Textilfabriken Propaganda machten oder Sabotageakte ausführten. Es war der Hauptstützpunkt des großen anarchistischen Kollektives Sol i Vida, das Vegetarismus, Nudismus und freie Liebe praktizierte sowie Exkursionen in die Berge durchführte, um dort mit Schusswaffen zu üben. Außerdem gab es der örtlichen Mujeres-Libres-Gruppe einen Raum, um sich zu formieren.

Heute bezeichnen sich die Anarchisten in Barcelona typischerweise mit unpräzisen Karikaturen (der schwarze Block, die Reformisten, die Hippies) oder mit Referenzen zu einem Ort, etwa einem Viertel oder einem Sozialzentrum, dessen Mitwirkende vielfältig sind und mit der Zeit wechseln, dessen jeweilige Zusammensetzung aber einen spezifischen Charakter verleiht. Auf diese Weise tragen sie dem zwangsläufigen Bedürfnis Rechnung, sich selbst und einander zu benennen und sie tun das auf eine Weise, die für Stereotypen und selbst für Respektlosigkeit anfällig ist, aber ebenso flexibel und verschwommen bleibt. Dies erlaubt es den Individuen, sich zwischen den Labels zu bewegen und so eine Debatte zwischen verschiedenen Gruppen zu erleichtern, statt die Unterschiede zu einem Wettbewerb zwischen unversöhnlichen ideologischen Gegensätzen zu machen. Eine der beiden CNTs wird im Spaß mit einer Gewerkschaft von Insurrektionalisten verglichen, während einige „Schwarzer-Block“-Anarchisten Ideen über Einheit, formelle Organisation

14 Ein „ateneu“ oder Athenäum ist eine Art proletarisches Sozialzentrum. Solche Orte entstanden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts; Arbeiter und andere konnten dort zusammen kommen, um sich selbst zu unterrichten, Studien- oder Debattegruppen abzuhalten oder andere Aktivitäten durchzuführen. „Libertari“ meint libertär, ein gebräuchliches Synonym für Anarchist

und technische Zivilisation haben, die anglophone Insurrektionalisten erschauern lassen würden. Fast alle Anarchisten Barcelonas erkennen die Wichtigkeit der CNT für den Aufbau der revolutionären Bewegung an, die den Juli 1936 möglich gemacht hat; genauso geben sie der CNT die Schuld für die Erfolglosigkeit der Revolution. Die meisten Anarchisten außerhalb der CNT geben der Dynamik dieser Organisation die Schuld an der verfallenen revolutionären Möglichkeit während des Übergangs zur Demokratie in den 70ern, während die Cenetistas eher einige Fehler anerkennen und ansonsten der staatlichen Unterdrückung die Schuld geben. Der durch die Bankräuber von Córdoba 1996 nach Spanien gebrachte italienische Insurrektionalismus fand seine aktivsten Anhänger unter der FIJL, der Jugendorganisation, die sich daraufhin von der CNT abspaltete. Die Position der CNT, die den Bankräubern die Unterstützung verweigerte, veranlasste auch viele andere zum Austritt, aber einige, die gegangen waren, sind später wieder eingetreten und der Charakter der CNT hat sich über die Jahre geändert.

In den Nachwehen des Streiks veröffentlichte die CNT aus Savadell (eine Stadt direkt bei Barcelona) eine Stellungnahme, die die Sektion der CGT aus Barcelona dafür kritisierte, sich von den Ausschreitungen distanziert und von guten und schlechten Protestierenden gesprochen zu haben. Der Titel ihres Kommuniqués war „Gegen das System, seine Verteidiger und seine falsche Kritik“, ein direkter Verweis auf den insurrektionalistischen Klassiker In offener Feindschaft mit dem Bestehenden, seinen Verteidigern und seinen falschen Kritikern.

Die Spannungen in der Strategie, die sich in der langen Geschichte des M29 ausdrückten, kennzeichnen keinen Wettkampf zwischen zwei ideologischen Polen; Leser, die versuchen, diesen Bericht danach zu durchsuchen, was einen solchen Wettbewerb fördert, gehen an den momentan in Barcelona unter Genossen geführten Diskussionen vorbei. Die hier herausgestellten Punkte wurden in hiesigen Debatten aufgeworfen; sie gründen sich auf momentane Nöte und nicht auf abstrakte Wettkämpfe.

Die oben angedeutete hauptsächliche strategische Spannung hat mit Einheit und Engagement zu tun. Eine wichtige theoretische Auseinandersetzung wird zwischen Anarchisten geführt, die Einheit als Ziel ansehen, und solchen, die das nicht tun. In Zeiten der Isolation ist es unwahrscheinlich, dass eine solche Spannung entsteht. Berücksichtigt man die Räume, in denen sie wirken können, dann haben sowohl die, die es bevorzugen, in Bezugsgruppen

zu arbeiten, als auch die, die lieber in populären oder offenen Gruppen arbeiten, nur wenige Möglichkeiten. Die Projekte des einen Gruppentypus werden wahrscheinlich für die Projekte des anderen belanglos erscheinen. Diejenigen, die unterschiedliche Herangehensweisen bevorzugen, werden sich wahrscheinlich ablehnen oder ignorieren, während interne Tendenzen zur Uneinigkeit gewöhnlich durch die Notwendigkeit der Zusammenarbeit überwunden werden, die aus dem Mangel an potentiellen Kameraden resultiert.

In Zeiten größerer Dynamik und Vereinigung treffen und überlappen sich diese unterschiedlichen Herangehensweisen, während viel mehr potentielle Genossen auftauchen. In dieser neuen Dynamik empfinden einige Anarchisten Unterschiede als kreativ, während andere sie als Desorganisierung sehen. Einige werden glauben, Fragmentierung sei eine natürliche Eigenschaft nicht-disziplinierter Gruppen, während andere glauben werden, dass stärkere Geistesverwandtschaft das natürliche Resultat der Zusammenarbeit sein wird. Einige werden versuchen, das Möglichkeitsspektrum zu maximieren, indem sie einen chaotischen gesellschaftlichen Kampf erschaffen, während andere danach trachten werden, zu koordinieren und zu vereinigen, um einen disziplinierten gesellschaftlichen Kampf zu erzeugen – oder sie werden, mangels Stärke oder einer allgemeinen Identität, um Disziplin einzuführen, eine Organisation aufbauen, die versucht, den ganzen Kampf zu umfassen oder zu repräsentieren.

Die andere theoretische Auseinandersetzung resultiert aus der irrtümlichen Assoziation reformistischer Praktiken mit der Thematisierung unmittelbarer Belange auf der einen Seite und der Assoziation revolutionärer Praktiken mit dem Festkleben an abstrakten Idealen auf der anderen Seite. In Zeiten schwacher gesellschaftlicher Kämpfe ist es für auf unmittelbare Belange konzentrierte Anarchisten das einfachste, reformistische Sprache und Praktiken zu übernehmen und für Anarchisten, die sich revolutionären Praktiken verschrieben haben, ihre Aktionen in den Begriffen langfristiger Ideale auszuformulieren. Sobald eine größere Bandbreite von Menschen anfängt, wütender und entschiedener über ihre unmittelbaren Probleme zu reden, werden einige revolutionäre Anarchisten zum gegensätzlichen Pol springen und plötzlich über unmittelbare Probleme reden – und über kraftvolle, vielleicht sogar revolutionäre Lösungen – ohne ihre langfristigen Sehnsüchte und radikalen Analysen auszudrücken.

Die anderen werden währenddessen die

volkstümlichen Kämpfe verachten und sich weiter in Richtung rein anarchistischer Projekte zurückziehen. Kompromisslose anarchistische Ideale mit der Komplexität unmittelbarer Probleme zusammenzuführen, ist die schwierigste Option und folglich die seltenste. Beide Spannungen haben alles mit der Bewegung von einer antisozialen zu einer populistischen Position zu tun. Der Fehler besteht im Grunde darin, die sowohl selbstgewählten wie auferlegten Grenzen der Zeiten gesellschaftlicher Isolation nicht zu transzendieren und sich statt dessen in die einfachste, oberflächlichste Kommunikationspraxis zu flüchten, sobald neue Annäherungen dies ermöglichen. Anarchistischer Populismus ist das Resultat von Kameraden, die die guten Instinkte der antisozialen Position aufgeben, aber die schlechten Gewohnheiten derselben bewahren.

In der Art von Vereinigung, die Barcelona zwischen 2010 und 2011 erfuhr, stand den Anarchisten eine sich verändernde Umgebung gegenüber und sie veränderten sich unweigerlich mit ihr. Alles was sie gewannen, erlangten sie durch einen Instinkt oder durch ein strategisches Engagement, welche sie neue Protesträume erforschen und in verschärfte gesellschaftliche Konflikte eingreifen ließ. Anarchisten haben die Ideale und Praktiken der neuen sozialen Bewegungen in einer Weise beeinflusst, die in keinem Verhältnis zu ihrer Anzahl steht. Indessen entstammen viele Fehler aus den Beschränkungen populistischer oder antisozialer Tendenzen. Es besteht weiterhin die Möglichkeit, dass Anarchisten außerhalb dieser Bewegungen bleiben und zurückgelassen werden, wenn Reformisten diese in Richtung Institutionalisierung steuern. Es könnte auch passieren, dass Anarchisten sich in diesen Bewegungen verlieren, indem sie ihre Prinzipien preisgeben, aus Angst, an den Rand gedrängt zu werden. Diese beiden Irrwege werden parallel begangen und ergänzen sich. Nach dem Generalstreik im September und der 15M-Bewegung erkannten Anarchisten die Möglichkeit, in sehr viel größeren Gruppen zu arbeiten, und das war die Gratwanderung, die sie bestehen mussten. Am Anfang hatte 15M die Erscheinung eines breiten gesellschaftlichen Erwachens. Als die meisten Teilnehmer keine Mittel fanden, in dieser Richtung weiter zu machen und zu den Schlafmitteln der Normalität zurückkehrten, floss die Welle zurück, hinterließ aber die vorhergehenden Formationen des gesellschaftlichen Kampfes in Unordnung. Sie waren be-

völkerter, zahlreicher, heterogener und verstrickter. In Reaktion auf den unabwendbaren Niedergang der sich während des Sommers 2011 plötzlich ausweitenden gesellschaftlichen Bewegung und in Reaktion auf den Umstand, dass neue Protest- und Aktionsräume immer noch viel größer und verschiedenartiger waren als zuvor – und nach konservativer Logik folglich anfälliger für Schwund und Fraktionierung –, bildeten einige Anarchisten eine populistische Tendenz. Aus Angst, ihre neu gefundene Unterstützung zu verlieren, spielten sie ihre anarchistische Identität herunter und suchten eine größere Einigkeit auf



Grundlage einer notwendigerweise verwässerten antiautoritären Analyse. Andere Anarchisten befestigten ihre antisoziale Position, überzeugt davon, dass die Teilnahme an diesen neuen heterogenen Räumen die Kompromittierung ihrer Prinzipien voraussetzen würde, gerade so, wie es bei ihren populistischen Kameraden der Fall zu sein schien.

Der anarchistische Raum von Barcelona ist fragmentiert und kommunikativ. Er ist weder in einer einzigen Organisation oder Identität vereinigt, noch in vereinzelte, nicht miteinander kommunizierende Szenen geteilt. Fragmentierte und kommunikative anarchistische Räume sind der Tendenz nach besonders stark darin, neue Praktiken zu entwickeln und sich wechselnden Umständen anzupassen.

Die anarchistische Propaganda rund um den jüngsten Generalstreik war weniger offen anarchistisch und entsprechend weniger radikal. Viele den Anarchisten wichtige Probleme und Prinzipien wurden in der jüngsten anarchistischen Propaganda fast vollständig ausgelassen, zu einer Zeit, in der mehr Leute denn je für radikale Ideen offen sind und drastische Vorschläge benötigt werden. Diese Möglichkeit verschenkend, konzentrierten sich viele Anarchisten auf Einpunktpropaganda, die unmittelbare Probleme der normalen Leute herausstellt: Arbeit, Gesundheitsfürsorge, Unterkunft, Ausbildung, die Polizei. Sie führen diese Probleme auf den Kapitalismus und den Staat zurück, aber auf eine Art fördert dies eine auf Bequemlichkeit beruhende Kritik, die wieder verschwinden könnte, sobald jemand einen guten Job bekommt. Dieser Tendenz ging es eher darum, die

Isolation zu vermeiden, als alle Möglichkeiten auszureizen. Sie kann vielleicht die Repression vermeiden, aber die Beziehungen, die sie erzeugt, und die Kritik, die sie verbreitet, sind wahrscheinlich oberflächlich.

Andere Anarchisten haben sich auf Veröffentlichungen und Aktionen zurückgezogen, die grundsätzlich nur für sie selbst und andere Anarchisten bestimmt waren. Einige haben Propaganda produziert, die das Verschwinden des Wohlfahrtsstaates auf eine Weise kritisiert, die sich über die Not lustig macht, die die Leute aufgrund dieses Verschwindens erleiden. Nichtsdestoweniger fördert diese Position eine gewisse Stärke und Unabhängigkeit der Aktion, denen wahrscheinlich teilweise der Sieg auf der Straße zu verdanken ist.

Diese Spannungen sind unaufgelöst und bilden eher ein Gleichgewicht als einen Wettstreit. Wie können wir eine radikale Kritik an dieser Gesellschaft teilen, ohne andere ihrer Mitglieder zu verschrecken? Wie können wir an heterogenen Räumen teilnehmen, ohne unsere eigene Rekuperation zu unterstützen? Wie können wir den Erzählungen zuwiderhandeln, die uns von den Medien angedreht werden, ohne aufzuhören, der bestehenden Ordnung gefährlich zu sein?

In jedem Fall haben die Anarchisten jetzt mehr und stärkere Verbindungen als vor zwei Jahren, und sie sind mit mehr fruchtbaren Erfahrungen bewaffnet. Die Debatten sind am Laufen; es gibt bereits Versuche, der Kriminalisierung zu begegnen, die der Staat in den Nachwehen der Ausschreitungen durchführt. Und es gibt Versuche, die Lektionen dieses Tages der spontanen Raserei zusammenzufassen.

Es werden wahrscheinlich weitere Neuerungen entstehen, da Genossen in anderen Ländern sich auf ihre eigenen Generalstreiks vorbereiten, und diese Neuerungen könnten ihren Weg zurück hierher finden. Vielleicht werden die in Barcelona erzeugten Erschütterungen dabei helfen, die in anderen Ländern immer noch herrschende Illusion der Stabilität ins Wanken zu bringen, indem sie der ganzen Welt zeigen, dass es nicht die Aufrührer in den Straßen waren, die von den Kräften der Ordnung umstellt sind, sondern die herrschenden Klassen, die sich an verschwindende Inseln klammern, inmitten eines anschwellenden Meers der Wut.



Anhang: Eine Klarstellung bezüglich Einfluss nehmender Minderheiten

Der wesentliche Unterschied zwischen einer Einfluss nehmenden, aufständischen Minderheit und einer Avantgarde- oder populistischen Gruppe ist, dass die erstere ihre Prinzipien und horizontalen Beziehungen zur Gesellschaft wertschätzt und versucht, ihre Prinzipien und Modelle zu verbreiten, ohne sie als Besitzstand zu wahren. Eine Avantgarde hingegen versucht, diese zu kontrollieren – sei es durch Zwang, Charisma oder das Verbergen ihrer wahren Ziele. Eine populistische Gruppe bietet einfache Lösungen und nährt aus Angst vor Isolation die Vorurteile der Massen. Tatsächlich aber überwindet die populistische Gruppe niemals die Isolation, denn das würde eine Ausbildung starker Beziehungen erfordern, die Meinungsunterschiede aushalten. Stattdessen ahmt sie die Massen einfach nach.

Weil sie beide die Wärme der Herde suchen, liegen die Avantgardisten und die Populisten oft im selben Bett, wie es auch die Stalinisten und die UGT während des Spanischen Bürgerkriegs taten. In einer solchen Partnerschaft werden die ersteren effektiver sein und die letzteren benutzen.

Da ihr Idealismus im Widerspruch zu dem prinzipienlosen Pragmatismus der Mehrheit steht, neigt die Einfluss nehmende Minderheit dazu, eine antisoziale Tendenz zu entwickeln und sich an die Rolle eines Wadenbeißers zu gewöhnen. Wenn sich diese Tendenz als Verachtung für den Rest der Gesellschaft und als Entschlossenheit, ihre Prinzipien trotz und gegen die Massen zu realisieren, manifestiert, ist es wahrscheinlich, dass sie eine gemeinsame Basis mit avantgardistischen Gruppen findet, welche sie wohl als Schock-Truppen für Offensiven verwenden werden – wie in der Oktoberrevolution. Wenn sie aber den einfacheren antisozialen Weg nimmt, ihre Prinzipien ins Reich der Abstraktion zu verlegen, wird sie ihren Einfluss beschränken, weil nichts und niemand in ihrer Umgebung ihre Ideale reflektieren oder sie zum Engagement einladen wird. Nur wenn sie beständig Ihre Prinzipien auf die Komplexität ihrer Umgebungen beziehen, können solche Minderheiten für andere als Modell dienen, selbst Handelnde aus eigener Kraft zu werden.

Die Einfluss nehmende Minderheit wirkt durch Resonanz, nicht durch Kontrollen. Sie nimmt Risiken auf sich, um inspirierende Modelle und neue Möglichkeiten zu schaffen und um bequeme Lügen zu kritisieren. Sie genießt keine wesenhafte Überlegenheit, und auf die Annahme einer solchen zurückzufallen, würde zu ihrer Isolation und Irrelevanz führen. Wenn ihre Schöpfungen oder Kritiken niemand inspirieren, wird sie keinen Einfluss haben. Ihr Zweck ist nicht, Anhänger zu gewinnen, sondern soziale Gaben zu schaffen, die andere Menschen frei nutzen können.

ein Genosse aus Barcelona

Die Scherbentheorie

I. Die kommende Revolution wird der Totalität der bürgerlichen Welt eine kommunistische Totalität entgegensetzen.

Bei der Ablösung der feudalen durch die bürgerliche Epoche wurden nicht nur die Eigentumsverhältnisse umgewälzt. Mit diesen änderten sich vielmehr sämtliche Lebensbereiche der damaligen Gesellschaften. Die bürgerlichen Revolutionäre siegten, indem sie am Ancien Régime nicht nur diesen oder jenen Aspekt kritisierten, sondern in Opposition zur alten Ordnung eine neue, bürgerliche Staatsphilosophie, eine bürgerliche Moral, eine bürgerliche Kunst, eine bürgerliche Wissenschaft, ein bürgerliches Liebesideal, eine bürgerliche Familie, kurz: eine umfassende bürgerliche Welt ausbildeten.

Die heutige Gesellschaft ist bis in ihre kleinsten Verästelungen nicht nur von der kapitalistischen Ordnung geprägt, sondern durch diese hervorgerufen. Kommunistische und anarchistische Revolutionäre haben daher eine nicht weniger totale Aufgabe vor sich. Von der Kindererziehung bis zum Städtebau, von der Wissensproduktion bis zur Landwirtschaft, von der Sprache bis zur Sexualität müssen sich neue, kommunistische Ideen entwickeln, und es muss mit anarchistischen Handlungsweisen experimentiert werden; anders werden Staat, Lohnarbeit, Geld etc. nicht abgeschafft werden können. Die Aufgabe heutiger Revolutionäre ist sogar noch umfassender als die ihrer bürgerlichen Vorgänger, da diese bei allen Neuerungen doch nur eine Herrschafts- und Ausbeutungsform durch eine andere ersetzen, während jene danach streben, mit allen Formen der Knechtung des Menschen durch den Menschen Schluss zu machen.

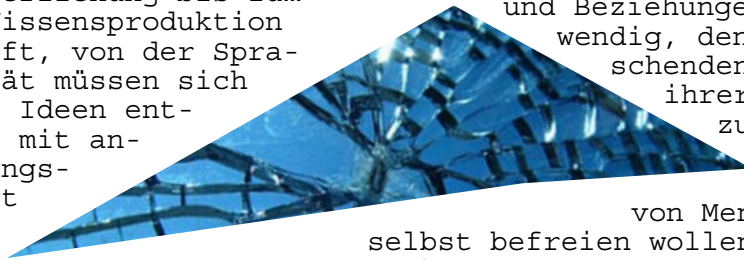
Des Weiteren hatte die aufstrebende Bourgeoisie den Vorteil, bereits im Schoße der alten Ordnung allmählich soviel ökonomische Macht akkumulieren zu können, dass sie die schließliche Eroberung der politischen Macht bereits von einer soliden Basis aus angehen konnte. Die Protagonisten der kommenden Revolution haben eine solche Machtbasis innerhalb der alten Gesellschaft nicht. Sie werden sich die Produktionsmittel erst im Prozess der großen Umwälzung aneignen und auch erst ab diesem Moment mit der wirklichen Umgestaltung der Welt nach ihren Vorstellungen beginnen können. So richtig es ist, dass eine entstehende revolutionäre Bewegung schon jetzt

damit beginnen muss, eine kommunistischen Totalität auszubilden, so darf dabei nicht der qualitative Umschlagpunkt vergessen werden, welchen die Revolution in diesem Prozess bildet. Jede Lebensreform kann allenfalls einen Vorgeschmack eines befreiten Lebens hervorbringen, solange die Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse im Ganzen bestehen bleiben. Realistisch gesehen handelt es sich dabei immer nur um die mehr oder weniger gelungene, kollektive Lösung von Problemen aus der unmittelbaren Gegenwart, so dass selbst ein etwaiger Vorgeschmack mehr ideell gesehen werden muss - etwa in dem Gefühl der teilweisen Verbundenheit, das entsteht, wenn man zusammen feiert, isst, bestimmte negative Anschauungen teilt, sich an einigen Punkten versammelt oder gegenseitig in Situationen der Gefahr beisteht. Der Inhalt der unmittelbaren Gegenentwürfe oder eher Modifikationen der gegenwärtigen Formen des Alltagslebens wird sich in einer umfassenden Revolutionierung der Gesellschaft komplett austauschen. Dennoch ist ein Experimentieren mit neuen Verhaltensweisen

und Beziehungen unbedingt notwendig, denn um die herrschenden Verhältnisse in ihrer Gesamtheit umzustürzen, bedarf es der freien Assoziation von Menschen, die sich

selbst befreien wollen und irgendwo damit anfangen.

Damit ist es jedoch bei den aktuellen Kritikern des Bestehenden nicht weit her. Zerfallen in tausend Scherben scheint das, was einmal pathetisch „die Partei“ oder, schon etwas laxer, „die Bewegung“ hieß und heute höchstens noch „Zusammenhang“ genannt wird, vollkommen unfähig zur Assoziation. Auch von sich selbst befreienden Menschen kann nur in Ausnahmefällen gesprochen werden, wenn selbst diejenigen, die von sich behaupten, eine freie Welt zu wollen, sich den beschränkenden Verkehrsformen der Politgruppen oder Szene unterwerfen und somit Potenziale verkümmern lassen, die oft in den einzelnen, als eigenständig denkenden und handelnden Menschen, schlummern. Diese Defekte sind freilich nichts, was ausschließlich radikale Gesellschaftskritikerinnen betrifft oder gar allein auf deren persönliches Versagen zurückzuführen ist. Vielmehr setzen wir als bekannt voraus, dass Assoziationsunfähigkeit, mangelnde Individualität etc. triftige Ursachen haben, die in den allgemeinen Verkehrsformen der Epoche zu suchen



sind. Um diese kümmern wir uns aber im Folgenden kaum - zum einen, weil das nicht unser Thema ist, und zum anderen, weil der Verweis auf solche gesellschaftlichen Ursachen oft als Entschuldigung genommen wird, wenn Leute sich nicht ändern wollen.

In den letzten Jahren haben wir mit einigen anderen versucht, einen anderen Weg einzuschlagen und im Club für sich jenseits der Fraktions- und Gruppenzwänge neue Formen der Diskussion und Assoziation ausprobiert. Dies ist gescheitert. Eine Zusammenfassung dieses kleinen Experiments kann an anderer Stelle nachgelesen werden. In diesem Text wollen wir stattdessen einige im Zusammenhang mit diesem Versuch entstandene Gedanken zum Elend des radikalen Milieus darlegen und wenigstens ansatzweise ein paar Ideen skizzieren, wie diesem abgeholfen werden könnte. Angemerkt sei noch, dass wir uns, wenngleich wir aus der praktischen Bewegung kommen, in den letzten zehn Jahren hauptsächlich in theoretischen Zirkeln herumgetrieben haben. Wenn also im Folgenden von Saalveranstaltungen und Zeitschriftenprojekten und nicht z. B. von der Organisation von Demos oder Sabotageakten die Rede ist, so heißt dies nicht, dass wir bestimmte Aktionsformen gegenüber anderen privilegieren wollen, sondern lediglich, dass wir darüber schreiben, was wir am besten kennen. Dabei hatten wir hauptsächlich die linksradikale Szene in Deutschland und Österreich vor Augen; in anderen Ländern sind die Probleme teilweise anders gelagert, zumal dort, wo sich anderweitig eine tiefe Erschütterung der Macht mit eindrucksvollen Aufwaltungen ankündigt, wie in Spanien oder Griechenland.

II. Momente einer kommunistischen Totalität sind heute vorhanden, allerdings in zersplitterter Form.

Die letzte revolutionäre Welle, die in den 1960er Jahren begann, fand ihre Stärke darin, dass sie - zumindest dem Anspruch nach - eine totale Kritik der kapitalistischen Verhältnisse entwickelte. Jedoch zerfiel die damalige subversive Strömung schon bald in zahlreiche Einzelmomente. So entstanden Frauen-, Schwulen-, Umwelt-, Jugend-, Lehrlings- und einige weitere Bewegungen, die durch die Beschränkung auf ihren jeweiligen Bereich alle Gefährlichkeit einbüßten und mühelos in die alte Welt integriert werden konnten, zu deren Modernisierung sie beitrugen.

Die Fraktionen der heutigen europäischen und US-amerikanischen Linksradi-kalen haben ihre Wurzeln sämtlich in dieser revolutionären Welle von 1967ff. Sie bewahren einzelne Momente

einer Negation des Bestehenden auf und haben diese teilweise sogar weiterentwickelt - jedoch jeweils getrennt für sich, ohne sie zu einer Totalität zu vereinen. Die theoretischen Marxisten wissen, dass es ohne eine Aufklärung des Bewusstseins keine Emanzipation geben kann und bemühen sich mit geduldiger Schulungsarbeit in Seminaren und Sommercamps, alle Vorurteile über Staat, Nation, Lohnarbeit, Kapital, Familie, Demokratie und sämtliche anderen Kategorien der bürgerlichen Welt im Mühlwerk dialektischer Kritik zu zerreiben. Den Hippies der Wagenplätze, besetzten Häuser und Landkommunen ist klar, dass eine rein kopfmäßige Veränderung höchst einseitig ist; sie experimentieren daher mit verschiedenen lebensreformerischen Versuchen, um die Leidenschaften vom Zwangskorsett bürgerlicher Familien- Beziehungs- und Alltagsformen zu befreien und in harmonischere und offenere Bahnen zu lenken. Die Linkskommunisten halten die Wahrheit fest, dass die Befreiung nur von der bewussten Aktion der Produzentinnen und Produzenten selbst erkämpft werden kann, deren Lebenslagen und Handlungen sie daher aufmerksam studieren und deren implizite Negativität sie durch behutsame Interventionen zu fördern versuchen. Die aufständischen Anarchisten haben erkannt, dass es ohne radikale Minderheiten nicht gehen wird; sie möchten daher durch mutige Nadelstichaktionen die Angreifbarkeit der herrschenden Ordnung und ihrer Verteidiger sichtbar machen und rücken die Verantwortung für die Aufrechterhaltung derselben durch jede Einzelne ins Blickfeld. Die Antideutschen weisen darauf hin, dass die Beherrschten nicht nur passive Opfer der schlechten Verhältnisse sind, sondern dass sie diese nicht selten durch barbarische Akte noch unerträglicher machen. Die Antiimperialisten sprechen aus, dass es trotz der Integration von allem und jedem ins bestehende System doch einen erheblichen Unterschied macht, ob man beispielsweise in Schweden oder im Gazastreifen sein Leben fristet; sie betonen, dass ein globaler Befreiungsversuch den Kampf gegen die Dominanz der Großmächte und ihrer Militärapparate über den Rest der Welt notwendig mit einschließen muss. Die feministischen Poststrukturalistinnen zeigen die Möglichkeit der Aufhebung der bornierten Zweigeschlechtlichkeit jenseits der herrschenden heterosexuellen, monogamen Begehrensstrukturen auf. Sie formulieren die Idee von einer Welt, in der von Individualität erst ernsthaft gesprochen werden kann, weil diese nicht mehr an eine bestimmte Identität gekoppelt ist und der Mensch seine Natur je individuell formt. Die Sub-

kultur, die hauptsächlich in autonomen Zentren als Punk oder Hardcore anzutreffen ist, ermöglicht in einem mehr oder weniger geschützten Rahmen das Ausleben verdrängter sexueller und aggressiver Wünsche und Triebregungen und weist immer wieder darauf hin, dass die Versprechen der Kulturindustrie nach sexueller Befreiung, Rebellion gegen Autoritäten ohne Strafe sowie Bedürfnisbefriedigung ohne Lohnarbeit noch darauf warten, eingelöst zu werden.

Dadurch, dass die verschiedenen Fraktionen jeweils nur einzelne Aspekte der Totalität negieren, sind sie von vornherein unfähig, zu einer ernsthaften subversiven Kraft zu werden. Mehr noch: Durch die Vereinseitigung erweisen sich selbst die Einzelmomente, die oben als partielle Wahrheiten der Fraktionen herausgestellt wurden, bei näherem Hinsehen als falsch.

Die Texte der Theoriemarxisten sind oft so jargonvorhersagbar, dass man sich fragt, ob sie von einem lebendigen Menschen geschrieben oder von einem Computerprogramm generiert wurden; die Lebensreformer verstricken sich in die ungeschicktesten Widersprüche und bilden nicht selten eine Szenemoral heraus, die der bürgerlichen an Repressivität in nichts nachsteht; die Linkskommunisten changieren zwischen folgenloser Kontemplation und ebenso folgenlosem (sub)gewerkschaftlichen Aktionismus; die Insurrektionalisten landen früher oder später entweder im Knast oder sind nur mehr damit beschäftigt, Solidarität für ihre eingekerkerten Gefährten zu machen; Antids und Antiimps verkommen zu lächerlichen Karikaturen, die sich mehr oder weniger einer bestimmten Fraktion der herrschenden Mächte als imaginäre Hilfstruppen andienen. Die Poststrukturalistinnen entpuppen sich dadurch, dass sie den Begriff der gesellschaftlichen Totalität nicht anerkennen, als Bürgerrechtlerinnen, die nicht die gesellschaftliche Grundlage der (Re)produktion in Frage stellen, sondern nur ihre diskriminierenden Auswirkungen auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen. Wobei sie allerhöchstens erahnen, dass die Aufhebung der Diskriminierung einer Gruppe die Diskriminierung der nächsten direkt nach sich zieht. In der Subkultur werden Frauen ausgegrenzt und sexuelle Übergriffe sind aufgrund des Auslebens verdrängter

Triebregungen quasi notwendiger Bestandteil der Szene. Doch auch in den aus dieser Situation heraus entstehenden feministischen Varianten geht es oft nur darum, die Subkultur von Mainstreameinflüssen rein zu halten und sie mit ihrem prekären Lebensstil um ihrer selbst willen zu pflegen. Arm, aber sexy. In dieser Aufzählung haben wir sicher den einen oder anderen Splitter vergessen, aber wir belassen es dabei, da klar geworden sein dürfte, worauf wir hinaus wollen.

Der aktuelle Stand der Organisation: Die Gruppe



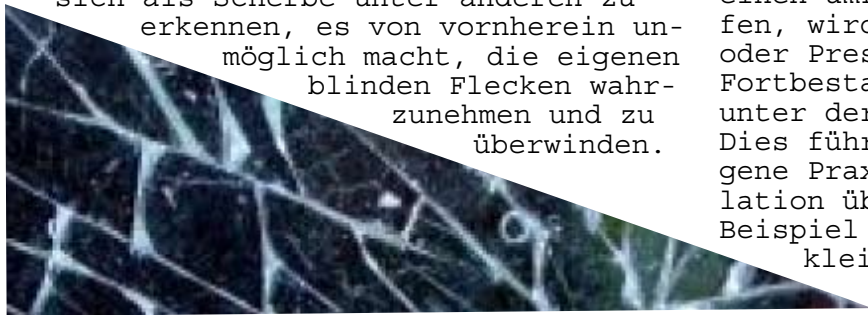
Wer sich heute als eher undogmatischer linksradikaler Mensch organisieren möchte, der wird Mitglied einer Gruppe. Diese Gruppen ordnen sich in der Regel einer der oben beschriebenen Scherben zu, sodass es z. B. linkskommunistische, anarchistische, poststrukturalistische, antideutsche, antiimperialistische

u.s.w. Gruppen gibt. Gegenüber der Partei, die heute den Ruf des Autoritären hat und des Stalinismus verdächtigt wird, gilt die Gruppe als eher zwanglos und basisdemokratisch. Jedoch bringen auch die Gruppen autoritäre Züge hervor, weshalb sie nicht nur wenig geeignet erscheinen, den Zustand der Zersplitterung zu überwinden, sondern im Gegenteil diesen oft weiter verfestigen. Es lassen sich insbesondere die folgenden konterrevolutionären Momente benennen, die den gegenwärtigen revolutionären Gruppen in mehr oder weniger ausgeprägter Form eigen sind:

Zum Ganzen aufgeblähter Teilaspekt

Der vielleicht grundlegende Mangel der Gruppen besteht darin, dass sie sich in den meisten Fällen ihrer Partikularität und Einseitigkeit nicht bewusst sind. In der Regel wird ein Teilbereich für das Wesen der Sache genommen; die Gruppen meinen, ihr jeweiliges Tun und Denken sei bereits die Totalität des revolutionären Projekts oder zumindest dessen allein Erfolg versprechende Vorbereitung. Was man selbst macht, wird als das einzig Wahre gesehen: „Wenn doch nur alle so fleißig Israel unterstützen / die heterosexuelle Matrix dekonstruieren würden wie wir!“ Bei praktischen Gruppen führt das oft dazu, sich in sog. Einpunktbewegungen zu verlieren: Kämpfe, die vielleicht ursprünglich einmal sogar ein wenig Potential hatten, über die Partikularität hinauszugehen, werden als Kampagnen weitergeführt, mit dem Resultat, dass sich die Aktivität in einen lächerlichen Reformis-

mus verliert, während man andererseits ständig von einer möglichen Radikalisierung dieser punktuell handelnden Bewegungen zu hören bekommt, die dann nie eintritt. Bei theoretisch ausgerichteten Gruppen führt dieser Alleinververtretungsanspruch manchmal dazu, dass sie meinen, in einer bestimmten gedanklichen Herangehensweise den Universalschlüssel zum Verständnis der Welt gefunden zu haben und sich nun daran machen, wie einst Eugen Dühring ein ganzes System der Wissenschaften zu erschaffen, das jeden nur erdenklichen Aspekt in ihrem eigenen Jargon wiedergibt. Diese Gruppen bilden manchmal Schulen und finden Anhänger in verschiedenen Städten. Ein Beispiel dafür wäre die Gruppe Exit mit ihrer Wert/Abspaltungstheorie oder auch der Gegenstandspunkt. - Es ist offensichtlich, dass die Weigerung der Gruppen, sich als Scherbe unter anderen zu erkennen, es von vornherein unmöglich macht, die eigenen blinden Flecken wahrzunehmen und zu überwinden.



Streben nach Reinheit

Weit entfernt davon, ihre jeweilige Vereinseitigung als Mangel wahrzunehmen und ihr durch Auseinandersetzung mit anderen Kräften entgegenzuwirken, streben die aktuellen Gruppen oder Strömungen tendenziell danach, sich rein zu halten. Zeitungen, Bücher, Internetseiten, Sommercamps oder Kongresse sollen oft nicht dazu dienen, mit anderen Menschen ins Gespräch zu kommen, sondern eine Linie vorzugeben. Wenn keine Linie erkennbar ist, sollen immerhin möglichst viele Leute mobilisiert werden, auch wenn man nicht genau weiß, wofür. Obwohl implizit immer alle gegenüber allen sehr kritisch eingestellt sind, ist explizit keine Kritik erwünscht, somit auch keine Auseinandersetzung. Auch vom Podium darf keine Kritik an den Veranstaltern kommen, denn dankbar hat die eingeladene Referentin zu sein. Denn Referenten gelten manchmal als „extern“ und haben, wie ansonsten die Ausländer, weniger Rechte. Allenfalls das Publikum mag eine gut vorgetragene Polemik, wird es doch so aus der Reserve gelockt. Als Argument gegen kritische Worte vom Podium wird gern die viele Arbeit angegeben, die von den Organisatorinnen in das jeweilige „event“ gesteckt wurde. Dabei wäre es doch ein Leichtes, nicht nur die inhaltliche, sondern auch die Orga-Arbeit

zu verteilen. Selten gibt es aktuell Diskussionen in Zeitungen oder Zeitschriften, die strömungsübergreifend sind. Lieber Zensur als Auseinandersetzung. - Der Grund für diese Haltung ist offenbar eine tief sitzende Unsicherheit über die eigenen Positionen, denn wäre man sich seiner Sache sicher, so bräuhete man die Kritik nicht zu fürchten.

Der eigene Verein als Selbstzweck

Aufgrund der fehlenden wirklichen Praxis, welche, angesichts des Ausbleibens einer aktuellen revolutionären Situation, objektiv schwer zu entwickeln ist, wird die Gruppe oft fetischistisch aufgeladen. Wichtiger als die Frage, ob eine Handlung zur Sache beiträgt, wird der Erfolg der Gruppe in der Konkurrenz zu anderen Gruppen. Anstatt die Gruppe als Hilfsmittel für einen umfassenderen Zweck zu begreifen, wird der Zuwachs an Mitgliedern oder Prestige oder auch schlicht der Fortbestand der eigenen Organisation unter der Hand zum wesentlichen Zweck. Dies führt häufig dazu, dass die eigene Praxis durch Werbung und Manipulation überhöht wird. Trifft man zum Beispiel jemanden in Athen aus einer kleinen Splittergruppe und tauscht sich aus, ist man direkt „organisiert mit internationalen Aktivisten“.

Nach außen darf an keiner Aktion Kritik laut werden. Nie darf eine Sache scheitern. Gut ist zum Beispiel, wenn viele zur eigenen Veranstaltung kommen oder der eigene Aufruf „grenz- und spektrenübergreifend“ gelesen wird. Welchen Inhalt das Ganze hatte und ob bei der Veranstaltung Leute damit angefangen haben, etwas miteinander auszuhecken, ist weniger von Bedeutung.

Nach innen hat die Überhöhung der Gruppe die Funktion, den Narzissmus der einzelnen zu befriedigen. Das Ego fühlt sich geschmeichelt, indem es das Gefühl bekommt, an etwas von Relevanz teilzuhaben; das linke Über-Ich, das beständig fragt: „Und was tust DU für die Revolution?“, wird durch die Antwort: „Na ich bin doch in Gruppe xy“ beruhigt. Dies allerdings um den Preis, dass oft schon das Herumsitzen auf einem Plenum zur Praxis hochstilisiert wird. - Hier mag, jenseits aller Gruppendynamik, ein Grund dafür zu finden sein, warum in Gruppen oft nur wenige Macher und noch weniger Macherinnen zu finden sind und viel mehr passive Mitglieder. Das ewige Lamentieren über die geringe Verbindlichkeit gehört genauso zur Gruppe wie der Frust auf die autoritären Macker. Irgendwann ist es unklar, ob die Alpha-tierchen und Papa-Schlümpfe die Autorität und die Aufgaben an sich ziehen, weil sie einfach viel machen oder weil

sie die anderen in ihrer Eigenständigkeit unterdrücken und die dann keine Lust mehr haben. Die Gruppenpsychologie weiß dazu bestimmt noch einiges zu sagen.

Verhinderung von Individualität

Die Kehrseite der Überhöhung der Organisation ist die Verhinderung der möglichen Individualität ihrer Mitglieder. Sicher sind die Menschen heute generell recht normiert, sodass es auch ohne Politgruppen mit der Individualität nicht weit her wäre. Man erlebt es aber doch immer wieder, dass junge Leute, die zwar viele Flausen im Kopf haben, aber dabei doch einigermaßen eigenwillig erscheinen, sich einer Gruppe anschließen und schon bald zu verdinglichten Funktionären werden, die eine verdinglichte Sprache gebrauchen. Schon kennen sie keine „Menschen“ mehr, sondern nur noch „Proletarisierte“, und gebrauchen bloß noch Phrasen, die dann zum geflügelten Szenewort werden, z.B., dass irgendetwas doch „kein Argument sei“. Ein beliebter „running gag“, solange es einen nicht selbst betrifft.

Dazu passt, dass es in manchen Kreisen Mode geworden ist, Texte nur noch mit Gruppennamen zu unterschreiben. Sicher trägt im Idealfall die Diskussion, die der Veröffentlichung solcher Texte vorausgeht, zur gedanklichen Klärung bei, von der alle Beteiligten profitieren. Jedoch werden dabei meist abweichende Positionen oder allzu individualistische Ausdrucksweisen herausgesäubert. Der Gruppenkonsens kann Ausschlüsse in diese oder jene Richtung kaum verkraften.

Letztendlich können in Gruppen außer den Machern nur diejenigen bleiben, für die Dabeisein alles ist, weil sie fest an die Organisation glauben, diejenigen, die keine eigene Meinung haben, oder die irgendwie Wurschtigen, die für sich eine Nische gefunden haben. Für den Erhalt oder manchmal auch für die Verteidigung der Gruppe wird dieser, wenn schon nicht alles, so doch vieles untergeordnet. Schon haben wir den Parteisoldaten geformt, dem es oft mehr darum zu gehen scheint, in einer wichtigen Gruppe zu sein, als darum, was diese real macht. Wirkliche inhaltliche Gemeinsamkeiten und Freundschaften gelten dann irgendwann als weniger wichtig als die Zugehörigkeit zur Gruppe. Klar, manche versuchen auch u-bootmäßig, die Gruppen zu unterwandern, um ihnen zu größerer Offenheit zu verhelfen. Gedankt wird es ihnen nicht. Schnell gilt man

als tragische Figur.

Das Individuum ist nichts, die Gruppe ist alles. Das führt dazu, dass sich selbst diejenigen, die sich keiner Gruppe anschließen mögen, sich nur auf eine solche bezogen sehen und sei es als Nichts. Fragt man irgendjemanden, ob er oder sie etwas Politisches macht, dann bekommt man entweder den Gruppennamen zu hören oder ein entschuldigendes Herausreden, dass man gerade in keiner Gruppe sei. Ausnahmen davon sind höchstens bekannte Autorinnen, Bloggerinnen oder Musikerinnen. Die Verwendung der weiblichen Form ist allerdings hier eher Hohn als Sichtbarmachung der Beteiligung von Frauen, denn meistens handelt es sich doch um Männer.

Solche oder ähnliche Kritik an der Gruppe wird von den Gruppen selbst oft etwas nonchalant weggewischt. Ja, ja, vieles daran würde schon stimmen, aber wenigstens tue man ja was. Das hört sich zwar stark nach Abwehr an, aber sie haben immerhin insofern Recht, dass ohne diese Gruppen die linksradikale Bewegung und die Idee des Kommunismus oder der befreiten Gesellschaft noch weniger wahrgenommen würde als jetzt schon. Genau wie auch etwas Wahres an der Bemerkung ist, dass die ewigen Kritikaster oft zu arroganten Dauernörglern werden, die auch keine Alternativen haben und oft früher oder später privatisieren.

Der aktuelle Stand der Debatte: Diskussionsveranstaltungen

Diskussionsveranstaltungen sind heute der bevorzugte Ort, wo Vertreter verschiedener Scherben aufeinandertreffen und – zumindest dem Anspruch nach – miteinander ins Gespräch kommen. Jedoch lassen die derzeitigen Veranstaltungen nicht darauf schließen, dass es ein ernsthaftes Interesse am Gespräch gibt. Eher scheint es darum zu gehen, dass ein Referent, eine Referentin, sich ausbreiten darf. Es soll in aller Breite einem mehr oder weniger interessanten Gedankengang gefolgt werden. Schon beim dritten Satz hätte man eine Bemerkung zu machen, aber erst nach einer dreiviertel Stunde darf das erste Mal eine Verständnisfrage gestellt werden. Wird dann aber gefragt, was der Mensch unter Gesellschaft, Kapitalismus oder Penisneid versteht, mag das auch wieder nicht recht sein. Lang hat man ausgeharrt, die Langeweile ertragen, darauf gewartet, dass vielleicht doch noch was passiert, dann kommt sie endlich: die Diskus-



sion. Doch was passiert: Statt einer lebendigen Auseinandersetzung gibt es ein müdes Frage-Antwort-Spiel. Streng wird darauf geachtet, dass es keine Co-Referate gibt. Eine Redeliste setzt jede spontane Diskussion außer Kraft, da es keinen Bezug mehr aufeinander geben kann, wenn man erst 10 Minuten nach Handhebung zu Wort kommt. Manchmal werden auch Fragen gesammelt, wodurch schon im Vorhinein jede Diskussion verunmöglicht wird. Die Formen, die die Diskussion strukturieren sollen, führen dazu, dass die Referenzentrierung sich noch verstärkt. Auch alle diejenigen, die nicht schon im Vorhinein verschüchtert oder verschreckt sind von der Situation, sind es jetzt erst recht. Beliebt ist auch die Delegation der Diskussion an ein Podium. Hier können dann irgendwelche Hanseln, die sich nicht zu blöd dabei vorkommen, einen Stellvertreterstreit fürs Publikum eröffnen, wobei letzteres in vollständiger Passivität verharret. Hier geht es weder um Erkenntnis, noch darum, dass Leute miteinander ins Gespräch kommen, sondern vielleicht eher um ein Schauspiel. Man weiß es wirklich nicht so genau.

Als Reaktion auf die Mängel dieser referenzentrierten Veranstaltungsformen werden mittlerweile eine Reihe von der Pädagogik entnommenen Vorgehensweisen (Karten-Malen, cluster, fish bowl, etc.) auch bei politischen Veranstaltungen verwendet, mit dem Ziel, eine stärkere Mitwirkung der Beteiligten zu erreichen. Damit ist jedoch in der Regel wenig gewonnen: Zum einen entsteht so höchstens eine Schein-Selbsttätigkeit, die nur unter Anleitung geschieht. Daraus ergibt sich der Eindruck, nicht Ernst genommen und wie Kinder behandelt zu werden. Zum anderen können auch die ausgefeiltesten Kommunikationsmethoden keinen relevanten Austausch herbeizaubern, wo kein gemeinsames Anliegen bzw. inneres Bedürfnis besteht. Es darf jedoch angesichts der derzeitigen Veranstaltungs-Langeweile nicht vergessen werden, dass immer wieder vorkommt, dass große Prediger, manchmal sogar Predigerinnen auftauchen, die alle in ihren Bann ziehen, aufwühlen und aus der Lethargie reißen. Rudi Dutschke zum Beispiel soll bis zu dem auf ihn verübten Attentat so einer gewesen sein. Die Vortrags-Form ist also nicht generell zu verdammen. Allerdings taugt die Agitation durch charismatische Persönlichkeiten, auch im besten Fall, nur für den Anfang einer Bewegung: Soll sich diese intensivieren, so ist es erforderlich, dass möglichst viele Frauen und Männer eine eigene Stimme finden und an hundert Küchentischen und Kneipentresen ihre

Gesprächspartnerinnen in Bewegung versetzen.

Abschließend ist vielleicht noch darauf hinzuweisen, dass die Veranstaltungen, wenn schon der Vortrag und die offizielle Diskussion wenig taugen, immerhin den Nutzen haben, dass unterschiedliche Leute zusammenkommen und dann hinterher in der Kneipe mitunter recht angeregte Gespräche führen können.

Beziehung der Splitter aufeinander

Mit den Diskussionsveranstaltungen wurde bereits die Frage gestreift, wie die einzelnen Fraktionen mit ihrer Zersplitterung umgehen bzw. wie sie auf andere Scherben reagieren. Dies soll nun genauer betrachtet werden. Es gibt dabei zunächst die Umgangsformen, welche den Zustand der Zersplitterung nicht infrage stellen.

Dazu gehört erstens die wechselseitige Ignoranz: Die jeweiligen Fraktionen sind sich selbst genug und kümmern sich nicht weiter darum, was andere Subversive tun oder denken. Diese Haltung ist sowohl bei Individuen als auch bei Gruppen oder ganzen Strömungen zumeist eine spätere Erscheinung: Nach einer Zeit des Suchens, der Auseinandersetzung und der Abspaltungen meint man, „den richtigen Weg gefunden“ zu haben, an dem man nun stur festhält. Da man sich so die Gefahr des Infragegestelltwerdens erspart, führt diese Einstellung zur Stagnation und geht mit einer Verknöcherung des Denkens, der Sprache und der Umgangsformen einher.

Eine zweite, weit verbreitete Umgangsweise der Linksradiakalen untereinander ist die gegenseitige Missionierung. Sie erkennt den Zustand der Zersplitterung formal an, indem sie feststellt, dass es Linksradiakale gibt, die etwas anderes tun oder sagen als man selbst. Da sie sich jedoch bereits selbst für eine fertige Totalität hält, meint sie, lediglich quantitativ wachsen zu müssen, indem sie die anderen Fraktionen des linken Milieus wie auch den Rest der Bevölkerung davon überzeugt, sich der eigenen Praxis anzuschließen und exakt das zu tun, was man selbst macht. An unserem Wesen soll die Welt genesen. Anders als bei der wechselseitigen Ignoranz findet hier in gewissem Maße eine Auseinandersetzung statt, die jedoch wenig produktiv ist, da die Infragestellung immer nur auf der Seite des Missionierungsobjekts stattfindet; die Waffen der Kritik nur auf den Gegner angewandt werden, nicht aber auf die eigene Position.

Die dritte in diesem Zusammenhang zu nennende Beziehung ist der Kampf bis aufs Messer: Hier wird eine bestimmte Position als dermaßen falsch und

gefährlich angesehen, dass ihre Vertreter nicht mehr als Missionierungsobjekte in Betracht kommen. Es geht dann darum, die entsprechenden Leute aus der linksradikalen Familie auszu stoßen, indem man sie denunziert, isoliert, aus Treffpunkten herausschmeißt oder auch verprügelt. Dabei wird meist die Haltung zu einem isolierten Problem zu einer Frage „ums Ganze“ aufgeblasen, welche, ungeachtet aller anderen Lebensäußerungen der betreffenden Person oder Gruppe, allein darüber entscheiden soll, ob jemand „richtig“ oder „falsch“ liegt, „dazugehört“ oder nicht. Solche Einzelphänomene waren in letzter Zeit z.B. die Bewertung des Staates Israel, die Einschätzung dieser oder jener kriegerischen Auseinandersetzung oder die Frage, ob man einen bestimmten Vorfall als Vergewaltigung ansieht oder nicht. Die Folgen einer solchen Vorgehensweise liegen auf der Hand: Schwarz-Weiß-Denken, Verengung der Wahrnehmung, spiegelbildliche Vereinseitigung der Kontrahenten. Erfolgreich sind solche Ausmerzungskampagnen nicht: Weder hat der Herauswurf von wirklichen oder vermeintlichen Vergewaltigern den Sexismus aus der autonomen Szene verbannt, noch konnten die Feldzüge gegen Antideutsche und Antiimperialisten die Linke von vermeintlichen oder wirklichen Kriegstreibern bzw. Antisemiten reinigen. Der Mangel dieser Versuche besteht darin, dass hier objektive Widersprüche als subjektive Verfehlungen von Individuen oder Gruppen verharmlost werden. Es wird eine Personifikation gesellschaftlicher Widersprüche betrieben, welche einem die Auseinandersetzung mit allgemeinen, also auch einen selbst betreffenden Problemen erspart.

Versuche der Aufhebung der Zersplitterung, die auf dem Boden der Zersplitterung verbleiben

Neben den oben beschriebenen – recht bewußtlosen – Umgangsweisen mit der Zersplitterung wird unter den Scherben zuweilen auch das Bedürfnis formuliert, zu einer höheren Form der Organisation zu gelangen. Die beliebteste Form heutiger Assoziationsbemühungen, die über die Gruppe hinausgehen, ist das Bündnis. Dieses gibt es in zwei Varianten: Einmal als dauerhafte Zusammenkunft von Gruppen sehr ähnlicher Ausprägung, die sich auf eine inhaltliche und/oder praktische Linie einigen. Die Gruppen stammen dabei oft aus verschiedenen Städten oder Ländern. Dies wird bevorzugt vor der Zusammenarbeit mit Leuten aus der gleichen

Stadt, die nicht derselben Strömung angehören – was noch einmal den Hang zur Ghettobildung und Reinhaltung des eigenen Milieus unterstreicht. Die eigene Partikularität wird nicht als solche eingestanden, stattdessen versucht man, durch den Zusammenschluss mit ähnlichen Partikeln zu einer Art Riesen-Scherbe zu werden. Im Übrigen gelten hier dieselben Gesetzmäßigkeiten wie bei der Gruppe. Bei der anderen Variante besteht das Bündnis aus verschiedenen Scherben. Die Splitter bleiben hier wie sie sind, finden sich aber zeitweilig zusammen, z.B. für eine Kampagne oder zur gemeinsamen Aktion. Dazu gibt es einen Bündnisauf Ruf, der so allgemein gehalten ist, dass alle damit leben können und der deshalb schlechter ist als jede einzelne Gruppe für sich. Auch hier wird die Zersplitterung nicht wirklich überwunden, da die Widersprüche nicht ausgetragen, sondern zugunsten einer formalen, nichtssagenden Einheit unter den Tisch gekehrt werden.

III. Was tun zur Überwindung der aktuellen Misere?

Das Zerfallen der Bewegung in Scherben muss kein Unglück sein, wenn die jeweiligen Scherben die abgespaltenen Anteile ihrer selbst erkennen und aufnehmen. Ziel müsste es sein, eine subversive Kraft zu schaffen, die die vorhandenen Splitter in sich aufhebt und dabei vollständig verwandelt. Dies ist das Gegenteil von allseitiger Akzeptanz und Toleranz, sondern bedeutet Streit. Also kein all-linker Pluralismus, dem es nur darum geht, dass alle etwas mehr miteinander reden, sondern im Gegenteil das Eingeständnis, dass alle Splitter gleich wenig taugen und dass, wenn sie sich nur gut verstehen würden, dies auch nichts an ihrer Unzulänglichkeit ändern würde. Verhärtete Fronten können jedoch nur aufgebrochen werden, wenn man immer wieder das eigene Selbst und seine Gewissheiten in Frage gestellt, sonst ist keine Veränderung möglich. Danach scheinen jedoch nicht allzu viele zu streben, denn aktuell hängen die meisten, wenn schon nicht so fest an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen, so doch an den bestehenden Gruppen und der je eigenen Ideologie. In seltenen Fällen wird diese Aufhebung von Protagonisten der einzelnen Scherben selbst bewerkstelligt werden, wahrscheinlicher ist vielleicht, dass dritte Protagonisten auftauchen, die die Scheinwidersprüche der letzten politischen Generation von vornherein nicht akzeptieren. Trotzdem können Einzelne in diesem Prozess in der

Lage sein, mit der neuen Entwicklung teilweise Schritt zu halten. Am ehesten geeignet, eine Änderung herbeizuführen, scheinen daher diejenigen zu sein, die mit den bisherigen Gruppen unzufrieden sind und eine neue Form der Zusammenarbeit wünschen. Oder fast noch besser: Menschen, die sich bisher in keine Gruppe hineinzwängen wollten. Solche, die zwar mit bestimmten allgemeinen Inhalten sympathisieren, aber ein Problem mit den oft autoritären Strukturen und dem Zwang zur Identifizierung und zur Einhaltung einer Linie haben.

Die eigene Partikularität erkennen

Der erste Schritt zum Besseren bestünde schlicht und einfach darin, zu erkennen bzw. sich einzugestehen, dass man selbst nicht mehr als eine Scherbe ist. Der Hochmut gegenüber anderen könnte dann ebenso abgelegt werden wie die Abwehr von Selbstkritik. Widersprüche - z.B. zwischen Revolution und Reform oder Antifaschismus und Kommunismus - könnten als in der Sache liegend erkannt werden und würden nicht mehr als bloße Denkfehler des Gegenübers abgetan. Erst unter der Voraussetzung dieser Selbsterkenntnis könnte das Experimentieren mit anderen Formen beginnen.

Miteinander reden, essen, leben

Erst einmal muss klein angefangen werden, denn selbst die Kontaktaufnahme ist nicht die leichteste Aufgabe. Es müssen Orte geschaffen werden, die ein Zusammentreffen negativer Geister unterschiedlicher Art ermöglichen. Dies könnten z.B. Kneipen oder Cafés sein, die nicht schon von vornherein als Stammlokale einer bestimmten Strömung gelten. In Ermangelung solcher Treffpunkte können die Kneipenabende nach den „offiziellen“ Veranstaltungen zur Kontaktaufnahme und -vertiefung genutzt werden; auch Partys und Essenseinladungen sollten zu diesem Zweck nicht unterschätzt werden. Zumal sich etwas zusammenbrauen muss, jenseits von theoretischen Erkenntnissen, und das passiert üblicherweise in sich überlappenden und durchdringenden gemeinschaftlichen Lebenszusammenhängen von den Schlafzimmern über die Küchen und Wohnzimmer zu den Partys und Kneipen. Solche Zusammenhänge sind immer die nötigen Voraussetzungen bestimmter praktischer Erhebungen.

Die üblichen Vortrags- und Diskussionsformen haben sich als weitgehend untauglich erwiesen. Anstatt einen Starredner einzuladen, weil dieser Publikum „zieht“ und dabei nur eine passive Zuhörerermasse anlockt, ist es besser, wenn jemand aus dem Bekanntenkreis selbst ein paar provisorische Thesen zum betreffenden Thema formu-

liert. Es gibt ja meist genug Leute, die sich mit diesem oder jenem auskennen oder gerade an einem Ort waren, von dem es sich zu berichten lohnt. Durch die vorherrschenden Regelungen zur Strukturierung der Diskussion wird heute jede lebendige Debatte im Keim erstickt. Klar, der Mensch ist des Menschen Wolf, und Regeln sind Zeichen der Zivilisation. Aber könnte es nicht möglich sein, hier in noch höhere Sphären zu gelangen? Das sich selbst produzierende männliche Wesen kann vielleicht auch in die Spur gebracht werden, wenn alle ein wenig auf ihr Redeverhalten achten, und eine Redeleitung nur dann eingreift, wenn jemand nicht wahrgenommen wird und andere sich zu sehr in den Vordergrund drängen.

Bei den heutigen Publikationsorganen wäre man schon froh, wenn die Zensur durchlässiger wäre, und nicht alles nach Linie publiziert werden müsste. Lieber eine Gegenposition im Heft veröffentlichten, als einen eingereichten Artikel mit Zensur zu belegen. Viel eher müssten jedoch Publikationsorgane so geschaffen werden, dass es in ihnen möglich wäre, eine offene Diskussion über Strömungsgrenzen hinweg oder besser jenseits derselben zu führen.

Umfassende Diskussion und beginnendes Experimentieren

Die Diskussion sollte umfassend sein. Sie sollte nicht nur an der Theorie der Gesellschaft erarbeitet werden, sondern auch Fragen des Lebensstils, der Form, des Inhalts und der Taktik betreffen, denn alle Bereiche bedürfen einer komplette Umwandlung. Es geht um Fragen des Geldbeschaffens, der Arbeit, der Liebe und des Kinder-aufziehens, der Freundschaften, des Zusammenlebens. Wie kann eine konkrete Solidarität aussehen, die niemanden überfordert? Wie kann mit den Lebensformen experimentiert werden, ohne dass daraus ein Programm entsteht? Niemand muss schon alles klar haben und schon jetzt „befreit“ leben, um darüber reden zu können oder einige zögerliche Schritte zu unternehmen. Es darf hier auch keine Norm geben, z.B., dass Lohnarbeit so weit wie möglich unterlassen werden soll. Zwar ist Arbeit, wie die Familie, eine große Integrationsmaschine, doch kann das prekäre Leben von staatlichen Sozialleistungen und Containern auch sehr zermürbend sein. Wichtig ist es, darauf zu reflektieren, was die jeweiligen Lebensbedingungen aus einem machen und wie weit man sich durch diese Bedingungen bestimmen lässt. Denn es ist nicht nur der Zeitfaktor, der einen von der Arbeit zermürbt und ausgelaugt zurücklässt, sondern vor allem auch die notwendige Identifikation mit

der Arbeit, die mit den Idealen einer Anarchistin oft wenig zu tun haben. Hier kann es sicherlich auch sinnvoll sein mit Leuten, die einem ähnlichen Beruf nachkommen, darüber zu reden, wie damit ein Umgang gefunden werden kann.

Das führt direkt zu einem weiteren Problem, welches die Frage des revolutionären Übergangs betrifft. Es kann eben nicht mehr wie noch in der alten Arbeiterbewegung davon ausgegangen werden, dass einfach nur die Produktionsmittel angeeignet werden müssen, sondern oftmals erweisen sich Produktionsmittel als komplett ungeeignet oder benötigen eine vollständige Umwandlung. An Sparkassen und Versicherungen sind vielleicht wirklich nur die Computer zu verwenden, und die aktuelle Form der Energieversorgung läuft darauf hinaus, die Welt in einen für Menschen unbewohnbaren Ort zu machen. Und so sind solche, die sich hier mit Alternativen beschäftigen, auch eine Scherbe, selbst wenn sie sich dessen wie auch ihrer Teilhaftigkeit an einem radikalen Zusammenhang gar nicht bewusst sind.

Sich Organisieren

Nachdem so viel Kritik an der Organisationform der Gruppe geübt wurde, drängt sich die Frage auf, wie eine sinnvollere Kooperation aussehen kann. Wichtiger als die formale Organisation ist dabei, dass wirkliche Bindungen zwischen Individuen entstehen. Sofern sich ein gewisser Gemeingeist herausbildet, ist es weder notwendig noch wünschenswert, dass die kooperierenden Individuen in allen Punkten das gleiche denken oder tun. Besser, als sich auf wöchentlichen Plena den Kopf zu zerbrechen, womit die Gruppe sich als nächstes beschäftigen könnte, scheint es uns, sich von vornherein nur für ein zeitlich begrenztes Projekt zusammenzufinden und sich dann zu treffen, wenn es nötig ist. Besser, als sich monatelang über ein theoretisches Grundsatzprogramm zu streiten, ist es, durch eine gemeinsame Praxis herauszufinden, mit wem man wie kooperieren kann. Auch hier sollten jedoch keine Dogmen aufgestellt werden. Wirkliche Lösungen müssen, wie bei allem anderen auch, erst noch gefunden werden.

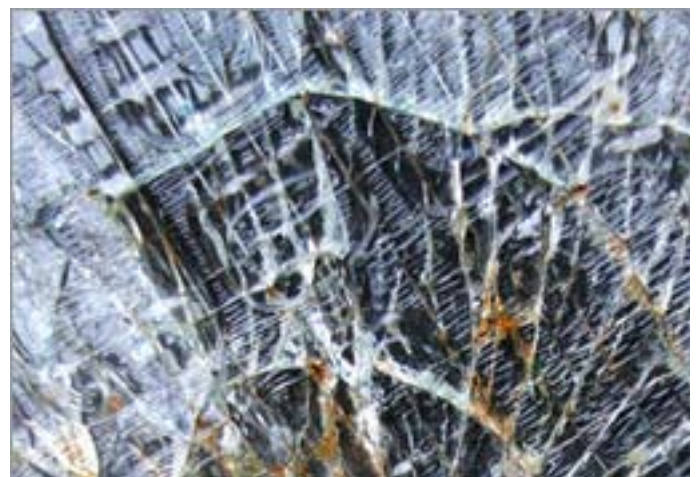
Der nächste Schritt

Trotz ihres beklagenswerten Istzustandes halten wir es nicht für ausgeschlossen, dass sich aus gegenwärtigen radikalen Splittergruppen Leute finden werden, die ihre fragmentierte Starrheit überwinden und sich zur Totalität eines wirklichen revolutionären Projekts zusammenfügen. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass, ähnlich wie auch bei der Revolution selbst,

nicht der bloße voluntaristische Akt die Scherben durcheinanderwirbeln und sich erneut aufeinander beziehen lassen wird, sondern dass dazu ein eruptiver Impuls von außen nötig ist. Sei es das Auftauchen einer neuen revolutionären Kraft oder ein historisches Ereignis, dem man sich nicht entziehen kann und will. Man darf nämlich nicht vergessen, dass auch die radikale Szene insgesamt in Bezug auf die Gesamtgesellschaft nur eine Scherbe ist und dass auch alle anderen Sektoren der Gesellschaft in Bewegung geraten müssen, wenn eine wirkliche Umwälzung stattfinden soll. Die hier aufgeworfenen Fragen stellen sich daher etwa in Barcelona oder Athen viel konkreter, da sich die Radikalen dort plötzlich einem Resonanzkörper gegenübersehen, indem breite Sektoren der Gesellschaft durch die Krise bedingt in konfusen Aufruhr geraten. Insbesondere zeigt sich dort aber auch, dass die noch der Ebbe entsprungenen Gruppierungen, Strömungen oder die Szenen mitnichten in der Lage sind, mit der aufflackernden gesellschaftlichen Unruhe mitzuhalten.

Es kann aber auch gut sein, dass die heutigen Gruppen eine solche Situation vollkommen verschlafen, weil sie zu sehr damit beschäftigt sind, ihren eigenen Status quo zu erhalten. Diejenigen aber, die sich mitreißen lassen und dabei alle jetzigen Sicherheiten über Bord werfen, könnten zu etwas Besserem beitragen. In der Hitze der Auseinandersetzung kann es jedoch manchmal von Vorteil sein, sich schon länger mit den auftretenden Fragen und Antagonismen auseinandergesetzt zu haben. Letztendlich kommt es unmittelbar auch nicht auf die Anzahl alleine an, sondern viel mehr darauf, dass etwas Neues, etwas Kraftvolles entsteht, das in der Lage ist, einige Löcher in die alte Ordnung zu reißen, sodass sich überhaupt freie Alternativen abzeichnen können.

Einige Individuen aus dem ehemaligen Club für sich, Juli 2012

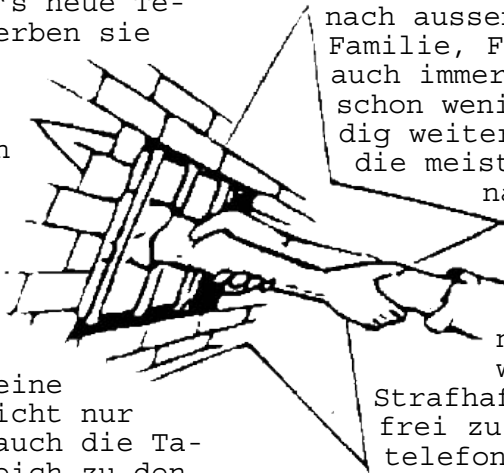


Telio - Profit hinter Gittern

In der JVA Tonna (Landkreis Gotha) sind einige Gefangene in einen Hungerstreik getreten. Sie kämpfen gegen die Einführung eines neuen Fernseh- und Telefonsystems der Firma Telio Communication GmbH. Telio ist kein unbekannter Akteur in deutschen Knästen. Seit Jahren baut das Hamburger Unternehmen in den JVA's neue Telefonanlagen ein. Online werben sie damit, bereits in über 70 JVA's vertreten zu sein. Dabei wirbt das Unternehmen auch mit teils perfiden Werbesprüchen, die einige Gefangene als provokation ansehen. Im Fazit heisst es für Gefangene aber: mehr Gesprächsüberwachung, eingeschränktere Anrufe, normierte Kontrolle. Am meisten steht aber eine Preissteigerung an, denn nicht nur der Anschluss ist teurer, auch die Tarifeinheiten sind im Vergleich zu den Tarifen ausserhalb der Knäste enorm teuer. Zeitgleich bleiben die Löhne in deutschen Gefängnissen auf dem selben beschissenen Stand, ganz unten. Seit der Einführung von Privatfernsehn auf den Zellen in deutschen Gefängnissen ist es spürbar ruhiger geworden innerhalb der Mauern. Die Beballerung mit dem Müll der meisten Medien, scheint jede subversive Tätigkeit zu minimieren. Gut, dieser Zustand ist ausserhalb der Knäste auch spürbar. Fest steht, und das bestätigen auch ältere Insassen, seit der Zulassung von Fernsehern auf den Zellen haben die organisierten und spontanen Revolten innerhalb der Knäste fast komplett abgenommen. So erscheint es um so interessanter, das genau zu diesem Thema Gefangene in der JVA Tonna einen Hungerstreik beginnen, um so für eine bessere Programmauswahl und niedrigere Kosten zu protestieren. Was Mensch auch vom Fernsehprogramm hier zu Lande halten mag, es ist für Gefangene eine Verbindung nach draussen, zumindest in eine Richtung. Viele hinter Gittern äussern sich ähnlich, durchbricht doch der Fernseher die ständige

Stille auf der Zelle.

Die Isolation hinter Gittern macht einsam. Die Welt draussen dreht sich weiter und das auch gefühlt immer schneller. Viele Menschen verdrengen die Gedanken, das jenseits der Mauern, innerhalb der Knäste Menschen sitzen, die dass Bedürfniss haben Kontakte nach aussen zu halten. Sei es die Familie, Freund_innen, oder wer auch immer. Werden die ohnehin schon wenigen Möglichkeiten ständig weiter erschwert, verlieren die meisten Insass_innen schon nach wenigen Monaten einen Großteil der Verbindungen nach draussen. Wird in der Untersuchungshaft das telefonieren noch streng überwacht, gibt es in der Strafhaft eigentlich das Recht frei zu telefonieren.



In offenen Vollzugsanstalten, in denen meist Bargeld erlaubt ist, kassiert die Deutsche Telekom am meisten ab. Sie stellt die Telefonzellen zur Verfügung, in denen oft hunderte von Gefangenen telefonieren müssen. Dabei zahlen die Gefangenen sich dumm und dämlich. Oftmals führen die Gefangenen die Gespräche nicht mal aus Spaß an der Freude, denn auch sämtliche amtlichen, oder berufsmässigen Gespräche, etwa zur Jobsuche, müssen über die Apperate geführt werden. Ist durch den Preiskampf der Telefonprovider in den letzten Jahren auch der Preis für ein Gespräch enorm gesunken, so herrschen hier weiterhin Preise, wie zu Zeiten der gelben Post. So landen oft hunderte von Euro im Münzschlitz. Ganz anders hingegen in der Strafhaft. Die Firma Telio Communication GmbH (Holsteinstraße 205, 22765 Hamburg) hat es sich wohl zur Aufgabe gemacht, in sämtlichen deutschen Gefängnissen das Telefonsystem zu stellen. Sie statten die JVA's mit einem „Fernseh- und Multimedia-Telefonsystem“ aus. Was zunächst als Verbesserung verstanden werden könnte, stellt sich bei näherer Betrachtung einzig als Modernisierung der Kontrollmechanismen der Justiz da. Doch zunächst ein paar Slogans aus der Broschüre von Telio:

**„Er gibt gute Gründe, Gefangene gelegentlich Wählen zu lassen:
- Gefangenentelefone als Beitrag zum Anstaltsfrieden
- virtuelle Abrechnung der Gespräche ohne Telefonkarte, dadurch Verhinderung des Tauschhandels**



-einfaches Mithören, Aufzeichnen und Protokollieren

Das Phonio Telefonsystem. Weil Insassen viel länger auf dem Teppich bleiben, wenn sie gelegentlich abheben dürfen!"

Konnte in vielen Knästen durch den Schnuggel von Handys die Zensur von freiem Telefonieren noch umgangen werden, machen Handyblocker wie sie z.B. in Berlin eingesetzt werden, das ungehinderte Telefonieren unmöglich. Dazu installierte in der JVA Plötzensee die Berliner Firma SCP Systems (Planungsbüro) moderne und durch Software nachrüstbare Handyblocker. Schon nach wenigen Wochen Test, sollen nun auch in der JVA Berlin-Moabit die Blocker installiert werden. Nun sollen also alle über Telio telefonieren. Und das funktioniert so: Der oder die Gefangene bekommt bei der Aufnahme oder der Erlaubniss telefonieren zu dürfen, einen Account der Firma Telio. Auf diesen kann dann Geld eingezahlt werden. Angerufen können dann nur Nummern werden, die vorher durch schriftliche Einwilligung der Angerufenen, das die Gespräche mitgeschnitten und abgehört werden dürfen (kein Witz!). Nun darf der oder die Gefangene dann in den Umschlusszeiten die Telio Telefonzellen benutzen. Diese werden auf den Gängen, meist in der Nähe der Schliesser_innen installiert. Gespräche wie die Seelsorge, Anwälte_innen, oder die AIDS Hilfe, sollen laut Telio auf Wunsch „per Knopfdruck“ anonymisiert werden können. Wir vertrauen dieser Zusage jedoch nicht, da für die gesamte Administration die Schliesser_innen bei der Einrichtung des Accounts zuständig sind und in der Praxis dann schnell mal ein Häkchen nicht gesetzt wird.

Als Belohnung für besonders vertrauens-erweckende Gefangene, gibt es dann auch die Möglichkeit eines Zellentelefonats. So kann auch die Privatsphäre bewahrt werden. Da dies natürlich misstrauen unter den Mitgefangenen erweckt, soll diese Variante in modernen JVA's zur Grundausstattung werden. Nur eben, dass die meisten Knäste in Deutschland alles andere als modern sind, eher stinkende Löcher. Telio bietet wie in der JVA Tonna, oder auch in Berlin (Moabit, Plötzensee, Moabit, Lichtenberg und Pankow) das Fernsehprogramm an. Dafür wird dann das bestehende System nachgerüstet, oder komplett neu aufgebaut. Fremdsprachige Programme müssen von nun an extra dazugebucht werden. Zur Erin-

nerung, die überwiegend meisten Gefangenen in Deutschland sind nicht deutschsprachig, oder Migranten. Also für Telio eine enorme Zusatzeinkunft. Ebenfalls auf Wunsch mit im Paket für die JVA's, transparente Geräte wie Fernseh- oder Radios. Diese lassen sich leichter kontrollieren. So wird

es auch nicht mehr lange dauern, bis flächendeckend nur noch die Fernseh- der JVA's erworben werden können. Natürlich zu überhöhten Marktpreisen. Aber ganz gewiss bedeutet das Engerement von Telio eine enorme Preissteigerung für die Gefangenen. So muss mittlerweile in den meisten Knästen ungefähr 15-18 Euro für den TV Empfang bezahlt werden. Der Telio Account kommt dann noch zusätzlich dazu. Bei einem überaus normalen Telefonverhalten können so dann schnell mal 50-100 Euro zusätzlich zu Buche schla-

gen. Angesichts eines durchschnittlichen Einkommens bei einem Vollzeitsjob hinter Gittern von 150-211 Euro ein enormer Luxus.

Es ist zum kotzen das Firmen wie Telio enorme Summen verdienen, mit dem Bedürfnis von Menschen nach Kommunikation und Kontakten, die die Isolation innerhalb des Systems Knast durchbrechen. Deshalb heißen wir Telio willkommen im Club der Unternehmen wie Sodexo, Selecta, Deutsche Telekom, Wisag und Edeka. Sie alle eint, Profit zu machen mit dem Leid von anderen Menschen. Profit zu machen in Knästen. Sie verdienen unsere vollste Aufmerksamkeit!

Für mehr praktische Solidarität mit den Gefangenen in den Knästen!

Freiheit, Liebe und Mut an die hinter Gittern!

Freiheit für Sonja und Christian!

Hydra, 28.09.2012

<http://edition-hydra.com>



Was bleibt ist die bedingungslose Freilassung...

In Deutschland sind knapp 71.000 Menschen in Gefängnissen eingesperrt. Einer von ihnen ist Thomas Meyer Falk, seit 16 Jahren wegen Bankraub und Geiselnahme inhaftiert, ca. 11 Jahre davon in Isolationshaft. Im Juni 2013 läuft seine Haftzeit ab, danach soll er in die Sicherungsverwahrung. Dem wollen wir uns entgegenstellen! Wir fordern seine bedingungslose Freilassung und möchten euch dazu aufrufen dies mit Aktionen und Flugblättern zu unterstützen.

Wir wissen, dass wir uns mit dieser Forderung in Widersprüche begeben. Widersprüche, die aus den eigenen Ansprüchen der politischen Arbeit heraus erwachsen. Widersprüche, die trotz langer Diskussionen für uns auch nur zum Teil gelöst werden konnten. Es sind Widersprüche, die sich in dem Spannungsfeld zwischen unserer Gesellschaftskritik und dem Wunsch nach direkter Solidarität bewegen.

Wir fordern die Abschaffung aller Knäste. Darum kritisieren wir nicht alleinstehend die Situation in den Knästen, fordern nicht die Einstellung einzelner Bereiche oder die Veränderung der Haftbedingungen. Denn es geht uns nicht um die Reformierung eines Systems, dass von Grund auf verkehrt ist, sondern um dessen Abschaffung. Dass hierfür die bestehenden Verhältnisse auf den Kopf gestellt werden müssen, ist uns bewusst. Erst eine herrschaftsfreie Gesellschaft wird das Bewusstsein und den Willen erlangt haben das System von Strafen, Unterdrückung und Ausbeutung abzuschaffen. Denn nur wer von einer befreiten Gesellschaft träumen kann, kann sich auch vorstellen, dass es möglich ist, dass irgendwann kein Mensch gegen einen anderen handeln wird.

Es geht uns weniger um die einzelnen Gefangene_n, als vielmehr um eine Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft, in der Knast eine wichtige Komponente der Herrschaftssicherung darstellt. Trotzdem finden wir es richtig auch auf Entwicklungen und Sachverhalte innerhalb des Knastsystems einzugehen, sie öffentlich zu machen und dadurch eine Diskussion um die Rolle von Knast im Allgemeinen zu bewirken (Solche Themen sind z.B. Zwangsarbeit in den Knästen und die zunehmende Privatisierung).

Zudem denken wir, dass trotz unseres Anspruches, es auch darum gehen sollte eine Verschlechterung der eh miserablen Bedingungen im Knast nicht einfach nur zu registrieren, sondern möglichst auch zu verhindern. Die Solidarität mit Menschen im Knast und ihren Kämpfen, auch wenn es sich scheinbar oft

erst einmal nur um die Verbesserung einzelner Bereiche handelt, ist wichtig und darf für uns, trotz des Blickes auf das Ganze, nicht aus den Augen verloren werden. Denn jeder Akt des Widerstandes unter der Bedingung des Inhaftiertseins, ist auch eine Revolte gegen das System Knast an sich. Die Gefangenen haben sich diesem bedingungslos zu unterwerfen und jede Form des Aufbegehrens dagegen, von der Eingabe von Beschwerden bis zum Hungerstreik, werden vom System als Angriff gewertet und dem entsprechend bekämpft.

Aus diesen Vorstellungen heraus und auch aus dem Anspruch keine Trennung zwischen sozialen und politischen Gefangenen zu machen, jetzt die Freiheit für einen einzelnen Inhaftierten, für Thomas Meyer Falk, zu fordern steht dem oben Formulierten zum Teil gegenüber. Denn die Freiheit eines einzelnen zu verlangen, schließt letztendlich alle anderen aus. Zwar ist er von der Sicherungsverwahrung bedroht, doch da ist er nicht der einzige, so wie er auch nicht der einzige Gefangene ist, der in Isolationshaft war.

Warum fordern wir seine Freiheit dann doch?

Darüber haben wir sehr lange geredet. Vielleicht machen wir es einfach aus dem Prinzip der Solidarität heraus. Solidarität mit einem rebellischen Menschen, der in seiner Entschlossenheit und Ausdauer für uns motivierend ist. Niemand von uns wüsste wie er_sie in seiner Situation handeln würde. Niemand von uns könnte sagen, wie Knast und Isolationsfolter auf ihn_sie wirken würde und niemand von uns könnte sagen, dass er_sie über so viele Jahre in einem System, der totalen Überwachung und Kontrolle, der Reglementierung und Sanktionierung, weiter kämpfen würde.

Vielleicht haben wir uns aber auch dafür entschieden, weil wir in der Diskussion darüber auf viele andere Themen und Bereiche gestoßen sind, die in den letzten Monaten in der öffentlichen Diskussion standen (wie z.B. die Sicherungsverwahrung) oder aber immer wieder Teil unserer Auseinandersetzung um Knast und unserer Arbeit dagegen waren. Wir denken, dass Thomas Meyer Falk anhand seiner Geschichte beispielhaft für viele andere Gefangene stehen kann und so, in dem Zusammenhang mit der Forderung nach seiner Freilassung, auf die unterschiedlichsten Bereiche, wie Isolationshaft, Sicherungsverwahrung und Pathologisierung hingewiesen werden kann und darin dann auch die Situation anderer Gefangener benannt werden muss.

Neben den oben genannten Gründen müssen wir uns natürlich auch eingestehen, dass Thomas Meyer Falk, trotz der Vorgabe, keine Trennung zwischen den Gefangenen zu machen, uns politisch nahe steht. Die Situation, dass eine ein Genossin_Genosse für seine Ideen und Träume, als Konsequenz für sein Handeln für so viele Jahre in den Knast gesteckt wird ist immer schmerzhaft, die Vorstellung aber, wie bei Thomas Meyer Falk, dass dies auch für immer sein kann, ist kaum mehr zu ertragen.

Auch hier ist er ein Beispiel dafür, wie sich die bürgerliche Gesellschaft unliebsamer Personen entledigt und wie leicht es in diesem System fällt Menschen, eben gerade auch wegen ihrer politischen Identität, hinter den Knastmauern verschwinden zu lassen. Auch wenn er noch eine Stimme hat, die wir in seinen Texten vernehmen können, ist er doch nur noch bedingt Teil der Diskussion draußen und der Schritt ihn gänzlich verstummen zu lassen wäre nur ein kleiner. Viele Gefangene sitzen in den Knästen, in Sicherungsverwahrung oder in der Forensik ohne Kontakt, ohne die Möglichkeit ihre Situation nach Außen zu tragen, mit Medikamenten still gestellt oder in Isolationshaft. Die Mittel die Menschen in den Knästen verstummen zu lassen, sie zu brechen sind zahlreich.

Isolationshaft...

Gerade das Letztere, die Isolationshaft, auch Weiße Folter genannt, ist dabei gängige Praxis. Im Kampf gegen politische Gefangene, in den deutschen Hochsicherheitsgefängnissen, in den 70igern ausgereift (aber auch schon zuvor eingesetzt), wurde und wird diese Folter genauso gegen alle anderen Inhaftierten angewandt. Orientiert an den deutschen Hochsicherheitsgefängnissen ist diese Form der legalen und „sauberen“ Folter mittlerweile in vielen Ländern Standard (F-Typ-Gefängnisse in der Türkei oder die Supermax-Gefängnisse in den USA). Ungeachtet irgendeiner Öffentlichkeit werden Menschen 23 Stunden am Tag (oder auch mehr) in Zellen von manchmal nur 8 m² gepfercht, ohne Tageslicht oder mit kleinen Fenstern, die nur die Sicht auf ein kleines Stück Himmel ermöglichen. Diese Zellen sind oft noch schallisoliert, sodass selbst die schwierige und spärliche Kommunikation zwischen den Zellen unmöglich gemacht wird und verhindert wird, dass ein Geräusch aus der Außenwelt in die Zelle

dringen kann. Zudem wird der Kontakt nach außen meist noch zusätzlich eingeschränkt oder gänzlich unterdrückt. In einigen dieser Knästen ist persönlicher Besitz auf den Zellen verboten und das Inventar besteht aus im Boden verankerten Stahlbetonmöbeln.

Die Auswirkungen der Isolationshaft auf einen Menschen sind meist fatal, sie können sich physisch wie psychisch äußern und sind häufig irreparabel. In einem Brief aus dem Knast schrieb Ulrike Meinhof (Aktivistin aus der RAF) über die Isolationshaft:

„das Gefühl, es explodiert einem der Kopf (das Gefühl, die Schädeldecke müsste eigentlich zerreißen, abplatzen) das Gefühl, es würde einem das Rückenmark ins Gehirn gepresst, das Gefühl, das Gehirn schrumpelte einem allmählich zusammen, wie Backobst z.B.

das Gefühl, man stünde ununterbrochen, unmerklich, unter Strom, man würde ferngesteuert - das Gefühl, die Assoziationen würden einem weggehackt - das Gefühl, man pißte sich die Seele aus dem Leib, als wenn man das Wasser nicht halten kann - das Gefühl, die Zelle fährt. Man wacht auf, macht die Augen auf: die Zelle fährt; nachmittags, wenn die Sonne reinscheint, bleibt sie plötzlich stehen.

Man kann das Gefühl des Fahrens nicht absetzen.

Man kann nicht klären, ob man vor Fieber oder vor Kälte zittert - man kann nicht klären, warum man zittert - man friert.

Um in normaler Lautstärke zu sprechen, Anstrengungen, wie für lautes Sprechen, fast Brüllen -

das Gefühl, man verstummt -

man kann die Bedeutung von Worten nicht mehr Identifizieren, nur noch raten -

der Gebrauch von Zisch-Lauten - s, ß, tz, z, sch - ist absolut unerträglich - ...

Ca. 11 Jahre saß Thomas Meyer Falk in Isolationshaft (von 1996 bis 1998 mit kurzen Unterbrechungen und ab da an bis 2006 ununterbrochen). Das bedeutete für ihn 23 Stunden des Tages „nur mit einem kleinen Radio, ein paar Büchern und Aktenordnern“ in der Zelle verbringen zu müssen. Als direkte Folgen der langen Isolationshaft beschreibt er u.a. eine geringe Frustrationstoleranz, hohe Stressanfälligkeit, Verlust des Zeitgefühls. Und weiter, dass die Isolationshaft dazu führt, dass „der Mensch auf sich



selbst zurückgeworfen wird und sich in einem ständigen inneren Dialog befindet, was dann die Konzentration bei Besuchen erheblich erschwert, da die Aufmerksamkeit plötzlich nach außen gerichtet werden muss."

Des weiteren schreibt er, dass "... einige Briefwechsel und die dadurch vermittelte wohlthuende Solidarität" ihn in der Isolation geholfen hätten, sowie der Gedanke an "... all die inhaftierten GenossInnen weltweit, die unter Bedingungen einsitzen, bei denen es uns schaudern würde. Was sie aushalten müssen, kann mit hiesigen Haftbedingungen nicht verglichen werden".

11 Jahre unter den Bedingungen der Isolation sind kaum vorstellbar und dennoch gibt es Gefangene, die dies noch länger ertragen müssen. Es zeigt, mit welcher Härte und Brutalität gegen Inhaftierte vorgegangen wird. Mumia Abu-Jamal (seit 1981 inhaftiert, von 1982-2011 in der Todeszelle) schreibt dazu:

"Die Isolationshaft ist letzten Endes eine politische Institution, weil sie untrennbarer Teil der politischen Institution Gefängnis ist. Isolation als Haftstatut wird von höchsten politischen Instanzen des Staates gebilligt: Gesetzgebern, Richtern und der Regierung... Ihr Credo ist: „Sperrt sie ein und werft den Schlüssel weg!“ Solcher Mentalität großmäuliger Niedertracht entspringt das kaltherzige Regime der in Stahl und Beton gegossenen Isolationsstrakte, unter deren Bedingungen Menschen zu Tausenden jeden Tag, jede Stunde, Minute für Minute die Erfahrung der Folter erleiden, der sozialen Ausgrenzung in der Hölle der Isolation..."

(Folter im Gefängnis, Mumia Abu-Jamal, junge Welt, 21.07.12, Nr. 168)

Im Mai 2007 wurde die Isolationshaft gegen Thomas Meyer Falk aufgehoben und die Besuchsbedingungen gelockert. Bei Besuchen gibt es nun keine Trennscheibe mehr, dennoch werden die meisten Besuche überwacht. Auch seine Post wird von den Beamten weiterhin zensuriert. Eine Freilassung auf Bewährung ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten, da mit Beschluss vom 04. Mai 2009 das Landgericht Karlsruhe eine solche abgelehnt hat. Die Richterinnen am Landgericht meinen, dass er gefährlich sei und dass für ihn erst nach jahrelanger Therapie eine Chance bestehe, frei zu kommen. Eine Zwangstherapie lehnt er entschieden ab. Diese Weigerung ist letztendlich auch mit ein Argument für seine weitere Inhaftierung. Thomas Meyer Falk hatte ein politisches Motiv für seine damalige Aktion, dass er dieses

nicht verwirft, wird ihm nun zur Last gelegt und dass er das erniedrigende und unterdrückende Knastsystem nicht schweigsam erduldet, dass er die gesamte Zeit seiner Haft etwas zu sagen hat, über den Knast, über die Gesellschaft, über sich. Er soll bestraft werden, nicht für eine „Straftat“, sondern für eine Haltung, für eine Position, die ihm erlaubt, die Zu- und Missstände der Haftanstalten und des Knastsystems aufzuzeigen und dafür, dass ihn 16 Jahre Knast nicht gebrochen haben.

Was in seinem Zusammenhang Therapie bedeutet ist klar, seine politische Identität wird zu einem „krankhaften Verhalten“ erklärt, er soll abschwoören, Reue zeigen, seine Taten bedauern und sich dem Verwertungssystem wieder einordnen. Da er dies nicht tut, soll er nun mit der Sicherungsverwahrung erneut bestraft werden.

Sicherungsverwahrung...

Die Sicherungsverwahrung (nachfolgend SV genannt) greift auf ein Gesetz aus dem Nationalsozialismus zurück. Am 01.01.1934 trat das „Gesetz gegen Gewohnheitsverbrecher und über Maßregelung der Sicherung und Besserung“ in Kraft. Dabei wurden Überlegungen aus der Strafrechtsreform der Weimarer Republik aufgegriffen, in denen es mehr um Resozialisierung und Integration von „Straftätern“ gehen sollte. Dies beinhaltete aber auch, dass ein kleiner Teil von Gefangenen, der als unverbesserlich zu erkennen geglaubt wurde, dauerhaft verwahrt werden sollte. Die Nationalsozialisten behielten von diesen Gedanken ausschließlich den der Verwahrung.

So diente dieses Gesetz letztendlich nur der Umsetzung der menschenverachtenden nationalsozialistischen Ideologie mit dessen Hilfe sie ihre Vorstellung von der „Säuberung des Volkskörpers“ durch das „Entfernen schädlicher Objekte aus der Gemeinschaft“ umsetzten. In einer nicht näher beschriebenen, diffus bleibenden Täterinnengruppe konnten so dem System nicht entsprechende, unbequeme und nonkonforme Menschen für immer eingekerkert oder ermordet werden.



Nach 1945 bestanden die durch das Gewohnheitsverbrechergesetz eingeführten Regelungen zunächst im wesentlichen unverändert fort, insbesondere wurden sie nicht vom alliierten Kontrollrat aufgehoben, wie viele andere Gesetze aus der Zeit des Nationalsozialismus. Im August wurde die auf das Gewohnheitsverbrechergesetz zurückgehende Vorschrift über die SV mit dem „Dritten Strafrechtsänderungsgesetz“ in dem StGB aufgenommen.

Nachdem Untersuchungen in den 60er Jahren aufzeigten, dass die Justiz in der Nachkriegszeit, vielfach durchgezogen von übernommenen NS-Richtern, die SV über eher lästige und unkooperative, als vermeintlich gefährliche Gefangene verhängte, wurde mit der Strafrechtsreform 1969 die SV erheblich eingeschränkt (vgl.: Gefährliche Freiheit?, Peter Asprion, 2012, Herder Verlag).

Die SV erlebte in den nächsten beiden Jahrzehnten ein eher unbedeutendes und von der Öffentlichkeit unbeachtetes Schattendasein, bis in den 90ern einige große „Sexualstraffälle“ (z.B. Mark Detroux) den Ruf nach der SV wieder laut werden ließen. Aussagen wie „wegschließen – und zwar für immer“ (Schröder) wurden von den Medien nur allzu gerne aufgegriffen. Durch die Zuspitzung auf diese eine Gruppe und deren Dämonisierung schafften Politiker_innen und Medien eine geradezu hysterische Stimmung, in der härtere Strafen und die Verschärfung der SV, als populäre Lösungen offeriert wurden. Im Januar 1998 wurde das sog. „Straftäterbekämpfungsgesetz“ eingeführt, verbunden mit einer beispiellosen Gesetzesverschärfung:

- 10 Jahre als Höchstgrenze der SV wurde abgeschafft
- SV kann rückwirkend verhängt werden
- SV kann bei Ersttätern angewandt werden
- Anordnung auch bei Jugendlichen möglich

Seit dem Ende des Nationalsozialismus hat es keine Anordnung und Anwendung der SV in dieser Härte gegeben. Dabei entspricht das in der Öffentlichkeit propagierte Bild der mit SV belegten Menschen nicht der tatsächlichen Zusammensetzung der davon Betroffenen. Während medial ein Horrorszenerio von schweren Gewaltverbrechen verbreitet wird, finden sich in der SV genauso auch Menschen, die wegen sogenannten Eigentums- oder Beschaffungsdelikten einsitzen.

Die Gesellschaft entledigt sich hier Menschen, die für sie unbequem, störend und lästig sind. Sie schafft sich Instrumentarien, die unkontrolliert anwendbar Menschen für immer verschwinden lässt. Menschen wie Thomas

Meyer Falk oder aber Peter Wegener, der wegen Geiselnahme seit 17 Jahren in Isolationshaft sitzt. Dieses Jahr soll er in die SV überführt werden. Es klingt unfassbar und ist doch Realität: erst siebzehn (17!) Jahre Isolation und dann in die SV. Was bedeutet, nicht zu wissen wann und ob mensch überhaupt wieder raus kommt.

Beim Wechsel von der Haft in die SV, gibt es verschiedene Maßnahmen und Gutachten. Bei Peter Wegener sagen mehrere Gutachten, dass die Isolation nicht zulässig und er nach entsprechenden Therapien freizulassen sei. Bislang hat die zuständige JVA dies aber ignoriert. Dieser Umgang zeigt einmal mehr die Willkür des Knastsystems und mit welcher Beliebigkeit darin Gutachten und Therapien zum Einsatz kommen. Während sie, wie bei Peter Wegener, einfach ignoriert werden, dienen sie bei anderen zur Untermauerung hoher Haftstrafen, zum Verlust der Freiheit auf unabsehbare Zeit oder zur Erpressung, wie bei Thomas Meyer Falk.

...und Pathologisierung.

Werden Menschen in Deutschland zur SV verurteilt, werden auch immer psychiatrische Gutachten erstellt. Die Gutachten sollen dabei vermeintlich klären und aufzeigen ob und wie ‚krank‘ eine Person ist. Verhaltensweisen, Empfindungen, Wahrnehmungen, Gedanken und zwischenmenschliche Beziehungen der Person, können dabei pathologisiert, also als krankhaft eingestuft, werden. Eine solche Pathologisierung findet aber nicht nur bei Menschen innerhalb des Knastsystems statt, sondern auch in sämtlichen anderen Lebensbereichen der Gesellschaft. Ein anschauliches Beispiel hierfür ist die Pathologisierung von Homosexualität. Bis Anfang der 1990er Jahre wurde Homosexualität im ICD – 10 Katalog¹ als Krankheitsbild gelistet. Sie verstößt bis heute gegen viele Normen der Mehrheitsgesellschaft.

Vermeintliche Wissenschaftler_innen suchen nach mutmaßlichen Fehlern, damit der Staat diese dann der Mehrheitsgesellschaft als Verstoß, sowohl gegen die sozialen, als auch biologisch-medizinisch-psychologischen Normen erklären kann. Ob es die Gene sind oder das Spielen mit dem ‚falschen‘ Spielzeug, eine Antwort für die Ursache der vermeintlichen ‚Krankheit‘ ist schnell gefunden. Hand in Hand mit der Pathologisierung gehen Therapien, medizinische Eingriffe und medikamentöse Behandlungen. Die Darstellung von Verhaltensweisen usw. als ‚krankhaft‘ ist immer ein willkürlicher Akt,

¹ ICD 10 ist ein von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) herausgegebenes Diagnoseklassifikationssystem. (übersetzt bedeutet ICD = Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme)

da sie durch die vorherrschenden Normen der Gesellschaft bestimmt wird. So sollen auch Menschen wie Thomas Meyer Falk, die vermeintlich eine Gefahr für die Gesellschaft darstellen, behandelt werden.

Im Falle einer Anklage nach einer vorgeworfenen Straftat, können auch kleinste „psychologische Auffälligkeiten“ vor Gericht ausreichen, so dass ein Gutachten angefordert wird und beispielsweise eine Unterbringung in der Psychiatrie angeordnet wird. Gefangene sollen im Knast und in der Therapie ohne Rücksicht auf Verluste auf das Normenlevel der Mehrheitsgesellschaft gebracht werden. Sie sollen wieder verwertbar gemacht werden, sich in den Ausbeutungsprozess fügen und den gesellschaftlichen Werten und Normen unterordnen, um so, die soziale Ordnung aufrecht zu erhalten.

Jemand wie Thomas Meyer Falk stellt für das System Knast jedoch ein Problem dar. Knast an sich, als auch Foltermethoden, wie Isolationshaft haben nicht dazu geführt, dass Thomas Meyer Falk mit seinem politischem Kampf aufgehört hat. Da seine Zeit, die er absitzen muss(te) bald zu Ende ist, der Staat ihn aber nicht laufen lassen will, gibt es eine einfache Möglichkeit. Laut Gutachten stellt Thomas Meyer Falk immer noch eine Gefahr für die Gesellschaft dar, da er eine „Aversion gegen diesen Staat und die Justiz“ habe. Er soll so lange nicht entlassen werden, bis er die Therapie erfolgreich abgeschlossen hat und keine ‚Gefahr‘ mehr darstellt. Da Thomas Meyer Falk sich grundsätzlich gegen die Therapien wehrt, behält das Knastsystem ihn noch weiter gefangen.

Was bleibt...

Wir konnten leider in diesen, doch schon wieder recht langen, Text nicht alles erwähnen was es eigentlich zu schreiben gäbe. So fehlt für uns z.B. völlig der Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Knast, Strafe und Sühne

oder auch der gesamte Bereich des Gefängnisindustriellen-Komplexes, der Zwangsarbeit und damit verbunden der kapitalistischen Ausbeutung der Gefangenen.

Letztendlich ging es uns aber auch nicht darum Knast, seine gesellschaftliche Bedeutung und die Systematik die dahinter steckt allumfassend zu beschreiben, sondern um die Vermittlung unserer Diskussionen und Überlegungen zu Thomas Meyer Falk.

Was da drin bleibt, sind die am Anfang geäußerten, nicht aufgelösten Zweifel, aber nach wie vor auch der starke Wunsch nach Intervention, Unterstützung und Solidarität.

Darum bleibt für uns auch die Forderung nach der bedingungslosen Freilassung von Thomas Meyer Falk, aber auch der Wille dabei nicht stehen zu bleiben, sondern andere Gefangene mit einzubeziehen und das Knastsystem als Ganzes anzugehen.

Wir fordern seine Freilassung, auch wenn wir uns die Freiheit für viele wünschen. Wir denken dabei auch an die anderen, an Erwin Adamczek, Gülaferit Ünsal, Mumia Abu Jamal, Pit Scherzl, Peter Wegener und all die, von denen wir wissen oder die uns unbekannt sind. In der Unterschiedlichkeit ihres Denkens und Handelns und der Kämpfe, die sie führen, sind sie geeint durch die Mauern, die sie einsperren und in der Erfahrung wozu diese dienen, was sie bewirken können und welches System dahinter steckt.

Dass wir in absehbarer Zeit nicht die Mauern der Knäste einreißen können ist uns nur allzu klar und vielleicht schaffen wir es noch nicht einmal die Mauern der gesellschaftlichen Ignoranz etwas zu durchlöchern. Wir können auch niemanden versprechen, dass bald der Tag kommen wird, an dem er sie nicht mehr von Mauern und Gittern umgeben ist, nicht mehr durch den Zwang zur Arbeit ausgebeutet wird und nicht mehr der Willkür und Unterdrückung des Knastsystems ausgeliefert ist. Wir

müssen uns eingestehen, dass das politische Kräfteverhältnis zur Zeit nicht auf unserer Seite steht, dass im Vergleich zu unseren Träumen und Vorstellungen, die Schritte die wir gehen recht klein sind und gerade deshalb dürfen wir nie vergessen, worum es uns geht: um eine Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung, ohne Zwang und Erniedrigung, eine Gesellschaft eben auch ohne Knäste.

Anti-Knast-Gruppe/Bielefeld

antiknast@riseup.net



Das Landgericht bereitet Verwertung erfolgter Aussagen von Hermann Feiling vor

Im Strafprozess gegen Sonja Suder und Christian Gauger beabsichtigt das Landgericht Frankfurt jetzt die Verwertung von Aussagen, die unter folterähnlichen Zuständen gewonnen wurden. Schon zu Beginn des letzten Verhandlungstages war die Zeugin S. vorgeladen worden, die 1982 aufgrund der Aussagen des schwer traumatisierten Hermann Feiling verurteilt worden war. Die Zeugin weigerte sich, Aussagen zu machen, weil sie nach wie vor davon überzeugt ist, dass die Aussagen Hermann Feilings nicht verwertet werden dürfen. Sie strebt deshalb in ihrem eigenen alten Verfahren eine Wiederaufnahme an. Das Gericht verhängte gegen sie ein Ordnungsgeld und drohte ihr Beugehaft an, sollte sie am 19.10.2012 weiterhin nicht aussagewillig sein.

Das Gericht bereitet jetzt die Verwertung von Feilings Aussagen vor, da es bisher nicht dem Antrag der Verteidigung gefolgt ist, einen Sachverständi-

sagen korrigiert"; ihn habe „die gute Verfassung überrascht“.

Als zynisch empfanden viele Zuhörer_innen diese Beschreibung. Als einige von ihnen unter Protest den Saal verließen, ordnete die Vorsitzende Richterin Stock eine Personalienfeststellung an. Auch an den folgenden Prozesstagen will das Gericht Einschätzungen von Personen verlesen, die für die folterähnlichen Vernehmungen verantwortlich waren.

Die Rote Hilfe und das Solikomitee fordern daher eine breite und kritische Öffentlichkeit zum Prozess, damit das Gefühl des „Deutschen Herbstes“ nicht zur Realität wird.

Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. / Solidaritätskomitee Frankfurt am Main Göttingen, den 15.10.2012

Weitere Hintergrundinformationen unter: www.verdammtlangquer.org



Kommt zum Prozess

Für Prozessbesucher_innen: Jeweils ab 9 Uhr im Landgericht Frankfurt, Raum II EG, Gebäude E.

Personalien werden nicht geprüft.

Abzugeben ist quasi alles (Handy, Schlüssel, Portemonnaie, MP3-player etc.). Mitgenommen werden können Jacken, Taschen, Stift und Papier. Vor Ort gibt es einige Schließfächer, alternativ kann Kram im nahegelegenen Klapperfeld (www.klapperfeld.de/) abgegeben werden.

Es empfiehlt sich, beim Einlass durchsetzungskräftig zu sein und sich nicht abspesen zu lassen, wenn man wegen Presse oder Schließfächer-mangel nicht eingelassen wird.

Termine 2012:

November: 2. * 6. * 9. * 13. * 16.
Dezember: 4. * 7. * 11. * 14. * 18.
12. * 21. * 28.

Termine 2013:

Januar: 4. * 18. * 22. * 25. * 29.
Februar: 1. * 5. * 8. * 12. * 15. * 19. * 22.
März: 1. * 5. * 8. * 12. * 15. * 19. * 22. * 26.

gen für Traumaforschung zu bestellen. Nach heutigen wissenschaftlichen Erkenntnissen war Feiling damals massiv traumatisiert und damit in seiner Willens- und somit Aussagefreiheit beschränkt gewesen.

Stattdessen soll die Aussagefähigkeit belegt werden, indem die 30 Jahre alten subjektiven Eindrücke gerade derjenigen seitenweise verlesen werden, welche seinen Zustand monatelang aufrecht erhalten haben. So wurden die Eindrücke des ehemaligen Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof Kuhn aus dem Jahre 1978 verlesen. Darin beschreibt er die Verhörsituation des schwer traumatisierten Hermann Feiling als „überraschend angenehm“.

Feiling sei ihm gegenüber „sehr zugewandt“ gewesen, habe „unrichtige Aus-

Aktion gegen die Hamburger Justizsenatorin Jana Schiedek, Brigittenstrasse 7, St.Pauli

Freiheit und Glück für Sonja und Christian

Anlässlich des Prozessauftrittes gegen Sonja Suder und Christian Gauger am Landgericht Frankfurt haben wir heute vor dem Haus der Hamburger Justizsenatorin Reifen entzündet, die Tür eingeschlagen und Farbflaschen gegen das Gebäude geworfen.

Sonja Suder und Christian Gauger haben an den militanten Kämpfen der 1960er und 1970er in der Bundesrepublik Deutschland teilgenommen.

Ihnen wird die Mitgliedschaft in der Stadtguerillaorganisation Revolutionäre Zellen (RZ) vorgeworfen. Im Besonderen sollen sie sich 1977/78 an zwei Bombenanschlägen beteiligt haben gegen Firmen, die an der Herstellung südafrikanischer Atombomben und dem Bau von Pumpen für AKW's arbeiteten.

Desweiteren sind sie angeklagt, an einem Brandanschlag auf das Heidelberger Schloss im Mai 1978 mitgewirkt zu haben, welcher die Skandalisierung der Kahl-schlagsanierung in Heidelberg zum Ziel hatte. Sonja wird zusätzlich logistische Hilfeleistung für die Aktion gegen die OPEC 1975 vorgehalten.

Im Herbst 1978 gingen die beiden Genoss_innen ins Exil nach Frankreich, um einer drohenden Verhaftung zu entgehen. Nach 22 Jahren wurden sie in Paris festgenommen, für einige Monate in Haft genommen und gegen die Zahlung einer geringen Kaution entlassen. Eine Auslieferung nach Deutschland wurde erstmal abgelehnt.

2010 gab die französische Justiz dann grünes Licht für eine Abschiebung und vor etwas einem Jahr wurden Sonja und Christian nach Deutschland gebracht - Sonja in den Knast Frankfurt Preungesheim und Christian in ein Haftkrankenhaus. 1997 hatte er einen Herzstillstand erlitten und braucht seitdem umfangreiche Betreuung. Sein Gedächtnis wurde erheblich beeinträchtigt. Obwohl er nicht „haftfähig“ ist, erhielt er erst nach einem Monat Haftverschonung.

Unsere Solidarität mit Sonja und Christian beinhaltet die Verteidigung des umfangreichen Erfahrungsschatzes revolutionärer Theorie und Praxis von

RZ und Roter Zora gegen jegliche Kriminalisierung.

Themen wie Anti-AKW-Widerstand, Kahl-schlagsanierung bzw. Gentrifizierung, internationalistische Solidarität, Freiheit bzw. Befreiung der Gefangenen ... sind nach wie vor noch aktuell und werden von der radikalen Linken mitunter auch militant angegangen.

Als Militante unterstützen wir die konsequente Ablehnung eines Deals mit der Justiz. Sonja und Christian haben vor 10 Jahren das Angebot der Staatsanwaltschaft (Haftverschonung und Bewährungsstrafe bei Geständnis und Rückkehr nach Deutschland) abgelehnt. Sie wollten ihre „Geschichte“ nicht verraten, die auch für uns Jüngere von Bedeutung ist. Wir haben Respekt vor



dieser Entscheidung, zumal der Aufenthalt im Knast im fortgeschrittenen Alter nicht leichter wird. Sonja hat in einem Interview gesagt: „Wenn du vorher ausgemacht hast: Wenn einmal was passiert, dann kein Wort, keine Aussage, dann hast du ein sehr sicheres Gefühl.“

Vom Heidelberger Schloss zum Penthouse Brigittenstrasse 7

Der Brandanschlag auf das Heidelberger Schloss war nicht die einzige Aktion der RZ gegen die Umstrukturierung der Städte. Anschläge wurden durchgeführt u.a. gegen die Neue Heimat in Berlin, gegen den berüchtigten Grundstücksspekulanten Kaussen in Köln, gegen den Leiter des Liegenschaftsamtes in Frankfurt/Main ...

In Hamburg ist das Thema Gentrifizierung seit einigen Jahren in aller Munde und radikaler Widerstand müht sich ab gegen die Verdrängung ärmerer Bewohner_innen aus den Innenstadtvierteln an den Stadtrand, gegen „Mietenwahnsinn“. Auf St.Pauli sind Nettokaltmieten von 10 Euro/m² und mehr schon zur Normalität geworden. Wohin mensch schaut entstehen teure Miet- und Eigentumswohnungen. Sie haben wohlklingende Namen wie Bernhard-Noch-tquartier (u.a. 17 Euro netto kalt!), Frida Schanze, Budapest Loft, Kristall etc.

Penthousewohnungen werden z.B. in der

Thadenstrasse, Beim grünen Jäger, Bernhard Nocht Ecke Antonistrasse ... ab 400-500.000 Euro veräußert. Je höher die Wohnung gelegen, desto teurer ist sie auch.

Schaut mensch an der Ecke Brigittenstrasse Ecke Bleicherstrasse in die Höhe, ist dort dem Himmel nahe das Penthouse mit Dachgarten der Jana Schiedek, Justizsenatorin, und ihres Ehemannes namens Single, seines Zeichens IT-Spezialist, zu erblicken. Sie stehen auf das „freakige“ Flair von St.Pauli, die Nähe zum Stadion ihres Fußballclubs, ihre Hochzeitsfeier fand in der Location über dem Pudelclub statt, ganz lässig...

Wir, und vermutlich auch Anwohner_innen, die bisher noch nichts von der „Prominenz“ ihrer Nachbarin wussten, haben allerdings keine Lust, dass die Justizsenatorin, welche die miesen Bedingungen in Hamburgs Gefängnissen zu verantworten hat, über den Dächern von St.Pauli wohnt.

Umstände, die Ali Ihsan Kitay, der gerade in Hamburg vor Gericht steht wegen Mitgliedschaft in der PKK, so beschreibt:

„Meine Haftbedingungen sind sehr schwierig. Es sind keine Bedingungen, die ein Mensch aushalten kann. Während meiner Inhaftierung haben sich bereits

fünf Mitgefangene das Leben genommen und viele haben Suizid-Versuche unternommen. Die hiesigen Haftbedingungen und praktischen Massnahmen werden zum Tod von noch mehr Gefangenen führen ... Damit möchte ich betonen, dass, wenn kein öffentlicher Protest geäußert und Widerstand gebildet wird, diese Selbstmorde kein Ende haben werden.“ Ali Ihsan Kitay hat bereits 20 Jahre in türkischen Gefängnissen gesessen und ist dort schwer gefoltert worden. Seit über einem Jahr wird er im Hamburger Untersuchungsgefängnis gefangen gehalten.

Statt sich mit der Häufung von „Selbstmorden“ in Hamburger Knästen zu beschäftigen, kümmert sich Schiedek um das Wohlergehen Hamburger Schließer_innen, die zunehmend an burn out leiden, wenn sie nicht gerade auf Facebook ihre Mordphantasien ausleben. Oder sie besorgt das Wegschliessen von Schulschwänzer_innen auf Geheiss ihres Senatorenkollegen Rabe in den Jugendknast Hahnöfersand...

Also: Schiedek verpiss Dich!

Freiheit für Sonja Suder, Ali Ihsan Kitay und für die gefangenen Piraten! Solidarität ist die Zärtlichkeit revolutionärer Subversion

Hamburg, 24.9.2012

Abschiebung verhindert

Heute am 04.10.2012 um ca. 04.00 Uhr Morgens wurde in Wien-Simmering eine Abschiebung erfolgreich verhindert. Ca 50 solidarische Menschen und NoBorder-Aktivist_innen haben sich heute um ca. 04.00 Uhr früh beim Familienanhaltezentrum (FAZ) in Wien-Simmering eingefunden, um die Abschiebung einer Mutter und ihrer 2 Kinder zu verhindern. Der Vater sollte 3 Wochen später abgeschoben werden. Die aus Afghanistan stammende Familie wünschte sich Protest und kündigte auch an, sich selbst so weit als möglich gegen die Abschiebung zu wehren.

Gegen 03.30 Uhr wurde eine der beiden Zufahrtsstraßen zum FAZ mit Müllcontainern, Paletten, Steinen und Einkaufswagen verbarrikadiert - danach vor das FAZ gezogen um dort die zweite Zufahrtsstraße zu blockieren. Das FAZ ist mit einem Bauzaun abgesperrt, der von den Aktivistinnen zusätzlich mit Radschlössern gesichert wurde, um somit auch der Polizei den Zutritt zu erschweren. Eine Gruppe von ca 15 Autonomen und Anarchist_innen



verschaffte sich Zutritt zum Gelände des FAZ. Auf diesem Gelände befanden sich auch Autos der Polizei. Die Reifen dieser Autos wurden zerstochen - die beiden Polizeibeamten, die zur Sicherung des FAZ im Gebäude waren,

konnten nur zusehen. Die Türen wurden blockiert. Diese Blockade und die zerstochenen Reifen führten zu einer Diskussion mit anderen solidarischen Personen und Lehrer_innen der Kinder, die mit diesen Aktionen nicht einverstanden waren. Nach längerer Diskussion sahen aber auch

die Lehrer_innen ein, warum es sich auch hierbei um hilfreiche Aktionen handelt. Die Polizeipräsenz war relativ gering - ca 5. Streifenwagen und 2 WEGA-Beamte waren vor Ort, schritten aber nicht ein.

Um ca 05.30 Uhr wurde dann von der Volksanwaltschaft, die sich bei der Familie befand, gesagt, dass die Abschiebung nicht statt finden werde - die Familie darf vorerst bleiben!

**NO BORDER - NO NATION -
STOP DEPORTATION**

noborder

„Da sind Sie schnell hin und weg“

Maschinen landen, Menschen steigen aus. Soweit ist es auf der Großbaustelle des neuen „Flughafens Berlin Brandenburg“ mit dem Zunamen Willy Brandt, aufgrund planungstechnischer Pannen noch längst nicht. Mit einer Inbetriebnahme ist frühestens Ende 2013 zu rechnen. Schon jetzt fertig und „eingeweiht“ ist allerdings der ebenfalls neu gebaute Asylknast, der sich auf dem Flughafengelände befindet. Ziel dieses Knastes - im Transitbereich des Flughafens - ist es, asylsuchende Menschen gar nicht erst einreisen zu lassen, sondern ihr Asylgesuch im „Schnellverfahren“ zu bearbeiten. Während der Dauer dieses Schnellverfahrens werden die Flüchtlinge im neu errichteten Knast festgehalten. Das speziell für auf dem Luftweg eingereiste Flüchtlinge konzipierte Verfahren, wird derzeit lediglich in größerem Maßstab an den Flughäfen Frankfurt und Düsseldorf betrieben. Hier kam es in der Vergangenheit zu menschenrechtsverletzenden Konsequenzen, sowie durch die kurze Zeit in der das Verfahren durchgeführt wird, zu einer Ablehnung eines Großteils der gestellten Anträge. Dieses Vorgehen ist Teil einer rassistischen Abschottungspolitik, die mit solcherart repressiver Maßnahmen versucht, eine Drohkulisse aufzubauen. Zusammen mit den militärischen Einsätzen der Frontexmörderbanden im Mittelmeer und an den anderen EU-Außengrenzen, Gängelungen wie Residenzpflicht, Gutscheinen statt Bargeld, Drohung mit Abschiebung oder sogenanntes „Racial Profiling“ bei Bullenkontrollen, reiht sich der Bau des Asylknastes im Transitbereich in eine schier endlose Reihe von repressiven und rassistischen Maßnahmen ein, mit denen Deutschland und die EU versuchen Flüchtlinge außerhalb der europäischen Festungsmauern zu behalten. Zeitgleich zu einer medial breit rezipierten Flüchtlingsprotestaktion für die Rechte von Flüchtlingen Anfang Oktober in Berlin, kam Seitens des deutschen Innenministers Hans-Peter Friedrich ein weiterer Vorstoß zur Verschärfung des Asylrechts. Friedrichs, der laut eigenen Aussagen im zarten Alter von 16 Jahren der Schüler-Union beitrug

um, „den linken Gruppen an den Schulen Paroli zu bieten“ und der bisher vor allem durch rechtskonservative law-and-order Stammtischparolen auffiel, kündigte an, die Visumspflicht für Serb_innen und Mazedonier_innen wieder einzuführen, sowie die Asylverfahren zu beschleunigen. Darüber hinaus wiederholte er seine Kritik an dem Urteil des Bundesgerichtshofes, welches die viel zu geringen Zahlungen an Asylbewerber_innen kritisiert hatte. Das aktuelle Gehetze Friedrichs richtet sich vor allem gegen Roma aus den beiden Balkanländern, die versuchen politisches Asyl in Deutschland zu beantragen. Diese Anträge werden in der Regel abgelehnt, da es sich laut Friedrichs bei ihnen vor allem um „Wirtschaftsflüchtlinge“ handeln würde. Über die prekären Verhältnisse und rassistischen Verfolgungen in den Destinationen schweigen deutsche Behörden in diesem Fall lieber, würde dies doch die massive Abschiebep Praxis, zum Teil langjährig in Deutschland wohnender Roma, gefährden.

„Willy Brandt begrüßt die Welt“ ist einer der Slogans der Betreibergesellschaft des neuen Flughafens Berlin Brandenburg. Doch willkommen sind auch hier nur diejenigen, die mit deutschen Pass als Tourist_in oder nachgefragte Fachkraft einreisen. Wer dies nicht hat oder ist und nicht als Staatsgast in dem 310 Millionen teuren militärischen Bereich des Flughafens empfangen wird, für den kann der zweite Slogan des Flughafens zur bitteren und zynischen Realität werden: „Da sind sie schnell hin und weg“.

Antira



Militär in den Straßen: Einige Anmerkungen zum NATO-Bericht „Urban Operations in the Year 2020“

Diesen Text haben wir eigenmächtig gekürzt und leicht sprachlich überarbeitet. AB

Elemente der Algebra: Die Müllkippe des Überschusses

Zum ersten Mal in der Geschichte lebt die Mehrheit der Weltbevölkerung in Städten. Und ein Großteil dieser städtischen Bevölkerung ist mit Lebensumständen in absoluter Armut konfrontiert. Die Konzentration dieser Menschenmassen auf immer engerem Raum, mit dem Ziel sie besser zu kontrollieren und auszubeuten, hat die Slums auf allen Kontinenten verbreitet, ohne Ausnahme. Der UNO zu Folge leben derzeit fast eine Milliarde Menschen in Slums (auf die gesamte Weltbevölkerung bezogen jeder Sechste, oder jeder dritte Stadtbewohner), es wird davon ausgegangen, dass sich diese Zahl bis 2030 verdoppelt, so dass von einer wachsenden „Verstädterung der Armut“ gesprochen wird.

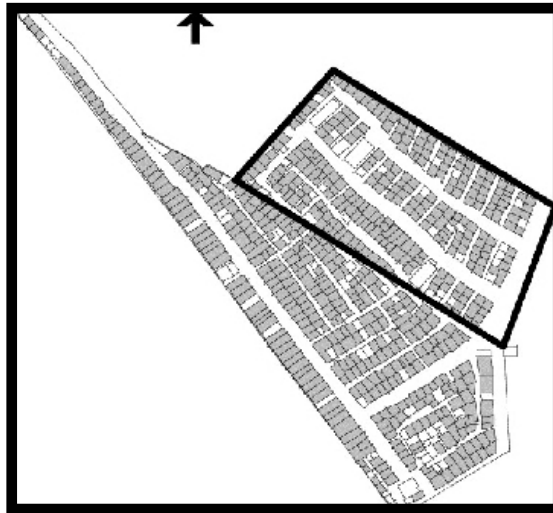
Die Weltbank hat bereits Ende der 90er Jahre auf die Auswirkungen dieses Prozesses hingewiesen: „Die städtische Armut wird das wichtigste und politisch explosivste Problem des kommenden Jahrhunderts werden“.

Es ist an dieser Stelle nicht möglich, eine detaillierte Darstellung des planetaren Urbanismus und des Verelendungsprozesses in Zeiten der kapitalistischen Katastrophe zu machen; wir beschränken uns auf eine schnelle Beobachtung.

Insgesamt haben die Elendsviertel seit Anfang der 70er Jahre ein größeres Wachstum erlebt, als die Stadtentwicklung an sich.

Die „Häuser“, die von den ärmsten Schichten des städtischen Proletariats bewohnt werden, befinden sich oft auf extrem isolierten Ländereien von geringem Wert, wie sumpfige, hügelige oder von Industrieabfällen verseuchte Randgebiete. Zum Beispiel leben die Menschen in den Favelas von São Paulo und Rio de Janeiro ständig unter dem Damoklesschwert von Erdbeben und Einstürzen, mit ihren tödlichen Folgen (das gleiche geschieht in Puerto Rico). Die Gassen von Lima, zum großen Teil von der katholischen Kirche gebaut, einer der größten Immobilienbesitzer der peruanischen Hauptstadt,

sind wahre Fallen für diejenigen, die dort leben (sie gehen schnell kaputt und stürzen ein). Von den 500.000 Migranten, die jedes Jahr in Neu-Delhi ankommen, enden 400.000 in den bidonvilles, während in Mumbai anderthalb Millionen Menschen, obwohl sie arbeiten, kein Dach über dem Kopf haben und auf dem Gehweg schlafen. Zwischen 1989 und 1999 wurde 85% des demographischen Wachstums in Kenia von den übel riechenden und überbevölkerten Elendsvierteln von Nairobi und Mombasa aufgenommen. Das Zentrum von Ulan Bator, der Hauptstadt der Mongolei, ist umgeben von einem Meer von Zelten, in denen eine halbe Million ehemaliger Viehzüchter lebt, die das Elend von ihrem Land vertrieben hat. In Kai-

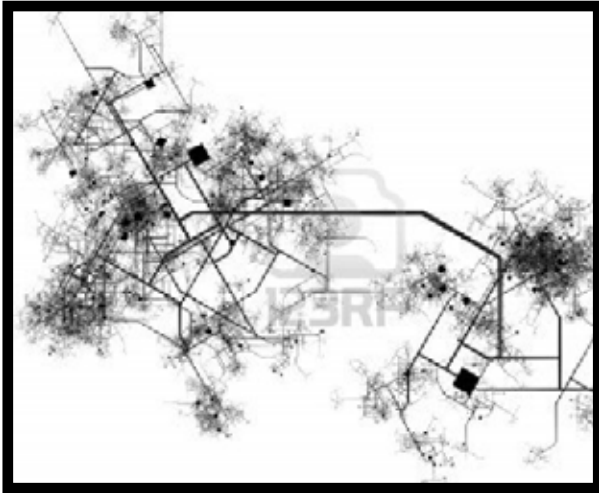


ro werden die Gräber der Mamluken aus dem 18. Jahrhundert von einer Million Menschen bewohnt, während eine weitere Million in Kairo auf den Dächern schläft. Auch in Hong Kong (wo die Triaden die führenden Unternehmer der „informellen“ Bauindustrie sind) leben mindestens 250.000 Menschen in Aufbauten auf den Dächern oder in Lüftungsschächten von Gebäuden. In China wurden mehr als

100 Millionen „Wanderarbeiter“ dadurch illegalisiert, dass sie ohne Erlaubnis ihr Herkunftsgebiet verlassen haben, wodurch sie keinerlei legale Möglichkeit haben, eine Unterkunft zu finden. Zudem gibt es Fluchtbewegungen, ausgelöst durch Krieg, die sozialen Effekte sogenannter „Naturkatastrophen“, die Verwüstung von Mensch und Umwelt als Produkt der unfruchtbaren Suche des Kapitals nach neuen Verwertungsräumen, usw., usf.

Die Beschäftigung mit den politischen und sozialen Auswirkungen dieser ebenso schlimmen wie weit verbreiteten Situation hat die Weltbank – wie es so ihre Art ist – den militärstrategischen Forschungszentren übertragen. So ist man sich am Army War College und im Warfighting Laboratory der Marines vollkommen bewusst über „die Tatsache, dass die intelligenten Bomben zwar enorm wirksam sind gegen eine hierarchisch strukturierte Stadt wie etwa Belgrad, mit seiner zentralisierten Infrastruktur und seinen Wirtschaftsbereichen, dass die High-Tech Waffen jedoch wenig ausrichten, wenn

es das Ziel ist, verarmte und unterentwickelte Stadtgebiete wie Sadr City [einer der weltweit größten Slums] oder Mogadischu zu kontrollieren, wo die Miliz der Slums 1993 einer Eliteeinheit der US Army, den Army Rangers, Verluste von 60% zufügte". Das Debakel von Mogadischu zwang das Pentagon, ihre MOUT (Military Operations on Urbanized Terrain) zu überdenken. „Die Zukunft der Kriegstechnik“, so lesen wir in der Studie „Our Soldiers, Their Cities“, erschienen



im Frühling 1996 in Parameters (Zeitschrift des Army War College) „liegt in den Straßen, den Abwasserkanälen, den Hochhäusern und in der unkontrollierten Expansion der Bauten, aus denen die fragmentierten Städte der Welt bestehen.“

Die großen Slums, die chaotisch in den Randbezirken der Städte wachsen, neutralisieren einen großen Teil des übertriebenen Waffenarsenals von Washington und „die genaue Analyse dieses Problems hat dazu geführt, dass die Militärstrategen“ - so Mike Davis - „die Aufmerksamkeit auf das Areal, auf die Slums selbst“ konzentrieren. Letztlich ist der Feind „weniger von Bedeutung, als das Labyrinth, in dem er sich versteckt“, das einen Raum konstituiert, der in „informellen, dezentralisierten Subsystemen“ organisiert ist“, von dem es keine Pläne gibt und in dem die „Schlüsselstellen des Systems nicht leicht auffindig zu machen sind“.

Auch die RAND-Corporation, ein 1946 von der Air Force gegründeter, nicht profitorientierter Think-Tank, betont, dass die Verstädterung der globalen Armut die „Verstädterung der Revolte“ hervorgebracht hat, und bedauert, dass „weder das Wissen, noch die Ausbildung oder die Ausrüstung der USA auf Aufstandsbekämpfung ausgerichtet sind“. Dies ist der Hintergrund der Theorie der Fourth Generation Warfare (4GW), die in den letzten 20 Jahren entwickelt wurde; eine Theorie, die ausdrücklich dafür gemacht zu

sein scheint, in einem Weltkrieg niedriger Intensität und auf unbestimmte Zeit die kriminalisierten Teile des städtischen Proletariats zu bekämpfen. Laut dieser Theorie werden die Schlachtfelder des 21. Jahrhunderts die ausgehungerten Randbezirke sein. Da der „kurze Traum des ewigen Wohlstands für alle“ vorbei ist, wie sogar der ehemalige chief economist und senior vice president der Weltbank Joseph E. Stiglitz zugegeben hat, „ist trotz der wiederholt gemachten Versprechungen, die Armut in den letzten zehn Jahren des 20. Jahrhunderts zu verringern, die effektive Zahl der Menschen, die in Armut leben um fast 100 Millionen gestiegen“ (Stiglitz 2003:5). Als er diese Zeilen verfasste, war die aktuelle „Krise“ noch nicht „ausgebrochen“...

Elemente der Human-Geografie: Der kommende Abgrund

Der Bruch des „Gesellschaftsvertrags“, der nach dem Zweiten Weltkrieg den Wohlfahrtsstaat getragen hatte, die drastische Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen und der zunehmende Verlust von Rechten und sozialer Absicherung führt zu einer Neustrukturierung der westlichen Metropole: „Zusätzlich zum wachsenden Zerfall der Zentren und der alten Randbezirke sprießen in den südwestlichen Bundesstaaten der USA informelle Siedlungen wie Pilze aus dem Boden, die von jenen irgendeiner Stadt in Lateinamerika praktisch nicht zu unterscheiden sind. Zum Beispiel findet sich ein Steinwurf von



den Millionärs-Villen von Palm Springs in Kalifornien entfernt, auf dem Territorium eines indigenen Reservats, ein Slum [colonias genannt], das die lokalen Bauern beherbergt“. Los Angeles ist mit 100.000 Menschen ohne Unterkunft die Hauptstadt der Obdachlosen der Ersten Welt. Und selbst in der Hauptstadt Washington, „kaum zwei Straßen vom Capitol entfernt öffnet sich ein anderes Universum [...] aus Autowracks, entkernten Häusern und Fenstern ohne Glas [...]. Das Elend

der Welt reicht bis zum Eingang des Weißen Hauses". Das wunderbare Land des „freien Marktes“ und der „Demokratie“ wird buchstäblich in Stücke gerissen, da das amerikanische Kapital, das fanatisch die schwarze Magie des „Fiktiven“ kultiviert, aufgehört hat, in all das zu investieren, was nicht beträchtlichen und sofortigen Gewinn abwirft, angefangen bei der Infrastruktur. Und deshalb stürzen die Brücken in Minnesota ein, platzen die Wasserleitungen im Zentrum von Manhattan und verbringen die Leute oft viele Stunden ohne Strom, ganz so, als würden sie in Bagdad oder Kinshasa leben. Auch Europa hat seine Slums, die jenen

selltschaft im Wesentlichen aus einem „Krieg gegen die Armen“ besteht, in dem das Proletariat, ob es ihm gefällt oder nicht, wieder die Rolle der „gefährlichen Klasse“ einnimmt, die es ursprünglich innehatte. Gefährlich aus dem einfachen Grund, weil sie ein Bier auf der Straße trinken, sich durchschlagen und die Scheiben von Autos putzen, die an der Ampel stehen und Graffiti ohne Wohlwollen des Kulturbbeauftragten machen, kurz: weil sie existieren, und vor allem „überzählig“ sind.

Das Lexikon der Stigmatisierung wird beständig reicher, während umgekehrt die Sprache derart verarmt, bis sie sich tendenziell auf MTV-Basic redu-



in der Dritten Welt ähneln, vor allem in den Randbezirken von Städten wie Lissabon (wo sie „klandestine Stadtteile“ genannt werden), Athen und Neapel (aber auch an der Autobahn Mailand-Brescia gibt es eine gut sichtbare barracopolis). Das schlimmste Slum Europas ist wahrscheinlich „Camboy“ in Sofia/Bulgarien, wo 35.000 Sinti und Roma unter Bedingungen wie Dalit, die Kaste der Unberührbaren in Indien, leben. Ein überaus entsetzliches Bild bietet Russland, wo die Elendsviertel schneller wuchsen als die Kaste jener Kleptokratie, die das ehemalige „sozialistische Vaterland“ beherrschen. Viele unabdingbare städtische Dienste (zum Beispiel Heizungen) gingen kaputt, was dazu führte, dass alte Menschen durch die Kälte im Winter starben. Zudem löste es einen großen Ansturm von Squattern aus – mehrheitlich illegale Einwanderer oder Angehörige von Minderheiten – die, vor allem in

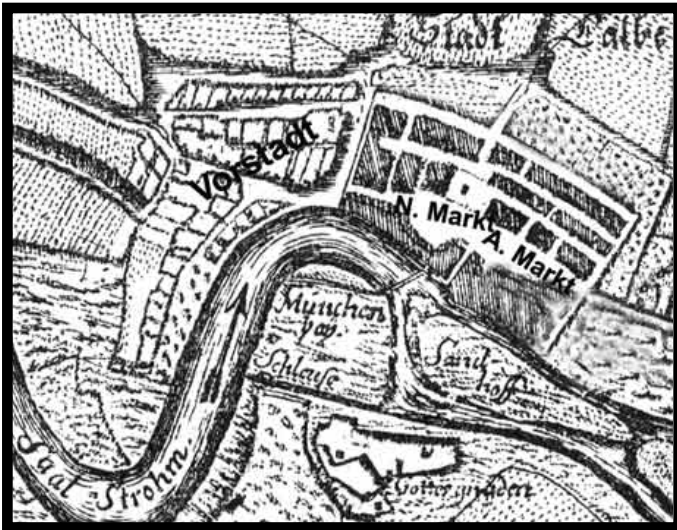
ziert. Sie speichert die Abweichungs- und Ausschlussrhetoriken, so dass jene außerhalb der Norm durch eine Kontrolle der Bevölkerung als „anders“ abgestempelt werden, was zugleich die Normalität bekräftigt: „Das normale Subjekt konstituiert sich durch Ausschluss des Anormalen, und wenn 'normal' bedeuten soll, sich mehr oder weniger aktiv, mehr oder weniger bewusst an einer konstruktiven Bestimmung der eigenen Lebensbedingungen zu beteiligen, dann korrespondiert diese Bewegung mit der zunehmenden Verschiebung der Grenze, die jene, die immer noch kommen, von denen trennt, die abgewiesen werden in den Tod“. Und so ist, „links wie rechts, im Süden wie im Norden, die schlichte Anwesenheit des überschüssigen Proletariats zum wahrhaftigen lebendigen Alptraum der Bourgeoisie geworden. Die Angst, die innerhalb der herrschenden Klassen vor den potenziellen Reaktionen dieses besitzlosen Proletariats entstanden ist,



Moskau, verlassene Fabriken und verfallene Gebäude besetzen. Aber ist es in Mailand, in den vielen „ungenutzten Gebieten“, die in den letzten Jahren durch die Zerstörung der „großen Fabrik“ entstanden und in gigantischen Immobilienspekulationen „aufgewertet“ wurden, anders gelaufen? Die „Nächte der Wut“ in den französischen banlieues reichen aus, um zu beweisen, dass das Verhalten des Staates und dieser Menschenfresser-Ge-

ist riesig und löst überall den gleichen Reflex nach Sicherheit aus“. So gibt es immer mehr Polizei (verbunden mit dem Boom privater „Sicherheitsfirmen“), Hysterie verbreitende Kampagnen (gegen „Schwarze“, „Illegale“, „Kinderschänder“ usw.), Patrouillen und tolerierte Brandanschläge gegen Sinti und Roma, mehr Gefängnisse und Abschiebeknäste, mehr Videoüberwachung, ständige Inszenierungen von „Notfällen“, mehr Mauern,

Drehkreuze (unterschiedlichster Art), mehr biometrische Kontroll- und Aufzeichnungssysteme, „neutralisierende“ Waffen – ein echtes Arsenal von Produkten und Dienstleistungen, die von der Industrie der Angst angeboten werden, ohne auf die alten, aber bewährten Methoden zu verzichten (Sack über den Kopf und Stockschläge). Das alles geschieht vor dem Hintergrund des Aufbaus der „Festung Europa“, deren grundlegenden Elemente wie folgt zusammengefasst werden können: „Während die EU-Außengrenzen mit neuer Technik und in grenzüberschreitender Zusammenarbeit weiter abgeschottet werden, nehmen Überwachung und Kontrolle innerhalb der EU stetig zu.



Dazu kommen militärische und polizeiliche Auslands-Operationen der EU in sogenannten 'Drittstaaten'. [...] Die Europäische Union definiert Europa seit 1999 als einen 'Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts'. Zukünftig gibt es mehr polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit im straf- und zivilrechtlichen Bereich. [...] Auf polizeilicher Ebene haben die Organe der EU mehr Kompetenzen erhalten, während neue Institutionen und Programme entstanden sind. [...] Alle Polizeibehörden werden Zugriff auf DNA- und Fingerabdruckdateien, sowie auf Daten der Fahrzeugregistrierung haben. Informationsaustausch zu 'Terrorismusverdächtigen und reisenden Gewalttätern' wird vereinfacht, um Reisesperren zu verhängen oder damit 'Randalierer schnell erkannt und festgenommen' werden können. [...] Die Bildung dieser 'Europäischen Spezialeinheiten' wird von Europol übernommen. [...] Die Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten wird ausgeweitet. In Deutschland haben das Bundeskriminalamt und der Verfassungsschutz ein 'Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum' bezogen, wo sie zwar räumlich getrennt sind, aber tägliche gemeinsame Lagebesprechungen durchführen und sich mittags in der Cafete-

ria treffen. [...] Die Überwachung des Internets nimmt europaweit zu. [...] EU-Mitgliedsstaaten setzen europäische Vorgaben um und 'harmonisieren' ihre Landesgesetze, beispielsweise im Rahmen der 'Vorratsdatenspeicherung' (Data Retention). Telekommunikationsanbieter und Provider müssen Verbindungsdaten speichern und der Polizei auf Anfrage übermitteln. [...] Europäische Polizeieinheiten führen gemeinsame Trainings und Manöver in der Bekämpfung von Demonstrationen durch. In europäischen Polizei-Akademien werden Einsatztaktiken für 'Crowd Management' entworfen. Eine zentrale Rolle spielt die Europäische Polizeiakademie, CEPOL, mit Sitz in Hampshire, Großbritannien. [...] Unter dem Motto 'Advancing security, serving justice, building peace' unterhält das UN-Institut UNICRI mehrere Arbeitsgruppen zu Themen rund um Sicherheit. UNICRI gibt das 'Counter-Terrorism Online Handbook' heraus. Im Zuge der Erweiterung der EU-Mitgliedsstaaten und dem Wegfall der Grenzkontrollen werden die neuen EU-Grenzen technisch aufgerüstet: Nachtsichttechnik, automatisierte Auswertung von Videoüberwachung, Hochfrequenzkabel, die den Wassergehalt von in der Nähe befindlichen Körpern messen und weitergeben. Neue gemeinsame Lagezentren sind entstanden. Durch die Ausweitung des 'Schengen Informationssystems II' (SIS II) stehen den Polizeien mehr Daten zur Verfügung. Im 'Visum Informationssystem' (VIS) sollen Fingerabdrücke und biometrische Daten von Migranten gespeichert werden. [...] Mit der Gründung der 'Grenzschutzagentur FRONTEX' in Warschau hat die EU-weite 'Migrationsabwehr' ein weiteres Standbein bekommen: 'Alle, die es nicht verdienen und die man nicht auf seinem Territorium haben will, müssen aufgehalten werden'. [...] FRONTEX unterhält ein 'technisches Zentralregister' ('Toolbox'), um die Mitgliedstaaten für die Kontrolle und Überwachung der Außengrenzen auszurüsten. FRONTEX führt gemeinsame Operationen mit nationalen Polizeien durch. Zwar verfügt FRONTEX über keine eigenen Einheiten zur Flüchtlingsbekämpfung, aber die Grenztruppen der Mitgliedsländer werden massiv aufgerüstet. So haben die italienischen Carabinieri neue Boote, Hubschrauber und Überwachungstechnik erhalten. [...] Der Vertrag von Lissabon sieht 'Reformen' auch im Bereich der Militärpolitik vor. Die 'Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik' (ESVP) fordert eine 'schrittweise Verbesserung der militärischen Fähigkeiten'. Spätestens 2010 soll die EU bewaffnete Einheiten bereitstellen. [...] Die EU hält allerdings ein weit weniger beachtetes Mittel

zur Intervention in 'Drittstaaten' vor: Die 'European Gendarmerie Forces' (EGF). Das Hauptquartier der EGF ist im italienischen Vicenza in einer Kaserne der Carabinieri untergebracht. Ebenfalls in Vicenza unterhält diese Polizeitruppe eine eigene Akademie (COESPU), auf der die eigenen Kräfte



sowie Einheiten anderer Länder ausgebildet werden".

Zugespißt zusammengefasst wird der städtische Raum entlang dreier Richtlinien neu bestimmt:

a) Gentrifizierung und Brüsselisierung des „traditionellen“ Gewebes der Stadt, um seinem historischen Gewicht, dem Nährboden für Konflikte auszuweichen und es der globalen Mittelklasse zu „unterwerfen“ - oder besser gesagt ihrer materialisierten Ideologie, da gewisse soziale Schichten zunehmend den Eindruck erwecken, auf eine irreparable Implosion und Zerfall zuzusteuern;

b) eine breite Schicht von Elendsvierteln (Verslumung) und marginalisierten Gebieten (in denen das Slum zwar nicht in der Architektur existiert, aber existenziell), die mehr und mehr Lagern des Ausschlusses ähneln: „Das Lager ist der Raum, der sich eröffnet, wenn der Ausnahmezustand zur Regel wird“ (Giorgio Agamben);

c) schließlich die gated communities, die sich seit den 70er Jahren institutionalisieren, ausgestattet mit eigenen Dienstleistungen, schärftens bewacht durch private Polizeien, elektronische Geräte und mehr, „ganze Siedlungen, von Mauern und Kontrollsystemen umgeben, die den Zugang zu Straßen, Parks, Stränden, Flüssen, und anderen Einrichtungen verhindern“, immer überwacht und umschlossen von Zäunen und Mauern und anderen Absperungen (Petti 2007). Der bürgerliche Wohnraum, einstmals Inbegriff und Versprechen auf Sicherheit und jenen Komfort, die der Markt geschickt auf alle gesellschaftlichen Sektoren auszuweiten wusste, ist zum schwer verteidigten Bunker inmitten eines ihn umgebenden Ozeans des Elends geworden.

Elemente der Geometrie: Die Asymmetrie in Rouen

Der von US-amerikanischen militärstrategischen Studienzentren skizzierte Horizont, den wir auf den vorangegangenen Seiten aufgezeigt haben, macht sich nun auch die NATO zu eigen. Laut dem 2003 von der Nordatlantischen Allianz veröffentlichten Bericht Urban Operations in the Year 2020 (verfasst von der Studiengruppe SAS 30, an der seit 1998 Experten aus sieben Nationen teilnehmen: Italien, Kanada, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Niederlande und USA) könnte sich die Tendenz in Zukunft bedeutend verstärken, dass durch die Existenz von „Slums und Armut“ in den Städten „Spannungen entstehen, die möglicherweise zu Aufständen, zivilen Unruhen und Bedrohungen für die Sicherheit führen, die die Intervention der örtlichen Behörden notwendig machen“. Der Bericht beginnt mit einer grundlegenden Offensichtlichkeit: Die menschlichen Müllkippen, die sich an den Rändern der Städte und zwischen ihnen befinden, stellen wahre Pulverfässer dar, dazu bestimmt, auf eine in ihren Effekten und Dynamiken schwer vorhersehbare Art und Weise zu explodieren, nicht allein, was die Anzahl der möglichen Aufständischen und ihre heterogene Zusammensetzung betrifft, sondern auch aufgrund der komplizierten Gestaltung der heutigen Stadtgebiete. Die ganze Geschichte dreht sich im Wesentlichen um die Fähigkeit der Streitkräfte, in Situationen mit asym-



metrischen Konflikten zu operieren, in denen der Feind nicht in einer regulären Armee organisiert ist, sondern in einer heterogenen Masse von „Irregulären“ besteht, die andererseits in der Lage sein könnten, moderne technologische Ausrüstungen einzusetzen. Der Bericht UO 2020 bezeichnet folglich „asymmetrische Bedrohungen, Technologieentwicklung und Einsätze in Städten“ als „grundsätzliche Charakteristika und mögliche Herausforderungen künftiger Einsätze der Allianz“. Es wird besonders betont, dass seit einigen Jahren auffällt, dass „ein Auf-

ständischer in überfüllten Städten freier und effektiver" handeln kann, und „die Ordnungskräfte wiederholt, bei stark reduziertem Risiko angreifen. Guerillas, Aufständische und andere nicht-staatliche Gruppen haben immer Vorteile aus diesen (für sie) günstigen Gegebenheiten gezogen, die durch das Handeln in solch einer Umgebung entstehen und zweifellos werden sie das auch weiterhin tun (zum Beispiel in Belfast, Mogadischu und Bogota)“.

Von den Eierköpfen der Nordatlantischen Allianz wurde es nun als notwendig erachtet, eigene Interventionsstrategien zu entwickeln, da „die NATO seit 1949 nie in großem Maßstab an Einsätzen in Städten beteiligt war. Aus Sicht der Strategieforschung wurde lange Zeit davon ausgegangen, dass die im Zweiten Weltkrieg gesammelten Erfahrungen ausreichend für Kriegssituationen in Städten seien“. Was aber generell neu bedacht werden müsste: Je mehr der Feind im Kontext der sich prinzipiell grenzenlos ausbreitenden Metropole per Definition zum inneren Feind wird, desto weniger wird es möglich sein, ihm mit dem alten Modell systematischer Bombardierungen und vollständiger Zerstörung der Stadt direkt entgegenzutreten. Wie wir gleich sehen, wird die Zerstörung, auch die vollständige, nur nach Schaffung spezieller „exterritorialer Zonen“ im Stadtgebiet vollzogen, in denen der Feind isoliert wird.

Die Notwendigkeit einer strategischen Neubewertung geht daher auf den Einfluss von Szenarien der letzten Jahre zurück. Die demografischen Veränderungen, das Zusammentreffen der wachsenden Weltbevölkerung und ihre zunehmende Verstädterung, verweisen darauf, dass „der Prozess der Urbanisierung die nächsten Militärinterventionen notwendigerweise auf städtisches Territorium verlagern wird“.

Daraus entsteht das Bedürfnis nach einem neuen operativen Zugang, „manöveristisch“ genannt, dessen Hauptziel darin besteht, „Zusammenhalt und Kampfwillen des Feindes zu brechen“. Unter den von den Analysten angegebenen Lösungen sind einige von überwiegend militärischem Charakter, zum Beispiel die Verwendung von Mitteln der Aufklärung mit dem Ziel, taktische Schläge gegen „neuralgische Punkte des Feindes“ auszuführen, sowie der Einsatz von Fähigkeiten des Angriffs aus der Distanz, um den Nahkampf zu vermeiden; andere haben eher polizeilich-investigativen Charakter, wie jene, die notwendig sind, um die Informationsflüsse, Personen- und Nachschubbewegungen des Feindes zu kontrollieren; wieder andere sind politisch-diplomatischer Art, da die Streitkräfte fähig

sein müssen, Beziehungen der Zusammenarbeit mit den „zahlreichen offiziellen und nicht-offiziellen Einrichtungen“ im Territorium aufzunehmen, dem entsprechend, dass kriegerische Operationen im städtischen Raum „nicht allein militärische, sondern auch diplomatische, politische, ökonomische und soziale Probleme“ mit sich bringen. Schließlich springen, in voller Übereinstimmung mit der Regierungsperspektive der Inneren Front, die Aufgaben mit propagandistischem Charakter ins Auge: „die Informationen müssen in allen Phasen einer Operation, im Konflikt ebenso wie während der post-konfliktiven Aktivitäten, systematisch und zusammenhängend bearbeitet werden“.

Für all diejenigen, die hartnäckig behaupten, dass die hier angestellten Überlegungen lediglich die Grenzen des Imperiums betreffen, und nicht sein organisches Zentrum, für diejenigen, die den Schauplatz des Konflikts woanders hin verschieben möchten, damit er nicht hier ist, für diejenigen schließlich, die sich weiter „im Frie-



den“ mit dem Existierenden empfinden (und in einer friedlichen Existenz), halten wir es für angebracht, den „Anhang E“ des Berichts zu erwähnen, wo eine NATO-Intervention simuliert wird, in dessen operativen Theater als „Städte von strategischem Interesse“ weder Teheran, Pjöngjang, noch – als Grenzfall – Peking genannt sind, sondern Rouen, Le Havre, Evreux und Dieppe.

Elemente der operativen Methodologie (der ihren): Der Bericht „UO 2020“

„Die Basis aller neueren konzeptuellen und operativen Entwicklungen in Bezug auf Operationen in Städten“ bildet laut NATO-Bericht UO 2020 der Gliederungs-Begriff USECT (Abkürzung für Understand, Shape, Engage, Consolidate, Transition). Stark zusammengefasst könnten die im Konzept USECT vereinten Aktivitäten erlauben, die Natur des Feindes, seine Positionen und Absichten zu „verstehen“ – gewonnen in erster Linie durch ISTAR-Fähigkeiten (für Intelligence, Surveillance, Target Acquisition, Reconnaissance / Informationsbeschaffung, Überwachung, Zielbestimmung, Aufklärung) – um danach die gesammelten Informationen einzuspeisen in ein „Modellieren“ des städtischen Kampfraumes samt zugehöriger taktischer Aspekte. In der Glie-

derung des USECT-Komplexes gilt die Aufmerksamkeit der Analysten hauptsächlich den ersten drei Begriffen: Understand, Shape, Engage.

UNDERSTAND (VERSTEHEN): In erster Linie besteht die Hauptaktivität von intelligence, d.h. von (gegebenenfalls nachrichtendienstlichem) Erkenntnisgewinn darin, detaillierte Informationen über jene städtischen Territorien einzuholen, die sich in Zonen asymmetrischer Kriege verwandeln könnten. Das Konzept des Territoriums umfasst nicht nur die physische Beschaffenheit der Metropole (Gebäude, kulturelle und ökonomische Zentren, logistische Knotenpunkte, kritische Infrastrukturen, Transportsysteme etc.) sowie ihre virtuellen Elemente (die Gesamtheit der im städtischen Raum gegebenen Möglichkeiten, vor allem hinsichtlich Verbindung und Mobilität), sondern auch und vor allem das sozio-kulturelle Gewebe der Stadt, um nationale, internationale und lokale Kontexte (Bevölkerung, Ethnie, Kultur, Politik, Splittergruppen, Sympathien, Einrichtungen, NGOs,



etc.) ins Verständnis des Gesamtzusammenhangs einzubeziehen. Wie allgemein bekannt, sind Territorium und Bevölkerung zwei Seiten der gleichen unauflösbaren Realität, in der die Regierenden immer wieder alle möglichen Störungen der Normalität im Blick haben müssen. Daher wird bei der Erkundung und präventiven Kartographierung des städtischen Kontextes nötig sein, die Präsenz der „kriminellen Banden“ als Schlüsselfiguren der Kontrolle des Territoriums ebenso zu identifizieren (andererseits, so erlauben wir uns anzumerken, ist die Erschaffung des „Kriminellen“ auf innigste Art funktional für diese Kontrolle) wie die Realität der „Aufständischen“, die „inmitten einer Bevölkerung operieren, von der sie kaum zu unterscheiden sind“ (heben wir nochmals hervor, dass die Erfindung der Figur des Aufständischen genau dazu dient, diese Ununterscheidbarkeit aufzulösen und zu annullieren). Das Verständnis des sozialen Gewebes des städtischen Territoriums wäre um ein Verzeichnis der psycho-sozialen Profile derjenigen zu ergänzen, die es bewohnen (potentielle Feinde, neutrale Elemente, sozial relevante Figuren) das ihre jeweiligen Bewegungen, Positionen, Bedingungen, Fähigkeiten und Unterstützungsstrukturen identifiziert.

SHAPE (FORMEN): Auf Grundlage der vorangegangenen Informationsbeschaffung können die Militäreinheiten günstige Bedingungen für einen effektiven Einsatz schaffen. Allgemein geht es um die Möglichkeit, den städtischen Raum hinsichtlich der speziellen taktischen Anforderungen umzuformen. Eine der Schlüsselaspekte des shaping betrifft daher die Verwaltung des Raums und der Ströme. Einerseits geht es den Militäreinheiten darum, ihre eigene Mobilität auf dem Land zu optimieren, über wie unter der Erde (die Bewegungsfähigkeit innerhalb der drei Dimensionen), andererseits ist es nötig, die Bewegungen der nicht-kämpfenden Massen zu kontrollieren, anzuregen oder zu verhindern (Vorbereitung von Flüchtlingslagern, Fluchtwegen für Evakuierte, etc.).

Parallel hierzu wird shaping, indem es die alte Praxis der Belagerung einer Stadt aufgibt, versuchen, Teile des städtischen Territoriums zu isolieren, kreisend um den Begriff des Knotens. Dabei geht es wesentlich darum, einige territoriale Nervenknotten von den sie umgebenden Strömen abzutrennen. Und das in zwei Richtungen: Zum einen, um eine selektive Kontrolle über die nicht-militärische Infrastruktur und Kommunikationsmittel zu unterhalten, die es zu „schützen“ gilt (indem sie vom umgebenden Kriegsgeschehen abgetrennt werden) zum andern, um die Knotenpunkte des Feindes physisch und virtuell zu isolieren. Aus dieser Perspektive kommt der „informationellen Isolierung“ besondere Bedeutung zu: Die Kommunikationsfähigkeit der Revoltierenden zu blockieren, sogar durch Kontrolle der elektromagnetischen Felder, heißt nicht nur, ihre organisatorischen Fähigkeiten zu schwächen, sondern auch, entscheidenden Einfluss auf die Reaktionen der lokalen Bevölkerung und allgemein auf die medialen Auswirkungen auf und über die Einsätze sicherzustellen.

ENGAGE (EINSATZ): Der dritte Faktor von USECT bezieht sich auf den wirkamen Schlag gegen die feindlichen Kräfte: Ein Aktionsfeld, welches - Achtung - „vom Konflikt in großen Maßstab bis zu humanitärer Hilfe im Falle natürlicher, d.h. nicht durch Krieg verursachte Katastrophen reicht“. Insgesamt muss die militärische Aktion, basierend auf den vorbereitenden Aktivitäten des understanding und shaping, immer mehr zu einem chirurgischen Eingriff werden, darauf bedacht, die Zentren der feindlichen Kräfte zielgenau anzugreifen, und so „Kollateralschäden“ unter Nicht-Kämpfenden sowie Verluste durch friendly fire so weit als möglich zu verringern. Tatsächlich besteht das Ziel

nicht darin, das städtische Territorium unter permanente Kontrolle zu bringen, sondern die Kampfkraft auf die neuralgischen Punkte des Gegners zu konzentrieren, um diesen handlungsunfähig zu machen. Zweifelloso wird ein effektiver Kriegseinsatz, trotz „chirurgischer“ Bestrebungen der NATO-Strategen, alle Schritte vorsehen müssen, um die Effekte des Einsatzes auf die Bevölkerung zu verwalten: Hilfe für Nicht-Kämpfende, Lebensmittelversorgung, Rekrutierung von Freiwilligen für den Zivilschutz, etc. Schließlich kommt – last, but not least – zur Freude derer, die immer noch von einer etwas schüchternen Technikangst umgetrieben werden, eine besondere Bedeutung dem elektronischen Kampf zu, überwiegend in der Möglichkeit, elektromagnetische Felder zu kontrollieren und Einsätze im cyber-war auszuführen. Bei der Ausarbeitung des Berichts wird den letzten zwei Konzepten (Consolidate und Transition) ein weit geringerer analytischer Wert beigemessen, weshalb auch wir ihm weniger Raum einräumen werden.

CONSOLIDATE (FESTIGEN): Die vierte Phase umfasst, ergänzend zur vorherigen, den Schutz der eingenommenen Stellungen und die Fortsetzung der Initiativen, die darauf zielen, den Gegner zu des-organisieren, um räumliche, psychologische und informationelle Vorteile zu erlangen: Es geht darum, dem Risiko des wiederaufkommenden „Terrorismus“ der besiegten Kräfte vorzubeugen, die Formen der Zusammenarbeit mit lokalen Behörden zu stabilisieren, „Säuberungseinsätze“ gegen die besiegten Gegner durchzuführen sowie um den Umgang mit Gefangenen.

TRANSITION (ÜBERGANG): Die letzte Aufgabe gehört in den Gesamtzusammenhang der exit strategies: Die Rückkehr der Flüchtlinge zu ermöglichen und vor allem 'the rule of law' (die Herrschaft des Gesetzes) wiederherzustellen, indem lokale Behörden und Armee wiederaufgebaut werden. „Um die Sicherheit zu garantieren, könnten die Streitkräfte gezwungen sein, lokale und internationale Organisationen anzuleiten, das Gesetz wieder in Kraft zu setzen.“ Der Zeitpunkt des Rückzugs hängt von der Geschwindigkeit ab, mit der diese Organisationen eine effektive Präsenz herstellen. Aber wir ha-

ben bereits verstanden, dass zwischen den Szenarien des Krieges und des Friedens keine Lösung von Dauer ist: Konsolidierung und Übergang lösen sich sofort im Rauch einer neuerlichen Phase von understanding wieder auf.

Elemente der Optometrie: Was die Augen erhellt

Im Rahmen der sogenannten „neuen“ oder „asymmetrischen Kriege“, der „Kriege der vierten Generation“ oder „niederer Intensität“ etc. (die Terminologie ändert sich je nach Denkrichtung, nicht aber der Sachverhalt) fällt folgendes auf:

- das Ende der traditionellen Unterscheidung zwischen Kämpfenden und Zivilisten, die bereits mit der „totalen Mobilmachung“ des Ersten Weltkrieges sowie dem Terrorismus gegen die zivilen Bevölkerungen durch praktisch alle Staaten, „faschistische“ wie „demokratische“, im Zweiten Weltkrieg im Wesentlichen verschwunden war;
- das Auftauchen der neuen Figur des „zivil-militärischen“, von „humanitären“ NGOs bis hin zu Söldnern
- die verminderte Bedeutung der eigentümlich militä-

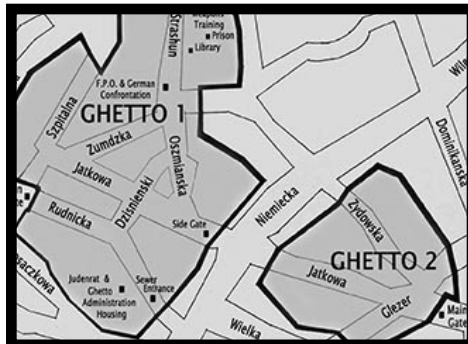


- rischen Aspekte der Operationen
- die Zersplitterung des Schlachtfeldes und das Fehlen einer Front
- die Neuausrichtung der Rolle von High-Tech-Waffen bei der Kontrolle des Territoriums, die der Infanterie anvertraut wurde (die mit Waffen der letzten Generation und ausgefeiltester Ausrüstung versehen ist).

Der Feind ist immer weniger eine traditionelle Armee, sondern mehr und mehr eine informelle Einheit, in einer radikalen Nicht-Unterscheidbarkeit zwischen internem und externem Krieg: Stadt-Guerilla, „terroristische“ Vereinigungen, aber auch weniger organisierte Gruppen, wie jene, die sich in aufständischen Situationen bilden. Die präventive Kontrolle und Repression möglicher Unruhen und Aufstände werden immer mehr zu Aufgaben des Militärs, das aus diesem Grund Aufgaben übernehmen muss, die ursprünglich von der Polizei übernommen wurden, während diese sich „paramilitarisiert“. Neben der Kontrolle des Territoriums muss das Militär in der Verwaltung der Zivilbevölkerung aktiv werden: Physisches Management (Flüchtlinge, Evakuierte etc.), psychologisches Management (Kontrolle und Monopol der Informationen, Beziehungen zu lokalen Behörden, aber auch zu allen anderen Vereinigungen, die bereit sind zu kollaborieren).

In dieser Perspektive wird es notwen-

dig sein, die Streitkräfte angemessen auf städtische Konflikte vorzubereiten, um die historische „Unbeugsamkeit“ der „rebellischen Kräfte“ im asymmetrischen Krieg zu vermeiden. Zugleich wird es nötig sein, die Leute daran zu gewöhnen, in den Städten patrouillierende Soldaten zu sehen, auf dass niemand, so erfahren oder eingeschüchtert er oder sie auch sein mag, es riskiert, einen Finger krumm zu machen (auch nicht den mittleren). Wir bewegen uns in Richtung eines „militarisierten Staates“. Der Bericht Urban Operations in the Year 2020 entwirft das Modell für die Benutzung des militärischen Instrumentariums. Es werden tödliche und „nicht-tödliche“ Waffen eingesetzt, um jene Unruhen und Revolten zu verhindern, einzudämmen und niederzuschlagen, die in nächster Zukunft unvermeidbar auf uns zukommen werden. Anti-Krawall-Gewehr, Pepper Gun oder Projektile mit weißem Phosphor: Allen das ihre, je nach



Niveau von Krise und Aufstand. In jedem Fall ist gegen „Terroristen“, Aufwiegler und Revoltierende alles erlaubt. „Eine der Waffen des Kapitals besteht in der Tatsache, dass sich die Bevölkerung, das Proletariat inbegriffen, nicht vorstellen kann, wie weit der Staat mit dem Bürgerkrieg gehen kann“, schrieb Jean Barrot im bereits fernen 1972. Das Bewusstsein darüber, wie sehr der Staat bereit ist, sehr weit zu gehen im Bürgerkrieg, fehlt leider weiterhin in unseren Gefilden, wo man es sich, im Traum der Mattscheibe versunken, bequem gemacht hat in der Moral „hoffen wir, dass es mich nicht trifft“. Erst wenn dieser unheilvolle Zauber schwindet, werden die wundervollen

Töne der Lieder der Revolte wieder zu hören sein und der Mythos der Unbesiegbarkeit der repressiven Kraft wird in sich zusammenfallen.

15. Juni 2009

Nonostante Milano

Häuser besetzen!? Häuser besitzen?!

Einige Anmerkungen zum Kauf der Fröbelstraße 5 durch den Verein Stadtteilleben e.V.

In Hannover gibt es spätestens seit 2007 die Forderung nach einem Autonomen Zentrum im Stadtteil Linden. Diese Forderung ist seitdem auch unsere Forderung und wir haben uns daran beteiligt zu versuchen sie durchzusetzen, zum Beispiel durch die Besetzung der alten Hanomagvilla im Jahr 2007 oder durch die Beteiligung an der Besetzung in der Limmerstraße 98 letztes Jahr. Für uns ist das Besetzen von Häusern eine legitime und attraktive Form der Erkämpfung eines Zentrums oder um auf Missstände aufmerksam zu machen. Um den Abriss von Gebäuden zu verhindern oder der Nutzung von Brachflächen zu widersprechen, wie bei dem Versuch der Verhinderung des Tierversuchslabors von Boehringer Ingelheim geschehen. Wir befinden uns, unserer Einschätzung nach, im Moment in einer bewegungsarmen Phase, so dass die militante Verteidigung eines besetzten Hauses, die in den Hochzeiten der Besetzer_innenbewegung schon nicht immer gelang, heute nahezu unmöglich erscheint. Damit meinen wir, Häuser werden zur Zeit, unserer Wahrnehmung nach, durch politischen Druck erstritten und nicht mit Pflastersteinen in der Hand auf den Barrikaden erkämpft.

Die Kampagne Ahoi verfolgt seit der Besetzung in der Limmerstraße 98 das Ziel ein Autonomes Zentrum für Linden zu erstreiten. Das finden wir gut und meistens wählen sie dafür, unserer Einschätzung nach, auch die richtigen Mittel, dennoch sind wir nicht Teil der Kampagne Ahoi. Nicht weil uns ein Autonomes Zentrum in Linden inzwischen egal ist, sondern weil wir derzeit andere Kämpfe für wichtiger halten.

Wir denken nicht, dass die Umgestaltung der Fröbelstraße 5 zu einem Wohnprojekt mit dem Kampf für ein Autonomes Zentrum im Konflikt steht. Im Gegenteil, sehen wir sie als eine gute Ergänzung. Durch den Kauf der Fröbelstraße 5 und die Eingliederung des Projektes ins Mietshäusersyndikat wird das Gebäude auf Dauer dem Immobilienmarkt entzogen und günstige Mieten von, zur Zeit, maximal 5,80 € pro qm garantiert. Das Mietshäusersyndikat ist ein bundesweiter, genossenschaftsähnlicher Solidarzusammenschluss, von ehemals besetzten Häusern und neu gegründeten Wohnprojekten. Innerhalb des Syndikats unterstützen sich die beteiligten Projekte solidarisch mit Know-How, praktischer Hilfe und Kohle. Auf rechtlichem Wege wird das Miets-

häusersyndikat an einer GmbH beteiligt, die der offizielle Eigentümer des Gebäudes ist. Der einzige weitere Beteiligte an dieser GmbH ist ein Verein der Bewohner_innen des Hauses. Beide haben ein Vetorecht bei bestimmten Entscheidungen, zum Beispiel dem Verkauf des Hauses. Über diesen Mechanismus ist eine Rückführung des Hauses auf den „freien“ Markt unmöglich, da das Mietshäusersyndikat einem Verkauf an eine_n Privateigentümer_in nicht zu stimmen wird. Selbst im Falle einer kompletten Änderung der Zusammensetzung der Bewohner_innen wäre eine Privatisierung des Kollektiveigentums nicht möglich. Wir werden die zum Kauf notwendigen Kredite in Raten zurückzahlen und gleichzeitig einen Teil unserer Mieteinnahmen in den Solidarfonds des Mietshäusersyndikats einzahlen, um diesem so zu ermöglichen auch in Zukunft neue Wohnprojekte zu unterstützen oder räumungsbedrohten Häusern einen Kauf ‚ihres‘ Gebäudes zu ermöglichen, falls alle anderen Wege ausgeschöpft und der politische Kampf verloren ist. Keine_r von uns wird also Privateigentümer_in des Gebäudes. Wir bleiben alle Mieter_innen, schaffen allerdings den Vermieter ab.

Für uns ist schon lange klar: WG-Leben in einer kleinen Mietwohnung ist nur eine Notlösung. Es gab in unseren persönlichen Biografien mehrere Versuche und Anläufe Wohnprojekte zu gründen, Häuser als Wohnraum zu besetzen oder wenigstens in großen WGs kollektives Zusammenleben auszuprobieren. Alle diese Versuche sind entweder nie bis zum Wohnprojekt gekommen oder irgendwann gescheitert. Trotzdem geben wir nicht auf, suchen nach neuen Wegen und beteiligen uns jetzt an diesem neuen Versuch.

Die Stadt Hannover hat das Haus in der Fröbelstraße 5 Anfang diesen Jahres zum Verkauf an Baugruppen ausgeschrieben, da witterten einige Bekannte von uns eine Chance günstigen Wohnraum in Linden auf Dauer zu sichern und haben für dieses Vorhaben nach Verbündeten gesucht. Nach erster Skepsis á la: „Ein Haus kaufen? Warum besetzen wir's nicht einfach!“ haben wir uns dann doch entschlossen, uns an dem Projekt zu beteiligen und sind inzwischen Feuer und Flamme dafür. Um eine vergleichsweise stabile Ausgangsbasis für den Kampf gegen die Verhältnisse, die in den nächsten Jahren mit hoher Wahrscheinlichkeit auch hier noch hässlicher werden, zu haben. Wir, die wir

die gesellschaftlichen Verhältnisse umstürzen wollen, brauchen ein Dach überm Kopf, was zu Futtern im Bauch und Freund_innen an unserer Seite und in unserem Rücken, die diesen Kampf mit uns führen. Günstigen Wohnraum auf Dauer zu sichern und das Leben in diesem Haus kollektiv zu organisieren ist, für uns, die Autor_innen, deshalb ein Schritt in diese Richtung und eröffnet die Möglichkeit die nächsten Angriffe vorzubereiten ohne uns, noch vorm Aufstehen Sorgen darum machen zu müssen ob unser Bett Ende des Monats

immer noch unter einem Dach steht. Darüber hinaus ermöglicht die Kollektivierung des Hauses jetzt schon Schlaglichter auf ein anderes Leben zu werfen. Durch die rechtliche Struktur des Hauses gehört es immer ‚denen die Drinn' wohnen‘ und nicht denen die sich jetzt den Arsch aufreißen um es zu kaufen oder, wie bei



besetzten Häusern oft der Fall, denen die ihren Arsch in die Schusslinie bringen. Es entsteht durch investierte Arbeit oder Geld eben kein Anspruch auf das Gebäude. Solange wir Bewohner_innen des Hauses sind, können wir auch über das Haus verfügen, sobald wir ausziehen ist es Sache der Leute die dann weiterhin drin wohnen. Das Projekt ist also ein praktischer Versuch Wohnraum zu vergesellschaften und in diesem vergesellschafteten Wohnraum kollektive Formen des Zusammenlebens auszuprobieren. Kollektive Formen meinen wir in diesem Fall im besten Sinne des Wortes; Ein Zusammenleben, in freier / freiwilliger Assoziation, in dem alle Beteiligten auf die Bedürfnisse ihrer Mitbewohner_innen Rücksicht nehmen, sich selber nicht in den Mittelpunkt stellen, sondern darauf achten, wie das eigene Handeln ein gutes Zusammenleben für Alle ermöglichen und verbessern kann. Gleichzeitig wollen wir uns aber auch als Kollektiv einmischen. In Auseinandersetzungen in der Stadt oder in solche, die die ganze Gesellschaft durch ziehen. Wir wollen gesellschaftliche Konflikte zuspitzen, da wo sie entstehen und die Räume des Hauses denen solidarisch zur Verfügung stellen, die gegen die bestehende Ordnung Widerstand leisten, die sich nicht zu Frieden geben wollen mit Kirche, Küche, Kindern oder einer 40 Stunden Woche am Fließband. Denen, die wie wir, auf der Suche sind nach einem schönen Leben für Alle und auf dem Weg dahin den Bruch mit den Verhältnissen wagen wollen. Jetzt könntest du Fragen: 'Aber ist besetzen nicht ein viel deutlicherer Bruch mit der bestehenden Eigentumsordnung und damit auch mit den Verhältnissen?' Un-

sere Antwort darauf ist: ‚Jein, denn auch das Besetzen von Häusern dehnt die Regeln der Eigentumsordnung nur und muss sich, fast immer, früher oder später den Verhältnissen unterordnen.‘ Sei es durch eine Räumung des Hauses oder eine Legalisierung des Projektes, zu meist ungünstigen Konditionen. Wir „mietkaufen“ in diesem Fall das Haus, anstatt es zu besetzen, aus dem einfachen Grund, dass es grade möglich ist und um zu verhindern einen Knebelvertrag aufgesetzt zu bekommen. Wir tun dies also nicht etwa, weil wir dem Besetzen abgeschworen hätten oder es grundsätzlich für sinnlose Kraftverschwendung halten.

Im Klartext: Ein schönes Leben für Alle ist im Kapitalismus nicht zu haben! Wir können lediglich versuchen es möglichst erträglich zu machen und uns eine Basis für den Kampf gegen die Verhältnisse schaffen. Unsere sogenannten Freiräume sollten ein Mittel zum Zweck sein und nicht zum Ziel unseres Kampfes verkommen. Ob wir uns Räume und Flächen nun erkämpfen, ergaunern oder erschleichen ist für uns egal. Ob wir dabei legale oder illegale Wege gehen auch, solange wir sie uns nicht erbetteln und dabei erfolgreich sind!



Das ist für uns nur ein Weg von vielen, wie wir, als Szene (schön wärs, wenn wir von einer Bewegung oder gar einer ‚Klasse für sich‘ sprechen könnten), uns Räume sichern können um von dort aus Agitation und Propaganda für ein anderes, besseres Leben und den Umsturz der bestehenden Verhältnisse betreiben zu können. Nichts desto trotz kann ein Wohnprojekt nicht all das leisten, was ein Autonomes Zentrum leisten könnte. Alles was in dem Haus passiert muss in Abstimmung mit seinen Bewohner_innen geschehen, so dass manche Vorhaben, die in einem

AZ problemlos umsetzbar wären, daran scheitern könnten, dass in dem Haus Menschen wohnen und leben. Die Nutzung als Wohnhaus erfordert eine gewisse Geschlossenheit des Gebäudes und ein höheres Maß an Vertrauen den Leuten gegenüber, denen Mensch einen Schlüssel zur Verfügung stellt. Es kann also auf Grund seiner Nutzung nie zu einem derart offenen Raum werden, wie es ein AZ sein könnte. Die Forderung nach einem Autonomem Zentrum in Linden bleibt also sowohl bestehen, als auch die unsrige!

ein paar Autonome, die mit einziehen werden

Start the Wort - Krieg den Brief!

Beim War Starts Here Camps entstand die Idee, die dort oft nur angerissenen Diskussionen in Form öffentlicher Briefe fortzusetzen. Weniger hastig als per Email können wir so weiter zur vorgestellten Runde im Zelt sprechen, auf Gehörtes eingehen, Gesagtes präzisieren und Fäden weiterspinnen. Der Charme des Briefes ist, auf persönliche Art und Weise im Gespräch zu bleiben jenseits von Rechenschaftsbericht und soziologischer Studie über unsere Perspektiven im, gegen und über den Krieg hinaus zu diskutieren. Wenn auch nur die Hälfte der Leute, die auf dem Camp zugesagt haben einen Brief zu schreiben, es schaffen, ihre Position in Form zu bringen, könnte daraus eine spannende Geschichte werden.

Ein Briefblog wird bereitgelegt, bis dahin kann www.bundeswehr-wegtreten.org genutzt werden.

Um uns nicht zu verzetteln, schlagen wir vor, Auswertungspapiere zur technisch-praktischen Seite des Camps oder zum Aktionstag auf der Webseite des Camps zu veröffentlichen und die Form

des Briefes für die weiterreichende Debatte zu reservieren, anknüpfend an die Diskussionen auf dem Camp, hinein ins Offene...

In der Hoffnung, über den Stand des laufenden Krieges mehr Klarheit zu gewinnen, können wir verschiedenen Fragen nachgehen, etwa: Wer treibt ihn mit welchen Zielen voran? Wie breiten sich Techniken der Militarisierung auch ohne direkten Druck in der Gesellschaft aus? Wo liegen Widersprüche und Schwächen der Militärs? Was haben wir ihnen (potentiell) voraus? Wie können wir ihre militärische Macht ins Leere laufen lassen? Mehr Klarheit zu gewinnen gilt es aber auch darüber, wo wir selbst uns befinden in diesem Krieg - und was uns bei aller Unterschiedlichkeit verbinden kann mit (potentiell für Ähnliches kämpfenden) Menschen in Gebieten, in denen der Krieg bereits in offener Tödlichkeit ausgebrochen ist.

Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein!

Briefeschreiber_innen

**„Wenn du vorher ausgemacht hast: Wenn einmal
etwas passiert, dann kein Wort, keine Aussage,
dann hast du ein sehr sicheres Gefühl.“**

Sonja Suder in der WÜZ vom 15. April 2010

Sonja Suder und Christian Gauger wurden im September 2011 nach 33 Jahren Exil von Frankreich an die deutsche Justiz ausgeliefert. Jetzt soll ihnen wegen Aktionen der Revolutionären Zellen von 1977 (gegen Atomkonzerne, Apartheid und Kahlchlagsanierung) der Prozess vor dem Landgericht Frankfurt a. M. gemacht werden. Sonja ist 79 Jahre alt und beendet sich Knast, Christian ist 70 Jahre alt und unter Ausagen frei. Beide haben jede Zusammenarbeit mit dem Staatsschutz abgelehnt.

Die Anklage beruht einerseits auf den „Aussagen“ eines unter Medikamenteneinfluss stehenden Schwer-
verletzten und andererseits auf denen eines Kronzeugen, der schon vor Jahren rechtskräftig als unglaub-
würdig eingestuft wurde. Ihm war nach 24 Jahren eingefallen, Sonja hätte von der Aktion gegen die
OPEC-Konferenz der Erdölminister 1975 gewusst.

Der Staat vergisst nichts:

**Kommt zum Prozess -
Unterstützt die Angeklagten**

ihr findet alle Termine im Heft

Freiheit und Glück für Sonja und Christian

